



Bege, nur nicht den kürzesten. Seht, wo wir das Zeugnis der ganzen Welt und besonders das Zeugnis von England haben, ist es das richtige, wenn wir sagen können: Ruhend auf unserem Rechtsstandpunkt, fordern wir nochmals von den Franzosen in ultimativer Form unter Darlegung der von uns zu machenden Zugeständnisse die Räumung des Ruhrgebietes. Wenn der Franzose darauf nicht eingeht, dann halten wir auch unsererseits uns nicht mehr an den Vertrag gebunden. Sie können mir entgegenhalten,

dass dies den Kriegszustand bedeuten würde.

Aber ich glaube, daß es nicht zu einem offenen Kriegszustand kommen wird, höchstens zu einem latenten Kriegszustand.

Es wird aber zu einem klaren und unzweideutigen Schnitt zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet kommen,

dorüber bin ich mir völlig im klaren. Aber dieser Schnitt wird doch kommen, auch wenn wir die Bedingungen der Franzosen annehmen. Im Endeffekt sehe ich in dem einen wie in dem anderen Fall die gleiche Lösung. Dann möchte ich den klaren Schnitt machen. Gewiß wird dies für das besetzte Gebiet die furchtbaren Folgen haben. Aber es ist die einzig richtige Lösung, wenn ich mir alles klar und logisch durchdenke."

Armer Jarres! Der Schatten des Reichspräsidenten a. D. Michaëlis, der den Aufruf für ihn mitunterzeichnete, umschwebt ihn. Ein brauchbarer Mann auf engerem Gebiet, beginnt er sofort in den Schlingen der eigenen Hilflosigkeit zu zappeln, sobald er den Boden der Politik betritt. Stresemann, gegen den er damals kämpfte und der ihn jetzt vorzieht, ist gegen ihn noch „ein Titan“. (Schleibt ihn Stresemann vielleicht eben deshalb vor?) Mit seiner „Versandungspolitik" — was kann die Verfertigung dieses Ausdrucks jetzt noch bestreiten? — hat er sich elend blamiert. Gefickt, leugnet er und riskiert, den Ruf zu verlieren, den er bisher noch besaß, nämlich den, ein Charakter zu sein. Und doch ist's nur Verlegenheit, nichts anderes! Nur die Hilflosigkeit des Dilettanten, der auf einmal den Meister spielen soll!

Was nun? Eigentlich müßte Herr Jarres nach solchen Feststellungen von seiner Kandidatur zurücktreten. Vielleicht will er es sogar. Man wird es ihm nicht erlauben. Und wenn es dann die Ironie der Weltgeschichte wollte, daß er sogar vielleicht Reichspräsident würde — armer Jarres! Armer Jarres? Armes Deutschland!

## Auf dem Wege zum Geständnis.

### Jarres-Rede in Breslau.

Breslau, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Jarres hielt heute nachmittags vor einem Publikum, von dem die Arbeiter schon durch die gewählte Zeit der Versammlung ausgeschlossen waren, seine zweite Kandidatenrede, in der er schon erheblich mehr auf sich herausging, als in Berlin. Die äußere Aufmachung entsprach dem von unserer Presse schon veröffentlichten deutschnationalen Rezept. Unter den Klängen eines Marsches betrat Jarres den Saal, wie ein Barockkünstler, dann folgte die Abingung eines evangelischen Chorals durch die ganze Versammlung im Stehen und dann empfahl der örtliche Vorsitzende des deutschnationalen Parteiverbands den Kandidaten des „Reichsblocks", wodurch dessen überparteilicher Charakter eindeutig erklärt war.

Jarres erklärte, für ihn gäbe das Wort: „Ich lebe still und harmlos", fern von der Politik. Er zweifle auch jetzt noch, ob er (später) Vertrauen seiner Wähler verdiene, wie ihm entgegengebracht werde. Weidner könne er in Ostdeutschland vor dem Wahltag nur diese eine Versammlung abhalten, gleichzeitig auch für Ostpreußen und Oberschlesien. Nach einigen Sätzen über Außenpolitik, die nichts besagten, sprach Jarres über seine Rheinlandpolitik offener als in Berlin. Er hätte dort den klaren Weg gehen wollen, während andere zum gleichen Ziel der Erhaltung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes beim Reich und bei Preußen andere Wege marschierten. Er gebe zu, daß man über die Wege

verschiedener Meinung sein könnte, aber es sei nicht anständig, darüber nachträglich zu streiten, wenn man dem gleichen Ziele zustrebe. Der Ruhrkampf habe zwar nicht zu Erfolgen geführt, aber doch vielen „ethischen Werten Achtung verschafft". Ueber den Anteil der Arbeiterschaft an diesem Kampf und über den schmachvollen Lohn, den sie dafür erhielt, sowie über die Bereicherung der Ruhrindustriellen ging der Redner stillschweigend hinweg, es sei denn, daß er die Ruhestimmungen der Thyssen und Böglers unter die „ethischen Werte" rechne! Er verteidigte die Annahme des Londoner Patts, wobei er sie aber nicht als Erfüllungspolitik, sondern als Befreiungspolitik bezeichnen wollte. Die Nichträumung von Köln verstoße gegen den Geist des Londoner Vertrages.

Wirtschaftspolitisch verlangte Jarres freies Spiel für Deutschland auf dem Weltmarkt. Zu gleicher Zeit erklärte er sich aber als Anhänger eines besonderen Schutzes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion.

## Auf der Suche nach Jarreseln.

### Ebert soll für Jarres zeugen.

Die Propagandazentrale des Jarres-Blocks, die mit dem Gelde der Schwerindustrie arbeitet, besitzt eine eigene Abteilung für die Bearbeitung der Arbeiterschaft in den Betrieben. Diese Abteilung verbreitet „Taktische Richtlinien", die für die „nationalen" Vertrauensmänner in den Betrieben stimmt, sowie eine Anzahl von Flugblättern, die auf die Arbeiter wirken sollen.

Die Richtlinien und die Flugblätter gehen von der Annahme aus, daß die Arbeiterschaft mit Stolz und Hochachtung aus Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten, der aus ihren Reihen hervorgegangen ist, zurückblickt. Die Taktik des Reichsblocks geht dahin, durch Komplimente an die Adresse Eberts die Gefühle der Arbeiterschaft zu schonen, um sie dann für Jarres einzuwickeln zu können.

Das ist auch ein Beitrag zum Kapitel: Ehrlichkeit im Reichsblok. Dem Spießbürger gegenüber Verleumdung gegen Ebert, dem Arbeiter gegenüber Lob auf den eben Verleumdeten!

In den „Taktischen Richtlinien" heißt es:

„Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß Jarres im guten Einvernehmen mit Ebert stand, weil Jarres den Parteiemann vom Staatsoberhaupt zu unterscheiden verstand."

Die Hochachtung der Arbeiterschaft für Ebert soll von den dummschlaunen Agitatoren des Reichsblocks für Jarres ausgenutzt werden. Die Absicht hat gerade noch gefehlt, um das Bild des verfolgten Wahlsiegers der Rechten zu runden. Die Leute der Jarres-Propaganda müssen die Arbeiterschaft im übrigen für sehr dumm halten. Sie bieten ihr ein Flugblatt für Jarres, in dem es heißt:

„Dies Ziel erreichen wir aber nur, wenn der Arbeit in Deutschland gebührende Ehre und gebührenden Lohn gesichert wird."

Das sagen die Leute der Schwerindustriellen Unternehmer! Nach ihrer Ansicht gebührt der Arbeit keine Ehre: daher das Geschrei nach dem Bürgerblock, um sie von Regierung und Verwaltung auszuschließen, daher die hämische und dumme Ueberheblichkeit gegenüber dem „Sattler Ebert". Was den Lohn anbelangt, so meint das hinter Jarres stehende Unternehmertum, daß der Arbeit immer der geringst-mögliche Lohn gebührt. Vom Zehnstundentag wollen wir gar nicht reden.

Der Kandidat der Unternehmer wird keine Arbeiterstimme erhalten. Die Arbeiter stimmen alle für Otto Braun.

## Knüppel-Kunze für Jarres.

Herrn v. Killinger, dem Freunde der Erzberger-Mörder, hat sich ein weiterer Kronzeuge für den Verlegenheitskandidaten des Reichsblocks, Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres, gestellt. Knüppel-Kunze hat seine Partei am Donnerstagabend im kleinen Sprechzimmer der Berliner Stadtverordneten versammelt.

Dort zählte man fünf deutsche Männer beisammen. Das Ergebnis dieser wichtigen Beratung liest man im „Lokal-Anzeiger" und anderen schwerindustriellen Blättern in Gestalt eines Aufrufes der Deutschsozialen Partei, Landesverband Groß-Berlin". Heil! Jarres wird dort als der Mann gepriesen, der „entschlossen ist, mit jeder pazifistischen Charakterlosigkeit und internationalen Würdebereitschaft zu brechen". (Siehe das Garantiengebot an die Entente!) Knüppel aus dem Sack! Nur eines fehlt bei besagtem schönen Aufruf: Der Name des Hauptlings dieser menschenbeleidigenden Innung wird schamhaft verschwiegen. Aber wenn auch der „Lokal-Anzeiger" schweigt, warum sollen wir nicht reden. Hat das Volk nicht ein Recht darauf, zu erfahren, mit wessen Hilfe der große Mann des Reichsblocks ins Reichspräsidentenpalais einziehen will? Knüppel-Kunze aus dem Sack!

## Der nicht ernst genommene Ludendorff.

### Ein neuer Dolchstoß von hinten. — Der Knabe Ludendorff und der böse Geist Hittler.

Die Rechtspresse beginnt, sich von dem Schreck über die Kandidatur Ludendorff zu erholen. Sie fängt zu stammen an und macht sich stark. Zuerst die Hugenberg-Presse. Für die ist der Fall auch am klarsten. Es geht nicht um Gefühlswut für sie, sondern um die materiellen Interessen ihrer Besitzer. Also erwidert sie: Ludendorff kann uns nichts. Sie gibt ihn schon von vornherein einen Tritt:

Eine erste Gefährdung der für Dr. Jarres zur Verfügung stehenden Stimmzahl ist aber ausgeschlossen, zumal auch die weitesten Kreise der deutschsozialen Jugendbewegung nicht hinter Ludendorff, sondern hinter Dr. Jarres stehen. Es wird ein Aufruf der nationalen Studentenverbände für Dr. Jarres verbreitet werden, den auch die deutschsozialistische Studentbewegung unterzeichnet hat, obwohl Ludendorff ihr Protektor ist. Von einer Spaltung des Reichsblocks durch die Kandidatur Ludendorff kann gar keine Rede sein. Die Höchstzahl der Stimmen, die auf Ludendorff abspalten können, wird etwa 100 000 betragen.

So zu lesen in der Nachtausgabe des „Tag". Der Goebell-Ausschuß läßt eine Mitteilung verbreiten, in der er erklärt, er wäre nicht bestürzt. Im übrigen lobt er die Wulle, Gräbe und Reventlow, die für Jarres eingetreten sind. Nun kann es diesen treu deutschen Helden nicht fehlen, die Mittel der Industrie werden ihnen nach Verdienst fließen.

Im Reichstag wurde die Tatsache viel belacht, daß der Graf Reventlow beim Reichswahlleiter alle Nerven springen ließ, um die Anerkennung der Kandidatur Ludendorff zu verhindern. Schon wieder ein Dolchstoß von hinten!

Der Goebell-Ausschuß läßt es auch nicht an dem so beliebten Dolchstoß fehlen. Am Schluß seiner Mitteilung heißt es:

Die Kandidatur Ludendorff wird nach Ansicht des Reichsblocks nirgends ernst genommen.

Im Grunde genommen ist es aber der Rechten bei der Kandidatur Ludendorff nicht ganz wohl. Wie es bei ihr aussieht, offenbart die „Deutsche Tageszeitung". Die bekommt plötzlich für alles Verständnis. Kommunistische Kandidatur: laß hoch dem Kind die Boulette. Kandidatur Marx und Hellpach, zwar nicht zu erschuldigen, aber immerhin zu erklären. Kandidatur Held: schlumme genug, aber auch noch zu erklären. Aber, aber:

Wenn aber nun auch noch Herr Adolf Hittler Lomru und als Anlimarist nur sang die antimarkistische Front dadurch schwächt, daß er Ludendorff als Zehnstundentagskandidaten mißbraucht, so gibt es dafür weder eine Entschuldigung, noch eine Erklärung.

Alles ist für die Deutschnationalen zu ertragen, sogar Herrn Goebler hätten sie ertragen — nur die Kandidatur Ludendorff nicht.

Im übrigen ist diese Stimme sehr ehrend für Luden-

## Boten des Frühlings

### oder: Der Gelehrtenstreik und die Straßenkinder.

Von Bruno P. Schliephake.

Frühlingsanfang ist immer schon ein schweres Problem gewesen. Die Gelehrten waren sich nicht einig und mußten schließlich dem vornehmsten Rechenkünstler vertrauen: dem Sternquader. So wurde Frühlingsanfang mit feierlicher Wichtigkeit auf den 21. März festgelegt. Aber leider respektiert dieser übermütige Götterjüngling den Sternquader wenig; denn unser winterlicher Freund, das Sternbild des Orions war noch nicht vom Abendhimmel verschwunden, und schon stüdeten die Amseten und schlugen die Finten, daß es einem inwendig ganz sonderbar zumute wird. An diesem verirrten Frühling soll natürlich der Wettermacher schuld sein. Der sucht in allen Windarten und schwört Rasche; aber die gräßlichen Nebeltücher, die er immer gerade Sonntags früh vor unsere Fenster hängt, können uns doch nicht mehr erschrecken.

Der Botaniker lacht über den Streit um Frühlingsanfang. Er meint, man müsse nicht zu sehr auf Neuheitliches sehen, sondern auch mal auf das Innenleben der Pflanze schauen: wenn Blumen und Bäume wieder anfangen, in ihren ganz kleinen Röhren Saft aus der Erde zu pumpen, dann — ja dann fängt eben auch der Frühling an. Aber — o weh — da kommt er schon mit seinem intimisten Kollegen in Konflikt, d. i. der Vogelkundige. Der behauptet, die Schwablen kämen frühestens 7. April aus dem Süden, und das erst könne das maßgebende Anzeichen für den Frühling sein. Wem ist da zu glauben? Denn was nützen uns die trockenen Zahlen der Sternquader! Wir wollen etwas Handgreifliches. Darum will ich dir meine Entdeckung verraten. Meiner Hypothese ist sehr kurz: Frühling ist, wenn an allen Straßenecken faustgroße Lächer entstehen, die weder von Ragen, noch Hundten, sondern von kurz- und langhaarigen fröhlich lärmenden Zweibeinern herkommen. Das sind die Löcher für die Trudeln, Kugeln, Murmeln oder wie diese Apparate sonst noch heißen. Einen anderen Beweis hast du noch in den anderen runden, hüpfenden Dingern, Kreisel genannt, die einem jetzt so oft zwischen die Füße tanzen. Wenn dich dann nicht gleich der selbsthätige Frühling aus irgendeinem Kinderaug' angeschaut hätte, wärdest du sicher geschimpft haben. Oder tust du es trotzdem? — Nun, dann wartest du im ganzen Jahr vergebens auf Frühling und Freude. Denn der Frühling kommt nicht zu dir, du mußt zu ihm gehen.

Ein Maulwurf hört in seinem Loch ein Lerchenkind erklingen, und spricht: wie sinnlos ist es doch, zu jubeln und zu fagen.

## Jack London gegen Tierdressur.

In der Vorrede zu seinem letzten Roman „Michael", der mit zu seinen besten Tierbildungen gehört, gibt Jack London nachstehende Beurteilung der Tierdressuren, die noch ziemlich ausnahmslos als ein berechtigtes Vergnügen des schaulustigen Publikums in der ganzen Welt gelten. Es heißt da:

Sehr früh in meinem Leben erhielt ich, wahrscheinlich auf Grund der maßlosen Neugier, mit der ich geboren war, Abscheu vor Vorstellungen mit dressierten Tieren. Meine Neugier zerstörte diese Form des Vergnügens für mich, denn ich fühlte mich verurteilt, unersuchungen hinter den Kulissen anzustellen, um zu erfahren, wie die Vorstellungen zustande kam. Und was ich hinter der ausgezeichneten Vorstellung und der blendenden Darstellung fand, war ein Abgrund von so fürchterlicher Grausamkeit, daß ich überzeugt bin, es gibt keinen einzigen normalen Menschen, der, wenn er nur ein einziges Mal sich darüber klar geworden ist, jemals ein Vergnügen daran finden kann, Zuschauer bei einer Vorführung dressierter Tiere zu sein.

Ich bin keineswegs ein altes Weib. Von Kritikern und alten Weibern werde ich als eine Art primitiven Tiers betrachtet, das sich an blutriesenden Gewalttaten und Schreden erfreut. Lassen Sie mich nun dem Ruf, den ich hinsichtlich dieses Punktes im Urteil von Durchschnittseuten erhalten habe und den ich daher noch Gehör werke, hinzufügen, daß ich wirklich in meinem Leben durch eine sehr harte Schule gegangen bin und mehr gesehen habe, als hies und Quax an Unmenschlichkeit und Grausamkeit sieht. Anzweifeln von Schiffbruch und Gefängnis, Armenquartier und Wüste, Schacht und Ausläßigenort bis Schlachtfeld und Militärhospital. Ich habe fürchterliche Todeskatastrophen und Verstümmelungen gesehen. Ich habe Geisteschwache hängen sehen, weil sie eben als Geisteschwache nicht die Mittel für einen Anwalt besaßen. Ich habe starke Männer in Rast und Wein verarmt gesehen und andere Männer durch Mißhandlung zu unheilbarem und schreiendem Wahnsinn getrieben. Ich habe alt und jung, ja sogar kleine Kinder, aus reinem Hunger sterben sehen. Ich habe Männer und Frauen mit Weissen und Keulen und Häuten schlagen sehen und habe die Rißsporenpetische so häufig auf die nackten Körper von Regenbinderen gesehen, daß jeder Schlag die Haut in einem richtigen Kreis abschälte. Und doch muß ich zum Schluß hinzufügen, daß ich niemals so entsetzt und erschütterter über die Grausamkeit der Welt worden bin, als wie unter einem frohen, lachenden und applaudierenden Publikum, wenn die Vorführung dressierter Tiere in der Arena stattfand.

In Mitleidenschaft würden wir alle Blut und bittere Tränen weinen, wenn wir die unvermeidliche Grausamkeit und Brutalität kennen lernen, auf der die Welt der dressierten Tiere beruht und besteht. Aber nicht ein Zehntel eines Prozentes von uns würde sich einer Organisation zur Verhütung von Grausamkeiten gegen die Tiere anschließen. Das ist eine Schwäche der menschlichen Natur. Und doch steht für die 99.9 Proz. von uns, wenn wir uns nicht bemühen unsere eigene Schwäche zu überwinden, ein anderer Weg offen. Wir brauchen gar nicht an Vereinsbeiträge oder Kofferchen zu denken, wir brauchen überhaupt an nichts zu denken, ausgenommen, wenn eine Vorführung dressierter Tiere in einem Varietè oder an einer Vergnügungsfstätte gezeigt wird. In diesem Falle können wir ohne weiteres unsere Mißbilligung einer solchen Vor-

führung gegenüber ausdrücken, indem wir uns von unseren Plätzen erheben und das Lokal verlassen, um die Beine zu strecken und draußen frische Luft zu schnappen und zurückkommen, wenn die Nummer vorbei ist, um uns über den Rest des Programms zu freuen. Dies, nur dies ist alles, was wir zu tun haben, um ein für allemal von den Vorstellungen dressierter Tiere an allen Vergnügungsstätten befreit zu werden. Jetzt der Direktion, daß solche Vorstellungen nicht fern gesehen sind! Und am selben Tag und im selben Augenblick wird die Direktion aufhören, dem Publikum solche Nummern vorzuführen.

Die Auffindung eines neuen Riesenhirses. Im Februar ist bei den Baggerarbeiten für den neuen Datteln-Weseler Städtkanal ein gemaltiger Schädel eines völlig neuen Riesenhirses gefunden worden, der bestimmungsgemäß an das Museum der Geologischen Landesanstalt in Berlin abgeliefert worden ist.

Es ist ein Hund von außerordentlich Bedeutung, auch infolge der Begleitumstände. Das Geweihorn des Schäbels zeigt einen ganz neuen Typus, die 75 Zentimeter breiten, mit schaufelförmigen Augensprossen versehenen Schaufeln sind weit zurückgebogen, fast eingelegt. Die Ausdehnung erreicht die bedeutende Länge von rund zwei Metern. Augenscheinlich ist das gesamte Skelett vorhanden, woraus zahlreiche Schenkelschrauben hinweisen, die sämtlich aufgeschlagen sind (zur Herausnahme des Markes). Von allergrößtem Interesse ist über der Fund der Wurstspeerpike von 42 Zentimeter Länge aus Mammut-Eisenstein mit der Blutrinne, mit welcher der Riesenhirsch erlegt worden ist. Andere Knochenreste zeigen noch des Vorhandensein von drei Mammuttypen, darunter ein Stößelhorn von zwei Meter Länge. Die Fundstätte ist diluvialer Ries mit Schneeden. Die ein sicheres geologisches Alter (Höhe der letzten Eiszeit) erkennen lassen; der Fund der Speerpike (Aurignacien) stimmt hiermit genau überein.

Studentische Rombles. Das Anschlagblatt der Vereinigung sozialistischer Studenten an der Technischen Hochschule in Charlottenburg ist dieser Tage aus der Hand herausgerissen und entfernt worden. Die Anbringung der Anschlagtafel war, wie die aller ähnlichen, seinerzeit natürlich vom Rektor der Hochschule genehmigt worden. Der Vorstand der Studentenschaft gibt bekannt, daß die Studentenschaft aufs schärfste ein derartiges unethisches Vorgehen mißbilligt. Es ist eines Akademikers unwürdig, mit Mitteln der Straße gegen politische Unterscheidende, die noch dazu Kommilitonen sind, vorzugehen.

Reicht gefogt. Aber mit was für Mitteln sollen dumme Jungen kämpfen, denen geistige Waffen nicht zur Verfügung stehen? Solange die politische Qualifikation hokenkreuzlicher Professoren sich an den Hochschulen der deutschen Republik ungeführt drei machen darf, wird es auch studentische Rombles geben.

Malwareführungen. Sonntag, den 22. 10 Uhr vormittags, haben mitteleuropäische Führungen durch Direktorialbeamte im Rensselaer-Museum (Kognitische Vorträgsamkeit) — Dr. Wolf — und im Kaiser-Zoo (Kaiserliche Tiergärterei) — Dr. Dange — statt. Zufahrten zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich. — Am 20. März sollen die Führungen wegen der Wahlen aus-

Dorff, der sich vom bösen Hitler misbrauchen läßt! Dazu muß er noch manches von der „Deutschen Tageszeitung“ einstecken. „Sonderwurst, Regellub-Politik, verstaubte Parteiverhältnisse, Bezirksvereinsmeierei, politische Torheit“. Die Deutschnationalen gehen doch etwas zu hart mit ihren „großen Männern“ um.

Nun gar noch die „Bommerische Tagespost“. Die schreibt in fetter Schlagzeile: „Wer sein Vaterland liebt — wählt Jarres“. Sie meinen: wer nicht Jarres wählt, liebt sein Vaterland nicht. Also: „wer Ludendorff wählt, liebt sein Vaterland nicht!“ Armer Ludendorff.

### „Lieber Jarres als Braun!“ Kommunistischer Verrat.

Bremen, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer Bremer Gewerkschaftsversammlung, die sich mit der Reichspräsidentenwahl beschäftigte, verriet durch eine Diskussionsrede ein kommunistischer Funktionär die Taktik der KPD zur Reichspräsidentenwahl. Die kommunistische Partei betrachtet Thälmann lediglich als Wahl- und Verteilungsstandkandidaten für den ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang würden sich die Kommunisten unter allen Umständen gegen den Sozialdemokraten Otto Braun wenden und ihre Anhänger aufzureden, lieber den Monarchisten Jarres zu wählen. Diese Taktik stellt in der Tat die notwendige Ergänzung zu der arbeiterverräterischen Haltung der Kommunisten im Reichstag und im Preussischen Landtag dar.

### Bayern für Held.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Leitung des Bayerischen Bauernbundes hat sich am Donnerstag entschlossen, den Mitgliedern und Anhängern zur Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held zu raten, und zwar in seiner Eigenschaft als bayerischer Heimatstandkandidat. Wörtlich heißt es in dem Aufruf der Parteileitung: „Wenn wir trotzdem die Wahl Helde wollen, dann geschieht es, weil wir im Reichsinteresse alle zur Wahlurne zu bringen wünschen, um durch Ausschaltung der Wahl des Gegenwärtigen der Stimmen der Linken zu verringern. Wer es aber nicht übers Herz bringen sollte, unsere Parole zu folgen, für den ist nach dem veränderten Gesetz zur Wahl des Reichspräsidenten die Möglichkeit gegeben, einer beliebigen Person die Stimme zu geben. Denn es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme auch für eine andere Person als die vorgeschlagenen Kandidaten abgibt.“

### Frankreich und die Präsidentenwahl.

Paris, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kampagne für die Wahl des Reichspräsidenten wird in Frankreich mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt, da man von dem Ausgang der Wahl einen weitläufigen Ausschlag darüber erwartet, ob die Mehrheit des deutschen Volkes hinter den republikanisch-demokratischen Parteien steht oder, wie die innerpolitische Entwicklung Deutschlands im Ausland vielfach geäußert wird, tatsächlich ins reaktionär-nationalistische Lager abgewandert ist. Das Interesse an der Bewertung dieser Frage ist hier um so stärker, als die gesamte Richtung der französischen Politik von dem Ergebnis der Wahl zweifellos sehr stark beeinflusst werden wird. So sehr man es hier bedauert hat, daß die Parteien der Linken sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen vermocht und damit noch der höchsten Auffassung ihre beste Chance aus der Hand gegeben haben, so sieht man doch andererseits in dem Umstand, daß die Rechte den Kampf mit herabgelassenem Bissier zu führen gezwungen ist, und daß deren Kandidat Jarres, es mit Rücksicht auf die Stimmung der Wählerschaft nicht magt, offen gegen die Republik Stellung zu nehmen, ein sehr günstiges Omen. So schreibt die „Information“: „Wenn es den Parteien der Linken gelänge, aus dieser Situation Kapital zu schlagen, und die Doppeltzüngigkeit der Rechtsparteien für immer zu distanzieren, so würden sie der Sache des Friedens einen unschätzbaren Dienst erweisen.“

### Die Dritte Steuernotverordnung fällt. Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Der Reichstag hat gestern wiederum eine Aufwertungsdebatte erlebt, und zwar seine wichtigste. Denn sie endete mit dem Beschluß, daß die Artikel I und II der Dritten Steuernotverordnung, sowie die zur Durchführung, Ergänzung und Aenderung erlassenen Vorschriften am 30. Juni außer Kraft treten. Endlich ist damit die Aufwertungsfrage ein Stück vorwärts gebracht. Und zwar durch den unerwartlichen Druck der Sozialdemokratie.

Diesen Beschlüssen war eine außerordentlich interessante Debatte vorausgegangen. Man hörte eine Regierungserklärung aus dem Munde des greisen Justizministers Dr. Frenken. Sie war umfangreicher als die früheren, denn sie bestand statt aus zwei aus drei Sätzen. Inhaltsreicher aber ist sie nicht geworden. Die Reichsregierung will den Entwurf ihres Aufwertungsgesetzes im Laufe der nächsten Woche vorlegen und in einer Kundgebung ausführlich erläutern. Zweifelst noch jemand daran, daß ein Entwurf, der so pfleglicher Behandlung bedarf, der die Kritik im Parlament scheuen muß, nur einen neuen Beitragssperich an den Sparern darstellt? Aber warum soll man nicht vor der Präsidentenwahl aufwertungsfreundlich und nachher wieder aufwertungsfeindlich sein?

Die gestrige Debatte lieferte bereits die Bestätigung für dieses Misstrauen. Denn Herr Hergt, der die Beschlüsse der Regierung kennt, hielt es für notwendig, sie von vornherein als unzulänglich zu kritisieren und die Verantwortung dafür der Regierung zu überlassen. Im übrigen war Herr Hergt wieder einmal in seiner eigenen Schlinge gefangen. Im Aufwertungsausschuss war trotz des heftigsten Einspruchs der Regierung ein deutsch-nationaler Antrag mit Hilfe der Linksparteien angenommen worden, durch den eine Warnung gegen Eintragung neuer Hypotheken an Stelle solcher, die mit Papiermark gelöst worden sind, ausgesprochen werden soll. Jetzt bekämpfte auf Befehl der kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen, dem sich auch die Regierung fügte, Herr Hergt seinen eigenen Antrag, den er noch zwei Tage vorher mit Zähnen und Klauen verteidigt hatte. Es scheint, als ob diese schlangenmäßige Wandlungsfähigkeit die einzige bei den Deutschnationalen noch übriggebliebene Charaktereigenschaft ist.

Es war der Vorsicht besserer Teil, daß Herr Hergt es vorzog, auf die ihm vorausgegangene eindrucksvolle Rede des Genossen Keil nicht zu antworten. Selbst er, die personifizierte Schlange, scheint zu fühlen, daß der Versuch, ehrlich zu erscheinen, ihn in noch schlechterem Licht erscheinen läßt, als verlegene Schweigen. Herr Hergt folgte Dr. Best. Diese Reihenfolge war kein Zufall. Ihr war ein erbittertes Ringen zwischen Best und Hergt vorausgegangen, weil Dr. Best unter allen Umständen bekunden wollte, daß er den Umfall von Hergt nicht mitmachen werde. Seine Rede fand deshalb das stärkste Interesse des ganzen Hauses. Wiederum

sprach Best nur für sich ganz allein, diesmal aber entschiedener als jüngst. Er schleuderte seine Angriffe nicht nur gegen den Volksparteiler Wunderlich, dem er vorwarf, noch nie einem Antrag für Aufwertung zugestimmt zu haben. Er richtete sie auch gegen die eigene Partei und insbesondere gegen Hergt persönlich. Und als er mit erhebender Stimme erklärte, daß er unter keinen Umständen an der Verzögerung der Regelung der Aufwertungsfrage schuld sei, da fühlte jeder Mann den sachtlich tief begründeten Vorwurf gegenüber der deutschnationalen Fraktion, der Best zwar angehört, in der er aber vereinsamt ist. Die Konsequenzen dieser Stellungnahme werden sich nicht lange vermeiden lassen.

Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen herrschte bei den Regierungsparteien und der Reichsregierung noch weniger Zufriedenheit als bei den früheren Aufwertungsdebatten. Deutlich konnte man beobachten, daß die Vertreter des Justizministeriums den deutschnationalen Regierungsmitgliedern und Parteiführern heftige Vorwürfe machten wegen ihrer vorschriftswidrigen Abstimmung bei der Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung. Die Gerechtigkeit gebietet jedoch die Feststellung, daß diese Vorwürfe unbegründet sind. Herr Hergt glaubte besonders schlaue zu sein und wurde nur das Opfer seiner Dummheit. Er rechnete damit, daß sein wie immer, so auch diesmal nicht ernst gemeinter Antrag, die Dritte Steuernotverordnung am 30. Juni außer Kraft treten zu lassen, statt am 31. Mai, wie es die Sozialdemokratie beantragte, ebensowenig eine Mehrheit finden würde wie der sozialdemokratische Antrag. Indem die Sozialdemokratie sofort für den deutschnationalen Antrag stimmte, durchkreuzte sie dieses Manöver und ergwang die Annahme des deutschnationalen Antrages!

## Wahrt Euer Wahlrecht!

Jeder ist wahlberechtigt, der am 29. März 20 Jahre alt wird. Die Ausübung des Wahlrechts ist abhängig von der Eintragung in die Wählerliste. Die Wählerlisten liegen nur bis Montag, den 23. März, zur Einsicht aus.

### Montag ist der letzte Termin!

Keine Stimme darf durch Säumigkeit dem Kandidaten des wertvollen Volkes, Otto Braun, verloren gehen.

### Seht die Wählerlisten ein!

## „Deutsche Werke“ in Bayern. Teilweiser Verkauf.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hat durch ihre Unterhändler am Mittwoch in Berlin mit den zuständigen Stellen der Deutschen Werke und des Reichs über die Fortführung der bayerischen Betriebe der Deutschen Werke verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Betriebe Ingolstadt und Amberg werden in der Form selbständiger Gesellschaften, als deren Aktionäre zunächst nur der bayerische Staat und die Deutschen Werke auftreten, fortgeführt; das Werk Ingolstadt als Deutsche Spinnereimaschinen-Gesellschaft, das Werk Amberg als Deutsche Präzisionswerkzeug-Gesellschaft. Die angeblich stillgelegten Werke Dachaun und Reichertshausen sowie das vor der Stilllegung stehende Werk München werden so rasch als möglich an die Privatindustrie verkauft, da sie sich in ihrer jetzigen Form angeblich als absolut unrentabel erweisen haben. Der Erlös aus diesen Werken dient den Werken Ingolstadt und Amberg als Betriebskredit, wozu noch der bayerische Staat einen besonderen Kredit von 2 Millionen Mark gewährt. Die Regierung hat dem Landtag darüber eine geforderte Vorlage unterbreitet.

## Wer hat Kausch ermordet?

### Sensationelle Erklärung in dem Kommunistenprozeß.

Leipzig, 20. März. (WIZ.) In dem Prozeß gegen die hannoverschen Kommunisten machte heute der Hauptzeuge und gleichzeitig Angeklagte bei einem anderen Prozeß, Pflüger, Angaben über die Ermordung des Jreiners Kausch und erklärte, daß an diesem Mord auch der Angeklagte Mayer beteiligt sein soll. Weiter machte er Angaben über Waffenbestände der kommunistischen Partei und gleichzeitlich über die Verbindung Neumanns, des Hauptangeklagten im Thälmannprozeß, mit den Tätern in Hannover. Die Verteidigung beantragte deshalb zur Klärung dieser Sachen weitere 30 Zeugen zu laden. Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Das deutsch-belgische Handelsprovisorium.

Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen sind in diesen Tagen zum Abschluß gelangt. Allerdings sind einzelne Punkte des Abkommens noch ungeklärt, so z. B. die Abmachungen über die Kündigungsfrist. In der Hauptsache handelt es sich um eine Uebergangsregelung von einem Jahr, in dessen Verlauf auf beiden Seiten eine Differenzierung der Waren stattfindet. Dem Provisorium folgt aber sofort das Definitivum, das die Restbegünstigung vorsehen wird. Ungeklärt bleibt einseitigen noch die wichtige Frage, wann der Vertrag in Kraft tritt. Die deutschen Unterhändler haben nämlich auf Grund der beabsichtigten deutschen Zollsätze verhandelt. Ob aber der Reichstag diese beabsichtigten Zollsätze annehmen wird, ist noch zweifelhaft. Für das Schicksal des Abkommens ist es jedenfalls von Wichtigkeit, wann und wie der Reichstag die Zollnovelle erlischt.

## Kulturkampf in Frankreich.

### Wüste Prügelkamps in der Pariser Kammer.

Die im vergangenen Herbst eingeleiteten Kampagnen der nationalitätstheoretischen Rinderheit gegen die Regierung Herriot wegen der beabsichtigten Aufhebung der kulturellen Sonderrechte Elsas-Lothringens ist, nach einer Pause von wenigen Wochen, mit besonderer Heftigkeit aufs neue embrannt. Erzbeschlossene Manifeste, Schulfreikampfen im Elsas und maßlose Presspolemiken kennzeichnen diesen Kampf, der natürlich viel weniger einen religiösen als einen politischen Charakter trägt und mit sonatistischer Leidenschaftlichkeit geführt wird. Noch ist bisher die Regierung Herriot bestrebt gewesen, durch maßvolle Antworten und Ausverständnisse die Wellen der Erregung zu glätten, aber die andere Seite scheint es darauf abgesehen zu haben, die Dinge auf die Spitze zu treiben, und wenn erst auf beiden Seiten der Kampf mit derselben Rücksichtslosigkeit geführt wird wie einst bei der Durchführung der Trennungsgesetze von Kirche und Staat, dann sind die innerpolitischen Folgen nicht abzusehen. Eine Gefährdung des

Kabinetts Herriot kommt allerdings einstweilen um so weniger in Frage, als zu der sonst letzten Mehrheit von 100 Stimmen die 26 kommunistischen Stimmen diesmal hinzukommen, die den Lebensdienst für die Reaktion kaum so weit treiben können, daß sie Seite an Seite mit den Millerand, Maginot und Costelneau für den kulturellen Rückschritt offen eintreten.

Einstweilen finden die Gegensätze ihren fast täglichen Niederschlag in wüsten Szenen in der Deputiertenkammer. Gestern scheint es wieder sehr arg gewesen zu sein. In Beantwortung einer Interpellation aus den Reihen der Mehrheit über die Agitation der Erzbischöfe hielt Herriot eine Rede, in der er gegenüber den Vorwürfen der Rinderheit behauptete, seine Regierung sei in religiösen Fragen durchaus liberal. Er legte sodann scharfe Berührung ein gegen eine am 10. Februar gehaltene Rede des Papstes, der seine Kulturpolitik als „weder großzügig, noch großzügig“ bezeichnet hatte. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erregte Herriots Ausspruch, daß er die Größe des Christentums anerkenne, aber von einem „Christentum der Bankiers“ nichts wissen wolle, ungeheuren Lärm. Es kam zu Zusammenstößen, sodann zu einem Handgemenge, die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Die Zusammenstöße sollen von noch nie dagewesener Heftigkeit gewesen sein. Man schlug sich mit Fäusten — und warf sich sogar die Abstimmungsurnen an den Kopf. Präsident Painlevé verließ die Sitzungssaal.

Nach Wiederaufnahme wurde ein adliger Abgeordneter, Marquis de la Ferronnays, der Herriot hartnäckig unterbrach, ausgeschloffen. Er weigerte sich, den Saal zu verlassen. Daraufhin erschien auf Befehl des Präsidenten ein Oberst mit fünf Mann. Die Rehe rief: „Es lebe die Armee!“ Der ausgeschlossene ging auf den Obersten zu, drückte ihm die Hände (!) und verließ mit ihm den Saal, während seine Freunde die „Marsellaise“ anstimmten.

Erst dann konnte Herriot seine Rede fortsetzen und begründete seinen Ausspruch über das „Christentum der Bankiers“ mit dem engen Zusammengehen zwischen der Spitze des Klerus und den Spitzen der Handelswelt und der Hochfinanz, die ihre Agitation finanzieren.

Schließlich nahm die Kammer eine Vertrauensresolution mit 325 gegen 251 Stimmen an.

## Für ausreichenden Mieterschutz.

### Sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat angelehnt der Bestrebungen der Rechtsparteien auf Abbau des Wohnrechts und der Bereimigung der Wohnungsnot einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die folgende Materien neu ordnet:

1. Nach Artikel 135 der Reichsverfassung ist ein Rahmengesetz zu schaffen, das die Rechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden in der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft abgrenzt.

2. Die gebundene Wohnungswirtschaft einschließlich Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz wird unter Abweisung jeder Forderung so lange aufrechterhalten, bis ein neues Wohnrecht auf Grund des Artikels 135 der Reichsverfassung geschaffen ist.

### Wohnungsprogramm.

1. Zur planmäßigen Verringerung der Wohnungsnot ist ein Wohnungsprogramm aufzustellen, das die bestehende Wohnungsnot beseitigt und den zunehmenden Wohnungsbedarf in spätestens 7 Jahren befriedigt. Die Länder und Gemeinden sind verpflichtet, im Rahmen des Reichswohnungsprogramms eine nach festzulegende Mindestzahl von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung und linderreichen Familien zu erbauen.

2. Die Mittel zur Durchführung des Wohnungsprogramms sind durch eine Wohnungsbauabgabe von allen Gebäuden und Gebäudeteilen in Höhe von 20 vom Hundert der Friedensmiete (wo die Friedensmiete nicht festgestellt werden kann, nach dem Kupingsmerit der Gebäude des Friedensstandes) zu erheben.

Nicht zahlungsfähige Mieter (Erwerbslose, Rentrentner, Schwerkrankenbeschädigte usw.) bleiben von der Wohnungsbauabgabe befreit.

Die Wohnungsbauabgabe ist ausschließlich zum Wohnungsbau und zur Erhaltung des alten Wohnraumes sicherzustellen. Die Wohnungsmiete darf als Steuerquelle für Reich, Länder und Gemeinden nicht benutzt werden.

Die Wohnungsbauabgabe wird von den Gemeinden erhoben. 20 vom Hundert des Ertrages fließen in einen Reichsausschussfonds zur Verwendung in besonders bedürftigen Bezirken und zur Verbilligung der Bauausführung und der Baustoffherzeugung.

3. Es sind Richtlinien für die Verwendung der Wohnungsbauabgabe durch das Reich, die Länder und Gemeinden aufzustellen.

4. Die Landesversicherungsanstalten und sonstigen sozialen Verwaltungsbehörden haben die angesammelten Mittel hypothekarisch gesichert für den Kleinwohnungsbaue gegen niedrige Zinsen zur Verfügung zu stellen. Die Kosten des Wohnungsbaues, die durch die Wohnungsbauabgabe nicht gedeckt werden können, sind durch Zuschüsse des Reichs zu decken.

5. Die Mieten in den Altimwohnungen dürfen nur insoweit gesteigert werden, soweit die Erhaltung der Gebäude, die Deckung der Betriebskosten und die Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken und des im Grundstück angelegten eigenen Kapitals nach Maßgabe der Entwertung sie bedingt.

Die Mieten der Neumwohnungen, die mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet werden, dürfen nicht wesentlich höher werden als die Mieten der Altimwohnungen. Zur Sicherung dieses Zieles hat das Reich die Weitergabe der Mittel für den Wohnungsbau davon abhängig zu machen, daß die Darlehen und Hypotheken zu geringem Zins oder einem niedrigen Amortisationszins und in Höhe von etwa 85 bis 90 vom Hundert der Baukosten gewährt wird.

6. Von den Mitteln, die den Ländern verbleiben, haben diese einen bestimmten Hundertsatz für die Instandhaltung der Altimwohnungen und zur Sanierung verfallener Wohnviertel zu verwenden.

7. Die Verbilligung des Wohnungsbaues muß durch Bereitstellung von billigem Baustand, durch behördliche Erleichterungen bei der Baugenehmigung, durch Förderung der Rationalisierung des Baugewerbes, durch planmäßige Verteilung der Bauaufträge über das ganze Baujahr, und vor allem aber durch nachdrückliche Bekämpfung überhöhter Bau- und Baustoffpreise besonders gefördert werden. Gemeinwirtschaftliche Betriebe des Bau- und Baustoffgewerbes sind aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

### IV.

Mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe dürfen Wohnungsbauteile nur gefördert werden:

1. wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe der Festlegung oder Kontrolle einer öffentlich-rechtlichen Stelle unterstehen;

2. wenn die Bauten dauernd im Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben.

Aus besonderen Gründen können die Bauten im Privateigentum errichtet werden und verbleiben, wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß der Bauherr — Eigentümer — aus der Vermietung oder dem Verkauf einen ungerochterfertigten Gewinn erzielt.

Der Bormal-Untersuchungsausschuss des Reichstags hat sich bis noch Diersa vertagt. Er tritt erst wieder am 18. April zusammen.





Die Entschlossenheit und Handlungskraft der amerikanischen Gewerkschaften auf allen Gebieten wirtschaftlicher Förderung ihrer Mitglieder hat etwas Vorbildliches. Der Gedanke der Konsumgenossenschaft hat drüben einen fruchtbaren Boden gefunden, und wenn sich jetzt vier der bedeutendsten Gewerkschaften von New York zu einem genossenschaftlichen Bauunternehmen zusammengeschlossen haben, so ist damit von Arbeiterseite in einer auch für europäische Verhältnisse sehr lebendigen Weise der Feldzug gegen den allen Großstädten anhaftenden Schandfleck der „Slums“, der elendesten Wohnquartiere, eröffnet worden.

**Niederlegung der Elendsquartiere.**

In Deutschland hat man von städtischer und privater Seite aus die Schaffung neuer, gesunder Wohnviertel meistens mit einer Aufteilung des Peripheriegebietes der betreffenden Städte unternommen. Sicherlich ist in diesen neuen Arbeiter- und Mittelstandssiedlungen, wie hier kürzlich ausführlich dargestellt, häufig nicht übermäßig sorgfältig und keineswegs immer mit gutem Material gebaut worden, eine Erscheinung, die an sich noch nicht gegen die Vorstadtsiedlung spricht. Auf alle Fälle aber ist es ihr Nachteil, daß ihre Bewohner selbst unter günstigen Verkehrsverhältnissen durch eine Fahrstunde oder mehr von den im Stadtkern gelegenen Arbeitsstellen und von Theatern, Konzertsälen, Museen und billigen Großgeschäften trennt. In New York, wo der katastrophale Mangel an Baugelände auf der schmalen Halbinsel Manhattan das Wohnungsproblem dauernd aufgerollt hält, hat man jetzt einen interessanten Versuch zu seiner Lösung unternommen. Die oben erwähnten Gewerkschaften wollen nämlich den Neubau von sonnigen und luftigen Wohnhäusern mit der Niederlegung von Elendsvierteln verbinden. So ergibt es sich denn, daß im Herzen New Yorks, wo bitterste Armut, Vandalismus und Verbrechen nebeneinander wohnen, plötzlich Paradies in beträchtlichem Ausmaß vorhanden ist. Dort unten im südlichen New York, wo die Grant Street mit ihren schmalen, dunklen Nebengassen ein düsteres Bild von der Weltmetropole gibt, ein Bild, von dem der eilige Reisende im Glanz der Wallstreet und Vergnügungsviertel wenig ahnt, dort werden nun Backsteinhäuser um große Höfe herum entstehen. In jener Gegend sind jetzt noch 81% des Baugeländes bebaut, 11% mehr als die amerikanische Bauordnung gestattet. Die neuen Wohnhäuser sollen 30% weniger Boden decken und trotzdem noch für allerlei in diesem Viertel sonst nicht sehr bekannten Komfort Raum haben, Bäder, Wasserleitungen, mehrere Treppenaufgänge, Zentralheizung und Warmwassererwärmung. Es ist wahr, man legt drüben nicht allzuviel Wert auf besondere architektonische Reize dieser Häuser. Es sind schmucklose, schaltwandige Steinkästen von höchster Nüchternheit, die innerlich durch die Art ihrer monumentalen Aneinanderreihung wirken können. Aber wesentlichlicher als die Befriedigung des Formen-

gefühls ist hier die Ausnützung der freien Flächen, Spielplätze, Planschwiegen, Sandhausen für die Kleinen, gärtnerische Anlagen für die Großen garantieren jedem Einwohner die nötigen Kubikmeter Luft und Sonne. Und dies alles inmitten des finsternen New York!



Ein New Yorker Elendsquartier.

**Billigere Wohnungen.**

Aber damit nicht genug. Die Dollarmillion, die von den Gewerkschaften zunächst für die Errichtung eines Arbeiterwohnblocks der geschilderten Art bereitgestellt ist, wird den Gewerkschaftsmitgliedern nicht nur neue, gesunde Wohnungen schaffen, sondern ihnen diese Wohnungen obendrein noch erheblich billiger machen als die städtischen Häuser in den „Slums“. Siebzig Prozent der in Groß-New York lebenden Familien haben ein Jahreseinkommen unter 2.500 Dollars, eine Summe, die unter Zugrundelegung der Preisverhältnisse nicht sehr viel mehr bedeutet als 2500 Mark in Deutschland. Man rechnet, daß die Miete nicht ein Fünftel des Einkommens übersteigen soll. Jene siebzig Prozent dürften danach nicht mehr als 500 Dollars Jahresmiete ausgeben. Tatsächlich kosten aber Dreieckszimmerwohnungen selbst in den billigsten Vierteln New Yorks 700 bis 1000 Dollars Miete, Zahlen, die sich übrigens alle Auswanderungslustigen genau betrachten sollten. Es ist nun lediglich mehr ein Problem der Geldaufbringung und der Bautechnik, billigere Wohnungen zu schaffen, die monatlich nicht mehr als zehn Dollar pro Zimmer Miete kosten und für den Unternehmer dennoch sechs bis acht Prozent Zinsen abwerfen. Die Geldaufbringung ist so groß und starken Organisationen wie ein paar zusammengeschlossenen Gewerkschaften nicht schwierig, und was die Bautechnik angeht, so entwickelt sich zurzeit im Lande des Standards, im Lande des millionenfach über alle Landstrecken laufenden Topenautos, ein Standardbau, eine Technik des Montagebaus, dessen Einzelteile in Massenproduktion fabrikiert und an Ort und Stelle lediglich aufeinander montiert werden, eine Bauweise, die zu einer starken Verringerung der Kosten führen kann, das es New Yorker Bauleitern gelang, mit den wirklichen Baukosten 100.000 Dollar unter dem Voranschlag zu bleiben. Selbstverständlich kann diese Bauweise nicht auf ein einzelnes Haus angewandt werden. Nach den neuen Richtlinien werden drüben ganze Häuserblocks auf einmal in gleicher Ausführung und in gleicher Höhe errichtet.

In der Verbindung einer genossenschaftlichen Baugrundlage mit dem System höchstgezügelter Großfabrikation — selbstverständlich unter der einheitlichen Leitung eines baumeisterlichen Willens — geben die New Yorker Gewerkschaften ein Beispiel, das große Organisationen auch bei uns überall da beachten sollten, wo Stadt oder Kommune der Wüchse finanzieller, technischer und gedanklicher Probleme des Nachkriegsbauwesens nicht gewachsen sind.

**Kriegsopfer!** Kundgebung am Montag, 23. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Mikuläen, Schönhauser Allee 130: für eine bessere Rentenversorgung! für die Ausgestaltung der bestehenden Fürsorge! Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegserlter-Bleibenden.

**Anthony John.**

Roman von Jerome K. Jerome.

Die Frau gab keine Antwort, wußte, daß der Vorwurf gerechtfertigt sei. Anthony Johns Vater war ein guter Mann, nüchtern und gütig in seiner jammervollen mürrischen Art. Ihre Familie, und auch sie selbst, hatten die Heirat für ein Glück gehalten. Sie war in Dienst gewesen, verachtet von ihren Freundinnen, die in Fabriken und Geschäften ihren Lebensunterhalt verdienten. Er hingegen war ein halber Herr, obwohl es heute schwer fiel, dies zu glauben. Die Strong'nih'arms waren früher reiche Bauern gewesen. Es hieß, Mitglieder der Familie lebten in Wohlstand in den Kolonien, und auch heute noch hofften Mann und Frau, daß irgendein entfernter Verwandter ihnen ein Vermögen hinterlassen werde. Andererseits ewiger Kampf gegen den Hunger. Der Mann hatte sich eine eigene Mechanikerwerkstatt eingerichtet. Es gab für derlei Werkstattarbeiten genug in Millsborough, aber John Strong'nih'arm gehörte zu jenen Anseligen, die stets den falschen Weg einschlugen. Er war eine Art Erfinder; einige seiner Ideen waren äußerst einträglich gewesen, — für andere Leute.

„Käme ich doch zu meinem Recht. Widerführe mir Gerechtigkeit! Wäre ich nicht betrogen und beraubt worden!“ Mit diesen Worten wurde der kleine Anthony John bald vertraut; er hörte sie gesprochen von einer schrillen schwachen Stimme, die meist in einem Hustenanfall erstickte, sah geballte Hände in vergeblichem Flehen emporgehoben zu jemandem, den der Vater durch die Decke der dunklen unordentlichen Werkstatt zu sehen schien. In dieser Werkstatt lagen die Dinge fast alle auf dem Fußboden, und der Vater suchte unentwegt nach etwas, das er nicht finden konnte. Ein kindischer guter Mensch. Hätte er über ein gesichertes Einkommen verfügt, so würde eine Frau ihn geliebt, mit seiner Schwäche Rücksicht empfunden haben. Aber bei den Armen darf es keine Schwäche geben. Sie können sich diesen Luxus nicht leisten. Instinktiv wußte das Kind, wie sehr die Mutter den träumerisch blickenden, stets von Ängsten geplagten Mann verachtete. Trotzdem war es der Vater, den er zuerst lieben lernte, wenngleich es von der Mutter Antwort auf seine Fragen und Erfüllung seiner Wünsche erwartete. Die unordentliche Werkstatt mit dem lodernden Heerd war Anthony Johns Kinderzimmer. Seinem Gesichtsausdruck nach zu urteilen, befriedigte es ihn ungemein, wenn der Vater ein Werkzeug fortlagte und

es schon im nächsten Augenblick nicht mehr zu finden vermochte. Das Kind beobachtete eine Weile den fluchenden Mann, dann sprang es von seinem Sitz, reichte dem Vater das Gesuchte. Allmählich gewöhnte sich der Mann daran, von Anthony John Hilfe zu erwarten. „Sahst du nicht zufällig, wohin ich gestern das kleine Nickelrad legte?“ fragte der Vater. Und John, der Mann, arbeitete weiter, während Anthony, das Kind, eine Minute später das gesuchte Rad herbeibrachte. Einmal war der Vater den ganzen Nachmittag fort gewesen; als er am Abend die Werkstatt betrat, blieb er stehen, starrte staunend vor sich hin. Der große Tisch war abgestaubt worden, alle Werkzeuge lagen der Reihe nach geordnet darauf. Er verharrte noch immer wie gebannt, als sich leise die Tür öffnete und ein kleines grünes Gesicht hereinlugte. Der Mann brach in Tränen aus, suchte dann voller Beschämung vergeblich nach einem Taschentuch. Das Kind steckte ihm reine Holzwolle in die Hand und lachte.

Jahre hindurch wußte das Kind nicht, daß die Welt auch noch etwas anderes sei, als dunkle Gassen und stinkende Slums. In der Nähe der Wohnung befand sich der Marktplatz, wo Männer brüllten und fluchten, Frauen kreischten und weilschten, Küder blöckten und Schweine quiekten. Etwas weiter entfernt war ein zertrampelter Rasen mit verrückten Sträuchern, umgeben von rauchspeienden Schloten. Bisweilen, an jenen Tagen, da der Vater das Schicksal mehr verstaubte denn sonst, und noch häufiger als gewöhnlich die geballten Fäuste zur Werkstattdecke emporstreckte, verschwand die Mutter auf viele Stunden, kehrte mit allerlei guten Dingen zurück, die in braunes Papier verpackt waren. Und am Abend wurde jemand, der in weiter Ferne lebte, gesegnet und gepriesen. Das Kind fragte sich, wer wohl dieser Jemand sei; war es etwa der Unbekannte, oberhalb der Werkstattdecke, dessen Gerechtigkeit der Vater so oft anrief? Aber nein, das war unmöglich, ist doch dieser Unbekannte oberhalb der Werkstattdecke anscheinend stotterd; die Mutter hingegen kehrt nie mit leeren Händen zurück.

Eines Abends erschollen in der Gasse Gesang und der Klang eines Tamburins. Der kleine Anthony öffnete die Werkstatttür und spähte hinaus. Etwa ein halbes Dutzend Männer und Frauen standen auf dem Bürgersteig, und eine Frau hielt eine Rede. Sie sprach von einem Herrn, den sie Gott nannte. Er wohnte sehr weit fort und sehr hoch oben. Alle guten Dinge kamen von ihm. Sie erzählte auch noch anderes, redete über die Herrlichkeit und die Macht dieses

Herrn, erklärte, alle mühten ihn fürchten und lieben. Dem kleinen Anthony fiel ein, daß er die Tür offen gelassen habe, und er eilte zurück. Etwas später zogen die Leute wieder weiter. Das Kind hörte sie sagen:

„Gelobt sei Gott, von dem der Segen kommt, Lobsinger ihm, Ihr Wesen dieser Erde.“

Der Rest des Liedes ging im Getrammel des Tamburins unter.

Es ist also Gott, den die Mutter so häufig aussucht und von dem sie immer mit guten Dingen beladen heimkommt. Hat sie Anthony doch auch erklärt, er könne nicht mitgehen, weil es ein weiter und steiler Weg sei. Vielleicht im nächsten Jahr, wenn seine Beine stärker sind. Anthony verschwiegte der Mutter gegenüber seine Entdeckung. Frau Plumberry unterscheidet zwei Arten von Kindern: jene, die sprechen und niemals zuhören, und jene, die zuhören und ihre Gedanken für sich behalten. Eines Tages jedoch, als die Mutter ihren einzigen Hut aus der Umhüllung hervorholte und ihn vor dem halbblinden Spiegel aufsetzte, zupfte sie der Knabe am Ärmel. Sie wandte sich um. Er hatte die Strümpfe heruntergelassen, zeigte seine kräftigen Beine. Es war charakteristisch für ihn, daß er sogar als Kind niemals Worte vergaß. „Fühl sie an,“ war alles, was er sagte. Die Mutter erinnerte sich ihres Versprechens. Es war ein schöner Tag, soweit man dies im Rauch von Millsborough sehen konnte. Sie gebot ihm, seinen besten Anzug anzulegen, und sie zogen zusammen aus. Sie staunte über die Aufregung des Knaben, die ihr unbegründet vorkam. Der Weg war tatsächlich weit, aber das Kind schien es nicht zu merken. Sie ließen Millsboroughs Lärm und Rauch hinter sich, gelangten allmählich in eine wundervolle Gegend. Das Kind hätte am liebsten die Landschaft umarmt, so schön war sie. Die Frau plauderte hin und wieder, der Knabe jedoch hörte sie nicht. Am Ende der Wanderung schritten sie durch ein offenes Tor. Und plötzlich trafen sie Gott, der im Garten spazierte. Die Mutter schien äußerst verwirrt, stammelte Entschuldigungen, wiederholte sich immer wieder. Sie riß dem Knaben die Mütze vom Kopf und knickte unentwegt, sank dabei fast auf die Knie. Gott war ein sehr alter Herr in Gamaschen und Jagdrock. Er trug Badenbart und Schnurrbart, stieg sich beim Gehen auf einen Stock. Er streichelte Anthonys Kopf und gab ihm einen Schilling. Die Mutter nannte er „Kell“ und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, ihr Mann möge bald Arbeit finden. Dann sagte er, daß sie so den Weg kenne, lästete die Mütze und verschwand. (Fortsetzung folgt.)

# Die Mahlsdorfer Totschlagsaffäre.

## Drei Jahre Gefängnis für Liebed.

Die Beweisannahme in der Mahlsdorfer Totschlagsaffäre hat nicht positives ergeben. Die Staatsanwaltschaft hätte sich wahrlich den Aufmarsch der 29 Zeugen ersparen können. Die Polizei hatte in der Sache eigentlich leichte Arbeit. Sie kam durch die Aussagen des Zeugen Kalinowski, der am verhängnisvollen Abend den Liebed und den Beyer kurz vor dem Ereignis in einem lebhaften Gespräch über das Schicksal beobachtet hatte, recht bald auf Liebeds Spur.

Beharrlich leugnete er aber mit aller Entschiedenheit seine Täterschaft. Er bestritt nicht, am fraglichen Abend mit Beyer zusammengekommen zu sein, wollte jedoch sich bereits vor 6 Uhr von ihm getrennt haben. Er brach erst unter der Wucht der Zeugenaussagen, der Feststellungen des Schriftsachverständigen und der Gleichartigkeit der bei ihm gefundenen Sicherheitsnadeln mit der bei der Leiche ausgefundenen, zusammen. Er erklärte, den Beyer unbeabsichtigt erschossen zu haben. Er sei am fraglichen Abend mit dem Jungen zusammengetroffen, um ihn zu einer nationalsozialistischen Übung mitzunehmen. Durch eine Unterhaltung über das Schicksal angeregt, habe nun der 14jährige Gäniger den Bunsch geäußert, seine Kunst zu zeigen, mit verbundenen Augen ein nachher geschloßes Ziel zu treffen. Als der erste Schuß verfehle, habe dann der Junge, dessen Augen bereits mit einem Totschenduch verbunden waren, dem Angeklagten den Revolver übergeben, damit er nach der Ursache des Verfehlers forsche. In dem Augenblick, als er dann dem Beyer die Waffe zurückgab, habe er plötzlich einen Krampf am Bein empfunden. Als er nach dem Unterstellgriff, sei der Schuß losgegangen. Um nicht in den Verdacht der Täterschaft zu kommen, habe er versucht, einen kommunistischen Feindmord vorzutäuschen.

Diese Schilderung hielt der Angeklagte auch in der Gerichtsverhandlung aufrecht. Er machte einen sehr ruhigen und intelligenten Eindruck, ist äußerst beweglich und lebhaft. Seine Entwicklung ist die eines psychopathischen Charakters. Von klein auf zeigte er zum Sagabondieren und Kennenlernen. Der erstmal brante er als 14jähriger Junge zum Vater auf den Kreischauplatz durch, hinterher wiederholte er dieses Spiel zu unzähligen Malen, wurde wegen Landstreicherei und unbefugter Grenzüberdringung immer wieder festgenommen. Er war voll abenteuerlicher Pläne, mußte aus der Schule genommen werden, konnte auf keiner Lehrstelle dauernd bleiben und fand endlich eine Betätigung im Cookschen Reisebüro, wo es mit einer Vertreibung endete. Jedesmal, wenn er von Hause durchbrannte, fand der Vater bei ihm merkwürdig mit Stempeln besetzte Schreibblätter mit singulären Unterschriften des Staatsanwalts, mit solchen eines Chefs der „Schwarzen Hand“, mit roter Tinte geschriebene Hoffbefehle und dergleichen mehr. Seit seinem 17. Jahre begann er sich aktiv in nationalsozialistischen Kreisen zu betätigen, ließ stets in Hitler-Uniform mit unzähligen Abzeichen und riesengroßen Hutknaulen geschwandert umher, nahm an militärischen Übungen teil, trug sich mit dem Gedanken, als Spitzel der kommunistischen Partei beizutreten, führte sogar im Auftrag seines südlichen Vorgesetzten entsprechende Unterhandlungen mit Kommunisten in leitender Stellung, verleiht gefälschte Mitgliedskarten der nationalsozialistischen Organisation usw. Seine Bekanntschaft mit dem jungen Beyer hatte gemeinsame nationale Bestrebungen zur Unterlage. Er versprach dem Jungen, ihn dem Sturmtrupp zuzuführen. Und gerade an demselben Abend, als das Geschehen sollte, erschloß er ihn. Am nächsten Morgen beobachtete er, sich nach Rürnberg zu den Hitler-Truppen zu begeben. Die Zeugen bestreiten keine außerordentliche Eufrie zur Romantik und auch keine Partiliebe auf Menschen zu sich haben.

Unausgegütet blieb, was er kurz vor der Begegnung mit Beyer zu der Toilette getan hat, da er sich nach Aussagen der Zeugen unwürdig lange aufgehalten haben soll. Es bestand der Verdacht, daß er den später an der Leiche des Getöteten aufgefundenen Fehlschusses bereits fertiggestellt habe. — Man konnte dem Staatsanwalt schon nachfühlen, wenn er in seinem Wädiger die Unschuld überprüfte, es sei nicht einmütig von der Hand zu weisen, daß der Angeklagte nicht nur in schlüssiger Weise den 14jährigen Beyer getötet habe. Beweise für das Gegenteil konnten jedoch nicht erbracht werden. Er beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht ging darüber hinaus und verurteilte Liebed wegen straflässiger Lösung zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft.

Nur einige kurze Betrachtungen zu dem Fall: Er sollte für die Eltern eine Warnung sein. Der Vater des Jungen gab ihm selbst eine Waffe in die Hand als Schutz gegen einen eventuellen Einbruch. Er glaubte, daß sein Verbot, nicht mit der Waffe zu spielen, von Wirkung sein würde. Er hatte aber weder Ahnung von dem Umfang des Jungen noch davon, daß er hinter seinem Rücken eine zweite Waffe besaß. Der Fall sollte auch als Warnung für die rechts- und linksradikale Jugend dienen. Schutzaffen besitzen die eigentümliche Eigenschaft, von selbst los zu gehen. Das gemeingefährliche Treiben dieser unreifen Jünglinge sollte schließlich einmal aufhören. Aufgabe der Erwachsenen müßte es sein, hier Ordnung zu schaffen. Das Gericht konnte sich anscheinend nicht gemisser schwerer Bedenken erwehren. Die Raubbilgkeit des Angeklagten bei seiner Anwesenheit des „kommunistischen Kommandos“ und bei der Herbeischaffung von Wildbieweisen sprach von einer erschütternden seelischen Rohheit. Eine andere Frage ist es, ob das Gefängnis für diesen schweren Psychopathen diejenige Erziehungsanstalt ist, aus der er als brauchbarer Mensch in die Gesellschaft zurückkehren wird. Doch er bei seiner unbedingten Gemeingefährlichkeit für längere Zeit isoliert werden mußte, unterliegt keinem Zweifel.

# Aus Angst vor der Gardinenpredigt.

Einen Norddeutscher hatte sich der Postkassierer Wilhelm K. am 29. November, dem Tage der Gehaltszahlung, angelockt. Nachdem er am Nachmittag auf dem Bahnhofsamt 3 am Steintiner Bahnhof sein Gehalt abgehoben hatte, unternahm er eine Bierreise, die bis zum nächsten Morgen dauerte. Was mit ihm passierte, wußte er nicht mehr, als er am nächsten Morgen in einem Koffelgequartier erwachte. Lediglich war das Geld bis auf den letzten Pfennig weg. Nach Hause traute er sich aus Angst vor den Vorwürfen seiner Frau nicht. In seiner Trunkenheit verließ er auf die Idee, zum Postamt zurückzugehen und auf den Namen eines Postkassierers, von dem er wußte, daß er erst im Laufe des späteren Vormittags mit dem Bahnzuge wieder in Berlin einträte, dessen Gehalt abzuheben. Das gelang ihm auch und er ging befriedigt nach Hause. Unsanft wurde er nach einigen Stunden von dem Postinspektor aufgeweckt und nach dem Gelde gefragt. Da kam ihm erst zum Bewußtsein, was er angerichtet hatte. Das Schöffengericht Mitte ließ dem alten Beamten gegenüber, der bisher unbestraft war und sich im Dienst einwandfrei geführt hatte, mit Rücksicht auf dessen kleine Witwe mitleidig und erkannte auf drei Wochen Gefängnis, wofür er Bewährungsfrist erhielt. Außerdem nahm das Gericht auch Abstand, ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abzuspüren.

# Seifenfachmesse in der „Neuen Welt“.

Gestern nachmittag wurde in sämtlichen Räumen der „Neuen Welt“ wie alljährlich die große Seifenfachmesse im Beisein der Vertreter der Behörden und der Presse eröffnet. Die Messe, die sich immer mehr zu ihren Gunsten entfaltet, gibt einen guten Überblick über die Seifenindustrie. Ausgestellt sind: Seifen jeder Art, Parfümerien, Kerzen, Bug- und Scheuermittel, Beseuchungsmittel, Gummiswaren, überhaupt sämtliche Artikel zur Toilettenpflege. Auch die Christbaumschmuckindustrie ist neben der der Korbmacher vertreten. Es würde zu weit führen, wollte man hier alle die mannigfachen Dinge nennen, die dort ausgestellt sind. Anerkannt muß werden, daß die Veranstalter der Messe, der Schubverband deutscher Seifenhändler und die Einkaufszentrale der

Seifenhändler Groß-Berlin G. m. b. H., mit dieser Ausstellung wieder etwas Gutes geschaffen haben. Die Messe, die allerdings nur für Interessenten zugänglich ist, bleibt am Sonnabend von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends und am Sonntag von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet. Um aber auch den Hausfrauen den Besuch der sehenswerten Messe zu ermöglichen, findet heute vormittag ab 11 Uhr ein Frauentag statt. Nach dem Rundgang wird Dr. Bergel einen Vortrag über „Die Seife“ halten. Der Eintritt ist frei.

# Jugendweihen

## der Groß-Berliner Arbeiterschaft

Morgen, Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr  
Berlin, Großes Schauspielhaus, Karlstraße  
Friedenau, Aula des Realgymnasiums, Hornbühlstraße  
Leopold, Aula des Realgymnasiums, Raubachstraße  
Pankow, Aula des Lyzeums, Gödrichstraße

### Mitwirkende:

Revisor der Gefängnisverwaltung Kolobcetz, A. Argut  
Männlicher: Oberlehrer - „Lideralel Berlin - West“  
„Semifler Coor Tempelhof“ - „Männerchor Pankow SPD“  
„Orgelchiel - Musik - Gesang - Sprechchor“  
Weiblicher: Kath. Schulen, M. d. R. - Carl Bonih, Rektor,  
Dr. Richard Coymann - Otto Meier, M. d. R. - Max Kreuziger

Eintrittskarten sind erhältlich.

# Amtsmissbrauch.

## Der eiserne Kriminalsekretär.

Eine böse Stippe hatte sich der Kriminalbetriebsassistent Albert Wegat von der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums eingehandelt, der sich gestern vor dem Schöffengericht Mitte wegen unberechtigter Festnahme und Bedrohung im Amte zu verantworten hatte.

Wegat war in dem Hause Perleberger Straße 14, in dem er wohnt, am 8. Oktober abends eingetreten und hatte zunächst mit dem Wirt Karten gespielt. In demselben Lokal war auch eine 53jährige Bureaubeamtin Frau S. zugegen, die an diesem Tage ihren Geburtstag für sich allein feierte. Wegat war in einer Spielpause an die Dame herangeritten und hatte ihre Bekanntschaft zu machen gesucht. Der Wirt hatte ihn aber wieder zum Spiel zurückgeholt. Zu seinem Körper mußte er dann bemerken, daß ein anderer Gast sich an den Tisch der Dame gesetzt hatte und mit dieser in eifriger Unterhaltung blieb. Der fremde Gast begleitete denn die Dame auch nach Hause. Darüber war Wegat noch mehr erbost. Er ging dem Paar nach und stellte dem Begleiter an der Vestingstraße mit den Worten: „Ich bin Kriminalbeamter, wo wollen Sie mit der Dame hin?“ Als er auf diese Frage eine abweisende Antwort bekam, daß ihm das nichts anginge, zog er den Revolver und erklärte, er müsse den Mann wegen Mädchenhandels festnehmen. Die angeblichen Ausweise, aus denen hervorging, daß es sich um einen Eisenbahninspektor Sch. handelte, der in demselben Hause mit Wegat wohnte, wies der Kriminalbeamte für ungenügend zurück und zwang Sch. mit vorgehaltener Revolver, ihm zur Wache zu folgen. Der Dame bedeutete er, daß sie nach Hause gehen könne, da er nur mit dem Herrn zu tun habe. Sie ließ sich aber nicht abweisen und ging mit. Wegat wollte den Festgenommenen zunächst zum Polizeiamt Tiergarten bringen. Dieser wandte sich jedoch unterwegs an zwei Schutzbeamte und bat um ihre Begleitung zur nächsten Polizeiwache, was diese auch dann taten. Auf der Polizeiwache mußte der Eisenbahninspektor 5 Stunden warten; dann kam Wegat mit dem Wachhabenden aus einem Nebenraum heraus und bedauerte ihm, die Sache wäre erledigt, er könne gehen. Eine Vernehmung über die angebliche Straftat fand überhaupt nicht statt.

Der Eisenbahninspektor erstattete daraufhin Anzeige. Der Angeklagte blieb dabei, daß der Eisenbahninspektor ihm verächtlich vorgekommen sei, da er Kenntnis mit einem Mädchenhändler, den er vor 11 Jahren in Petersburg kennen lernte, hatte. Festgestellt wurde, daß der Angeklagte mit diesem Dezernat, überhaupt mit dem Mädchenhandelsdezernat, gar nichts zu tun hatte. Die Zeugen waren übereinstimmend der Meinung, daß Wegat angetrunken gewesen sei. Der Angeklagte selbst aber wollte nicht angetrunken gewesen sein. Das Gericht war der Uebereinstimmung, daß Wegat nur aus persönlichem Interesse an der Zeugin S. zu seinem unberechtigten Vorgehen sich hatte hinreichend lassen. Es wurde ihm aber als Milderungsgrund angedreht, daß er reichlich Alkohol getrunken hatte und nicht die Folgen seiner Handlungsweise klar übersehen konnte. Deshalb wurde auf die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis erkannt.

# Ein Kindesmord.

Wegen Ermordung ihres neugeborenen Kindes wurde von der Reußländer Kriminalpolizei die Aufwärtlerin Meta K. verhaftet. Am Januar d. J. zog, wie wir damals mitteilten, aus dem Hause Rosenstraße 89 in Reuthen eine Frau aus, die hier unter dem Namen Böhlke gewohnt hatte. Als man nun den Kochherd zu einer Ausbesserung nachschau, entdeckte man in einem Feuerloch hinter Lumpen die Leiche eines neugeborenen Knaben. Diesen war ein Stück eines Strumpfes in den Hals gesteckt worden. Die Mörderin konnte nur die bisherige Mieterin sein. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß sich hinter der „Frau Böhlke“ die Aufwärtlerin Meta K. versteckt hatte, die auch wegen Betruges hiebriesslich gesucht wurde. Endlich gelang es den Kriminalbeamten, sie in der Ravenstraße bei einer Freundin, die ihr Unterschlupf gegeben hatte, zu ermitteln und festzunehmen. Sie behauptete erst, das Kind sei vor Kälte umgekommen. Nachdem man ihr aber den Fund des Strumpfes vorgehalten hatte, bekannte sie, es umgebracht zu haben. Der Vater sei der Ehemann einer Freundin, die sie einmal in Leiden hat besucht habe. Dieser habe ihr versprochen, für sie und das Kind zu sorgen, sich aber nicht mehr um sie gekümmert. Es wurde festgesetzt, daß schon vor drei Jahren ein Kind der K. kurz nach der Geburt gestorben ist. Die Todesursache konnte damals nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

# Das Rundfunkprogramm.

## Sonnabend, den 21. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4 Uhr nachm.: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurs).  
Sprecherunterricht: Direktor Julius Glöck. „Esperanto“ 4.30 bis 6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).  
6.40 Uhr abends: Baurat Steiner: „Die Berliner Feuerwehr auf der Brandstätte“ 7-7.55 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Hochschulkurs). 7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: „Deutsche Lyrik von Hölderlin bis Wedel“. 4. Vortrag. „Von Heine bis Nietzsche“. 7.55 Uhr abends: Dr. Gustav Leithäuser: „Ueber die Empfangstechnik der drahtlosen Telegraphie und Telephonie“. 8.30 Uhr abends: Zum 240. Geburtstag Job. Seb. Bachs: Dirigent: Otto Uraok. 1. Aus der H-Moll-Suite: a) Sarabande, b) Polonaise, c) Rudenarie (Orchester). 2. a) Rezitativ und Arie „Pünzig Taler bares Geld“, b) Rezitativ und Arie „Er nehme zehntausend Dukaten“ (beide aus der weltlichen Kantate „Mer ha n en neue Oberkeit“) (Theodor Heß v. d. Wyk, Bad). 3. Konzert E-Dur (Kurt Vogel, Violine). 4. Der zufriedengestellte Aeolus (Theodor Heß v. d. Wyk). 5. Chaconne (Kurt Vogel). 6. Suite in D-Dur (Ouverture, Air, Gavotte, Bourée und Gigue) (Orchester). Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekannntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorbericht. 10.30 Uhr abends: Tanzmusik.

# Gegen Demagogie und Gewissenlosigkeit.

## Aus unseren Wählerversammlungen.

In der Wählerversammlung des Bezirks Tiergarten sprach Genosse Kempert. Im Wahlkampf um den Reichspräsidenten, so führte er aus, hat die Sozialdemokratie, gerade wie der Sämann das Unkraut, die politische Trägheit und Einfalt großer Teile des Volkes zu bekämpfen. Nicht ohne Absicht ist das deutsche Volk früher gelehrt und gegangelt worden. Es galt für das weltläufige Deutschland stets, seine Herrschaft zu sichern und zu festigen. Der unterste Stand, das Proletariat, sollte ausgebeutet werden zu Ruh und frommen der Herrschenden. Kapitalismus und Militarismus waren die Grundlagen, auf denen der Krieg gedeihen konnte, der schließlich unter Führung der Generale und der Konserdativen zur Staatskatastrophe führte. Die Sozialdemokraten reiteten das Staatsschiff vor dem Untergang. „Staatsverbrecher“ sollen wir deshalb sein. Und wenn vorher die politische Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit der regierenden Kastei den Zusammenbruch herbeiführte, schloßen sie sich nachher von der Mitarbeit des Wiederaufbaus aus, ja mit Demagogie und Gewissenlosigkeit schufen sie die Gichtatmosphäre, die die Besten der Republik zum Opfer stelen. Nach all dem Geschehen der Rechten Parteien sieht man jetzt ihre praktische Außenpolitik, die dieselben Grundsätze verfolgt, wie sie bisher von der Sozialdemokratie angegeben wurden. Um so stärker werfen sie innenpolitisch das Ruder nach rechts. Hier sollen den Unbemittelten die Reparationslasten aufgedrückt werden. Wenn jetzt bei der Präsidentenwahl unter einem Reichschwaben von Verleumdungen die Schwerindustrie-agrarischen Rechten Parteien die sozialistischen Staatsmänner verdächtigen, so wollen sie damit mit der Person auch die Partei treffen. Was unser Genosse Ebert auf seinem Posten geleistet hat, erkannte zur Schande des deutschen Volkes das Ausland früher als Deutschland selbst. Der Kampf gegen einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten geht gegen die Republik. Deshalb ist die Präsidentenwahl eine Wahl zwischen Monarchie oder Republik. Die Entscheidung kann für jeden arbeitenden Volksgenossen nicht schwer sein: Unser Genosse Ebert mahnt noch aus seinem Grabe heraus: Geht mit einem würdigen Nachfolger. Darum wählt Otto Braun. (Starker Beifall.)

### Bohnsdorf.

In Bohnsdorf sprach die Genossin Erna Kresse in einer Frauenversammlung. Sie kennzeichnete zunächst die Politik der bürgerlichen Parteien. Die Deutschnationalen versprochen in der Aufwertung ihren Wählern alles, hielten aber nichts; sie möchten jetzt unter die ganze Aufwertung einen blauen Strich ziehen. Als durch den Tod des Reichspräsidenten die Neuwahl unerwartet nötig wurde, zogen die Rechten Parteien schnell die Zollvorlage zurück, um den Wählern ihr wahres Gesicht zu verborgen. Die Sozialdemokratie war stets bemüht, in der Sozialpolitik die Interessen der arbeitenden Klassen zu vertreten. Es wurde bei deren von der Rednerin auf die Gefährdung der politischen Gleichberechtigung der Frauen hingewiesen. Das deutsche Volk muß alle Kräfte aufbieten, um den Verderber der Monarchie, Herrn Jarres, aus dem Felde zu schlagen. Wir haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Frauen den Schutz der Republik sicherstellen, indem sie einen ganzen Mann wählen. Es gibt keinen würdigeren Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten als den Genossen Otto Braun. Gegner melden sich nicht zum Wort. Es sprach nach der Genosse Rohr in der Diskussion. Er unterstrich noch einmal die Ausführungen der Referentin und forderte die Anwesenden auf: Wer gegen Monarchie, gegen Bürgerkrieg ist, der wähle den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Die Spreißler Hermann und Heinrich Weber, sowie Dr. Rantrop, die von der Tschekoslowakei ausgeliefert sind, sind Freitag nachmittag 3 Uhr 20 mit dem Prager Schnellzuge in Berlin eingetroffen.

Ordnung der Profesiichen Fretkonden. Sonntag, den 22. März 1925 pünktlich vorm. 9 Uhr im Großen Schauspielhaus zum Dirnenfest.

Vorbereitung der Jugendweihen Pankow, Raubachstr. (22 März) heute, nachm. 7-9 Uhr dortselbst.

Vorbereitung der Jugendweihen Treptow, Neue Krugallee 6 (22 März) heute, nachm. 7-9 Uhr dortselbst.

Das Volksbildungsamt Reichsland veranfaßt am Sonntag, den 22. März, abends 7-9 Uhr, in der Aula der Humboldt-Gesellschaft einen Vorkleiderabend, angelehnt vom „Welthier Tagel“, Dirigent Hans Hilde, unter Mitwirkung von Dr. Heinz Schall (Kicker zur Laute). Eintrittskarten an der Abendkasse.

# Die Sturmatastrophe in Amerika.

New York, 20. März. (W.F.) Nach den letzten Nachrichten aus dem Tornadogebeiet wurden 15 Ortschaften in Illinois von dem Sturm heimbesucht, je 5 in Indiana, Missouri und Kentucky, eine in Tennessee. Die Gesamtzahl der Toten nach den letzten Zusammenstellungen ist 848, sie verteilt sich wie folgt: Illinois 688, Indiana 89, Missouri und Tennessee je 27, Kentucky 10. Verletzt wurden 2909 Personen, viele davon schwer. In Murphorsboro, wo 469 umkamen, sind 8000 Menschen obdachlos, es wurden 50 Häuserlecks zerstört und der Sachschaden wird auf 3 Millionen Dollar geschätzt. Der Gesamtschaden in Illinois soll 6 Millionen Dollar betragen. Viele Einwohner entgingen dem Tode



Übersichtskarte von der Wirbelsturmatastrophe in den Ver. Staaten.

in wunderbarer Weise. Ein Bankier in De Sota sah die Bankgebäude einfliegen und troch in das Gelddomäne. Ein Mann hielt seine Frau fest, als unter furchtbarem Fischen drei Wände ihres Heims davonflogen. Eine andere im Bett liegende Frau blieb dadurch unversehrt, daß die herabfallenden Dachbalken sich quer über die Bettstützen legten. Viehsch wurden Automobile zerstört, deren Insassen unverletzt blieben.

Chicago, 20. März. (W.F.) Nach weiteren Nachrichten ist die Zahl der vollständig zerstörten kleinen Ortschaften in dem Wirbelsturmgebiet noch größer als bisher gemeldet. In Murphorsboro hat der Sturm drei Quadratmeilen im Geschäft- und Wohnbezirk zerstört. Die Kraft des Sturmes war so groß, daß ein Lokomotiven vernichtet wurden. Da beürchtet wird, daß Krankheitserreger, besonders Tetanus, ausbreiten können, hat das Rote Kreuz schon 600 Tuben Antitetanus-Serum angefordert, welche mittels Flugzeug in den Distrikt Murphorsboro gebracht werden sollen.

In dem Tornadogebeiet von Illinois werden besondere Vorkehrungen gegen die Möglichkeit des Ausbruchs der Pest getroffen. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Simmons, hat ausüchlich der Unwetterkatastrophe in den Vereinigten Staaten von Amerika an den Präsidenten Coolidge folgendes Telegramm gerichtet: „Die Nachrichten von der furchtbaren Katastrophe, die über weite Teile der Vereinigten Staaten hereingebraucht ist und viele Menschenleben vernichtet hat, wecen in ganz Deutschland tiefes Mitleid. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, Herr Präsident und dem amerikanischen Volke meine herzlichste Anteilnahme auszudrücken. ge. Simmons, Stellvertreter des Reichspräsidenten.“

## Aus den Bezirken.

### 15. Bezirk Treptow.

In der letzten Bezirksversammlung wählte der Vorsteher, Gen. B. Strieder, dem verstorbenen Reichspräsidenten, der jahrelang Bürger Treptows war, einen warm empfundenen Nachruf. Bis auf Roslau waren alle Fraktionen vertreten. Die Kommunisten erklärten nach der Ansprache des Gen. Strieder mit einem Mann. Genosse Bürgermeister Grunow wies auf den Zustand der Wuhlsheide hin und stellte eine Beschädigung der Wuhlsheide durch die Bezirkskörperschaften in Aussicht. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und verlangte von den Zentralvorständen schnellste Ergreifung von Maßnahmen zur Erhaltung der Wuhlsheide. Der Abschluß eines Vertrages mit der Allgemeinen Berliner Omnibusverkehrs-Gesellschaft wegen Aufhebung der Buslinien der Straße 1 und der Eichenstraße im Ortsteil Treptow löste eine Debatte aus. Die Genossen Emil Lüdke und Otto Schneider beantragten, daß die Gesellschaft die Umpflasterung der Eichenstraße übernimmt und zur Unterhaltung der Straßen herangezogen wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der Beschlußfassung zur Abänderung des Bauordnungsplanes für das Gelände zwischen der Brieger Straße, der Köllnischen Straße, der Spindlersfelder Eisenbahn und der Grünauer Straße in Niederschöneweide verfaßt ein Bürgerlicher Obstruktion zu treiben mit der Begründung, die Vorlage müsse zurückgezogen werden, weil es ihm nicht möglich war, der Baudeputationsung, in der die Vorlage beraten wurde, beizuwohnen! Unter allgemeinem Heiterkeit wurde der Antrag abgelehnt. Die Versammlung erklärte sich mit der Anschließung und Verbreiterung der Kiehlalze zwischen Teiowkanal und Altdorfer Straße einverstanden. Genosse Schneider ersucht das Bezirksamt dringend, dafür einzutreten, daß während der Erneuerungsarbeiten an der Marggrafstraße auf jeden Fall eine Fußgängerbrücke errichtet wird. Ferner bittet er, bei der Straßenbahndirektion vorstellig zu werden, damit im Falle der Sperrung der Marggrafstraße von der Straßenbahndirektion ein Straßenbahnpendelverkehr eingerichtet wird. Auch mit dieser Anregung ist die Versammlung einverstanden.

### 16. Bezirk Köpenick.

Welche rücksichtigen Kulturträger im Bezirksparklament die deutschen Nationalen und ihre Freunde, die Kommunisten, sind, ergibt sich bei Prüfung der Beschlüsse für das Etatsjahr 1925, die bekanntlich von den Genannten in Bau- und Wagen abgelehnt wurde. Wir greifen aus diesem nur die Forderungen auf dem Gebiete der Schulen heraus: Da wird gefordert: Für den Neubau des Anzweigs Friedrichshagen 2. Bauart 750 000 M., Neubau der Dorotheenschule (Anzweig) sowie Berufsschule in Köpenick 1 478 000 M., Erweiterungsbau der 1. Gemeindeschule in Köpenick 150 000 M., Erweiterungsbau der 4. und 5. Gemeindeschule in Köpenick 304 000 M., Neubau einer Schule für die Ortsteile Wilsdorfer-Heidenmühl 300 000 M., Neubau einer Turnhalle in Köpenick 90 000 M., Anlage eines Freibad- und Schwimmbeckens im Ortsteil Köpenick 1. Gemeindeschule in Friedrichshagen 17 000 M., Errichtung einer 2. Klasse und Schaffung der Behörerbewohnung im Schulgebäude in Rügelheim 30 000 M., Ausbau des Schulhauses in Köpenick zur Erziehung weiterer Klassen 35 000 M. Daß diese Forderungen dringend notwendig sind, wird in allen Kreisen der Bürgerschaft anerkannt, zumal der Osten gegenüber dem Westen gerade auf dem Gebiete der Schule bisher sehr vernachlässigt worden ist. Selbst wenn man die großartigen Anlagen auf dem Gebiete der Schulgartenpflege in den westlichen Teilen Berlins ganz außer Betracht läßt. Das alles aber bedeutet für die „Los-von-Berlin“-Schwärzer vom Schlosse der Deutschnationalen Stein und Wier und ihren unerkennbaren Nachbarn nichts, denn Kultur und Bildung bedeutet ihnen nichts, Demokratie aber alles. Die Bürgerschaft des Bezirks sollte aber bei den kommenden Wahlen den Schicksalsbürgerkrieg ihrer bürgerlichen und kommunistischen Vertreter nicht vergessen und sich dessen erinnern, wenn im Berliner Stadtparlament für unseren Bezirk bei der Beschlussfassung so gut wie nichts herauspringt; denn die Vertreter in ihrer Mehrheit haben ja neben allen anderen Forderungen auch die notwendigen Kulturforderungen mit abgelehnt.

### 18. Bezirk Weisensee.

Als Vorsteher Genosse Thiele die Bezirksversammlung einleitend mit einer ehrenvollen Gedenkrede für den verstorbenen Reichspräsidenten eröffnete, erhoben sich alle Anwesenden mit Ausnahme der drei Kommunisten und zwei U.S.P.-Beute von den Plätzen. — In einer der letzten Bezirksversammlungen wurden gegen den Bürgermeister, Genossen Plankow, und gegen den unbedachten Stadtrat, Genossen Kothkop, von rechts- und linksradikaler Seite scharfe Verdächtigungen ausgesprochen. Mit Zustimmung der beiden Angegriffenen wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Dieser Ausschuss, in dem alle Parteien vertreten waren, hatte nun inzwischen das vorliegende „Material“ gesichtet und geprüft. Der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, Herr Bohm von der Deutschen Volkspartei gab in der gestrigen Sitzung bekannt, daß alle Verdächtigungen gegen unsere Genossen aus der Luft gegriffen worden sind. Gegen die gewissenhafte Arbeit der Angegriffenen sei nicht das geringste auszusagen. — Die Verdächtigungen entsappten sich als Dred-Drücker einiger Vergörerten. Genosse Plankow wird gegen die Verlaumber gerichtliche vorgehen. Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, stimmte die Bezirksversammlung einem vom der Bauverwaltung vorgelegten Projekt über Bildung von Heimstättengebieten zu. Die in Aussicht genommenen Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe der bebauten Ortsteile.

Der 3. Kreis Wedding veranstaltete kürzlich im großen Parksaal eine Märkte, verbunden mit Fahnenweihe. Die gut besuchte Veranstaltung bot ein frohes, freudiges Bild, sowohl im Saale als auch auf der Bühne, vor der sich die Bannerträger mit ihren Abzeichen aufgezogen hatten. Die Feste, an Stelle des nachherigen Gen. Köbe hielt der Bezirkspräsident Lem-pert. Er feierte die Freiheitskämpfer von 1848, die Opfer des Sozialistengesetzes und die Kampfmannen, nie wankenden Kerntrouppen der SPD, die in den vergangenen Jahren treu zur deutschen Republik und treu zu den Idealen der internationalen Arbeiterbewegung gestanden haben. Tief ergriffen folgte die Versammlung dann den Regitationen Heinrich Wittes, der mit Kraft und Begeisterung Revolutionsgedächtnis Feiligraths und Kothensfelders zum Vortrag brachte, die den Höhepunkt der Feier, die Enthüllung der Fahne, würdig vorbereiteten. Besonders sei noch des Weinedelchen Sängerklosters gedacht, der, wie schon so oft, auch diesmal unsere Feste durch seine Arbeiten verhört. Mit dem gemeinsamen Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ schloß die würdig verlaufene Feier.

## Kommunales Leben in einem Westbezirk

Der 12. Berliner Verwaltungsbezirk, der aus den Ortsteilen Steglitz, Zankow, Lichterfelde und Südende besteht, also aus drei früher völlig selbständigen Gemeinden, stellt der Verwaltung Aufgaben, deren Lösungen oft schwierig sind. Sie sind es vor allem aus dem Grunde, weil die völlig rechtsgerichtete Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung und der Deputationen sich häufig genug in ihren Beschlüssen von feindlichen Richtungsinteressen leiten läßt und fortschrittlichen, besonders auch zentralistischen Bestrebungen feindlich gegenüber steht. Die kommunale Arbeit wird weiter dadurch erschwert, daß der Stadt Berlin leider weder die genügenden Mittel für die dringenden Bauaufgaben der Bezirke noch für die Verbesserungen im Wohlfahrtswesen zur Verfügung stehen. Trotzdem hat das Bezirksamt den Mut nicht sinken lassen und sich Aufgaben gestellt, deren endgültige Lösung sowohl dem Bezirk 12 als auch der Stadt Berlin, als Ganzes gesehen, ein bedeutend einheitslicheres Aussehen verleihen wird. Da ist vor allem

### der Verkehr.

Wohl kaum ist ein Berliner Bezirk so gut mit den verschiedenen Zentren der Stadt verbunden, wie der Bezirk 12. Sowohl Potsdamer Platz wie Zoo, sowohl Pantow wie der Friedrichshagen, sowohl Mariendorf wie die verschiedenen Bahnhöfe in Lichterfelde sind direkt vom Rathaus oder Bahnhof Steglitz aus mit der Straßenbahn erreichbar. Ein Autobus führt von dort zum Steiner Bahnhofs und weitere Linien werden noch in diesem Jahre fertiggestellt werden. Dazu kommt die Wanneseebahn und die elektrische Vorortbahn. Diese beiden Stränge haben im Bezirk 4 Bahnhöfe. Auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost halten auch Fernzüge, allerdings nur Personenzüge. Ebenso auf dem etwas weniger bekannten Bahnhof Lichterfelde-Süd. In 15 Minuten ist man in Steglitz, in 20 Minuten in Lichterfelde vom Potsdamer Bahnhof aus. Das Bezirksamt hat trotzdem Verhandlungen eingeleitet, um Pankow und Steglitz besser miteinander zu verbinden, etwa durch die Viktorienstraße, um die früheren Kreisbahnen, die schmalspurig sind und deren kleine Wagen stets unnötig überfüllt sind, durch Vollbahnen zu ersetzen, um die Linie 40 weiter durch den Bezirk auf Zehlendorf zu ziehen, um auch nach dort bessere Verbindungen zu schaffen und endlich um die Untergrundbahn bis in das Herz des Bezirks, ev. bis an dessen Grenze zu führen. Auch sollte der sogenannte Bau-burger Ortsteil mit dem Friedhof dann nicht ganz vergessen werden, besonders deshalb, weil dort die Bauarbeiten in ungeahnter Weise aufblühen. — Im Bezirk Steglitz werden etwa

### 1500 neue Wohnungen

teilweise mit Mitteln aus der Hauszinssteuer im Bezirk erstellt. In 10 Goldmillionen sollen als Hypotheken zum Bezirk Steglitz im Jahre 1925 fließen. Außer dem schon genannten Viertel ist es hauptsächlich der Ortsteil Zankow, der sich großer Beliebtheit erfreut. Doch auch in Lichterfelde werden einige große Blöcke gebaut. Privatgesellschaften wie Elbe und Ludwig und Berge und Ripperi, sowie wie auch Siedlungsgenossenschaften und die Berliner Straßenbahn weiteten miteinander, die Wohnungslosen unterzubringen. Leider wird dies, soweit wenigstens Privatgesellschaften in Frage kommen, nur solche Wohnungslosen betreffen, die im glücklichen Besitze von recht großen Geldmitteln sind. Man fragt sich unwillkürlich, ob hier nicht ein anderer Weg hätte beschritten werden können, der auch der minderbemittelten Klasse endlich einmal Wohnungen geschafft hätte. Nämlich der Bau eigener Häuser durch die Stadt. Leider aber haben die Anregungen unserer Genossen weder im Stadtparlament noch in den Bezirksparlamenten den geringsten Erfolg gehabt. Sowie aber scheint schon heute festzustehen, daß trotz des Wohnungsbaues nur sehr wenig Wohnungssuchende von den Listen der Wohnungsämter verschwinden werden, und daß die besonders von den Hausbesitzern unserer westlichen Bezirke so stark bedrückte Zwangswirtschaft, uns wohl noch einige Jahre treu bleiben wird. Wird viel gebaut, und wächst der Verkehr, so muß natürlich auch das Hauptverkehrsmittel,

die Straße, besser ausgebaut werden. Wer das Straßen- und Brückenbauprogramm des Bezirksamts gesehen hat, welches auch durch die Bezirksversammlung ausgegeben wurde, der wird sich der Großzügigkeit der betreffenden Stellen nicht verärgern können. Aber leider wird auch hier der Restpost des Herrn Kämmerers wüten und vieles, vielmehr als der Bezirk wird vertragen können, muß zurückgestellt werden. Vorbildlich dagegen ist die Politik des Bezirks in bezug auf ihre

### Gärten und Parks.

sowie auf ihre Sportplätze. Die Stadt Berlin hat in dankenswerter Weise hier absolut nicht kleinlich gehandelt und den Ankauf großer Grünflächen, vor allem des prachtvollen Schlossparks in Lichterfelde ermöglicht, der dem Publikum vielleicht schon in diesem Jahre teilweise zur Benutzung frei gegeben werden wird, wenn auch von kostspieligen gärtnerischen Anlagen vorläufig abgesehen werden dürfte. Auch der Grüntreifen am Teiowkanal, der beliebteste Spaziergang im Bezirk, nähert sich immer mehr seiner Vollendung. Das heißt seinen Zusammenhang und wird vielleicht in wenigen Jahren eine der schönsten Erholungsstätten in ganz Groß-Berlin darstellen. Die Sportplätze auszubauen, dazu gehört viel Geld und da dies mangelt, so werden wir auf den Sportplatz in Lichterfelde wohl noch etwas warten müssen. Dagegen ist der Sportplatz an der Ringstraße ein vorbildliches Unternehmen und wird auch von Groß-Berliner Vereinen gern zu ihren Veranstaltungen gewählt. Der Einfluß der Bezirke auf

### das Schulwesen

ist ja natürlich sehr gering. Weltliche Schulen wie in anderen Bezirken konnten naturgemäß hier im Westen bei der überwiegend bürgerlichen Bevölkerung nicht erreicht werden. Ja auch alle Anträge unserer Genossen, den Kindern, die vom Religionsunterricht befreit sind, besonderen Lebenskunde- oder religionskundlichen Unterricht zu erteilen, sind stets mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden. Jedemwelsches Verständnis dafür, daß Eltern ihre Kinder nicht im Dogma einer christlichen oder der jüdischen Religion erziehen lassen, sondern sie in bezug auf die Weltanschauung völlig auf eigene Füße stellen wollen, ist selbstverständlich bei den bürgerlichen Parteien, die hier die Macht haben, nicht zu erwarten. Trotzdem werden die Bestrebungen nach dieser Richtung hin von unseren Genossen stetig fortgesetzt. Auch die

### Wohlfahrtsbestrebungen

sind, wie bereits erwähnt, durch den Geldmangel sehr stark behindert. Immerhin wird sozial geleistet wie es möglich ist. Zu bedauern ist es allerdings, daß besonders die Kinder- und Säuglings-horte, die Trinkerfürsorge und ein Teil der Lungenfürsorge in den Händen privater, meist christlicher Vereine liegt. Hier sollte es unser Bestreben sein, mehr und mehr die Leitung dieser Institute in die Hand der Stadt anzustreben. Kann doch dann ein wesentlich unpersonlicherer Gebrauch von denselben gemacht werden, und wenn auch die Stadt einigen Einfluß auf die Besetzung der Institute sich vorbehält, so bleibt doch noch reichlich viel der Willkür der privaten Leiter überlassen. — Einfluß kein noch die Arbeitsnachweise für männliche und weibliche Arbeitnehmer erweitert. Besonders auch der Nachweis für Hausangestellte. Dieser hat vor allem die Aufgabe, nach und nach die privaten gewerkschaftlichen Stellen-vermittlerinnen überflüssig zu machen und die stets wachsende Benutzung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Rückgang der privaten Vermittlungsstellen zeigen, daß auch hier das gesteckte Ziel in absehbarer Zeit erreicht werden dürfte.

So wird im 12. Verwaltungsbezirk von Seiten der kommunalen Behörden und der Bürger weitestgehend daran gearbeitet, die sich ursprünglich widersprechenden Forderungen der einzelnen Glieder zu einem Ganzen zu verschmelzen, das sich seinerseits wieder würdig in den Rahmen von Groß-Berlin einreicht. Schneller würde dies Ziel freilich erreicht werden, wenn der Einfluß unserer Genossen in den städtischen Körperschaften größer wäre als dies jetzt der Fall ist. Stadtrat S. A. Hermes-Steiglitz.

## Die städtischen Wälder.

Neben einem umfangreichen Grundbesitz an Landwirtschaftlich nutzbar gemachten Flächen besitzt die Stadt Berlin auch einen großen und wertvollen Waldbestand. Den ersten Anstoß zum Erwerb eigener Grundbesitzes außerhalb der Reichsgrenze gab das sanitäre Bedürfnis, die Abwässer aus den bewohnten Teilen der Großstadt hinauszuführen. Mit dem Ankauf von Gütern kamen neben Feldern und Wiesen auch Waldbestände in den Besitz der Stadt. Die ersten Erwerbungen liegen bis zum Jahre 1873 zurück; heute verfügt Berlin über einen Waldbestand von 21 173 Hektar. Damit ist die Reichshauptstadt zur zweitwäldreichsten Stadt Deutschlands geworden. Die erste Stelle nimmt in dieser Beziehung die Stadt Braunschweig ein. Die Oberförsterei Oberpreze hat mit ihren 3976 Hektar den umfangreichsten Bestand. Dann folgen Oberförsterei Grunewald mit 2967 Hektar und Pante mit 2623 Hektar. Auch hat 2133 Hektar, Tege 2159 Hektar und Spandau 1907 Hektar.

Der Holzbestand wird von den städtischen Forstbeamten als befriedigend bezeichnet. Die über 100 Jahre alten Bestände, die in einem Normalabstoß mit etwa 16 Proz. vertreten sein würden, bedecken allein 20 Proz. des gesamten Holzbestandes. Große Gefahren bringt die Großstadt dem ganzen Waldgebiet in der Abjaugung des Bodenmassers durch die Schiffahrtsstände und die Wasserwerke. Auch Raucherziehung und Waldbrände bringen in den städtischen Forsten oft großen Schaden. — Die Kiefer verdrängt den „Charakterbaum der Mark“; auf ihr beruht die unersetzliche Eigenart der märkischen Landschaft. Das grundsätzliche Zukunftziel geht aber dahin, Mischungen von Laub- und Nadelholz herbeizuführen, wobei die Kiefer auch ferner den Ton anzugehen hätte. Das Bestreben der Forstverwaltung ist ferner auf eine reichlichere Anpflanzung von Unterholz gerichtet. Damit wird nicht nur die Schönheit des Waldes erhöht, man bietet auch dem Wild und der „Falkstruppe“ des Waldes, den Insekten jagenden Vögeln neue Zukunftsräume.

Am dem Berliner Bürger ist es, die Arbeit der Forstleute durch gutes Beispiel und Belehrung anderer zu unterstützen.

### Beanstandete Anschlagkäufverhandlung.

Die Vergebung der ausgeschriebenen Anschlagkäufverhandlung im Bezirk Berlin-Wilmersdorf an die Firma Hänel u. Dieß durch das Bezirksamt bzw. Bezirksversammlung ist vom Oberbürgermeister Böß beanstandet worden. Diese Beanstandung ist in Rechtsblättern Gegenstand einer Beurteilung geworden, die sich mit dem Eingreifen des Oberbürgermeisters nicht einverstanden erklärte.

Hierzu teilt nun der Magistrat mit: „Zweck eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens ist es regelmäßig, dem Höchstbietenden, falls nicht Bedenken gegen seine Person vorliegen, den Zuschlag zu erteilen. Im vorliegenden Falle hat die Biref das höchste Angebot mit 161 500 M. abgegeben, während die Firma Hänel u. Dieß nur 122 000 M. angeboten hätte. Der letztgenannten Firma wurde dann nochmals Gelegenheit gegeben, ein neues, höheres Angebot abzugeben, der Biref aber wurde diese Gelegenheit nicht geboten, sondern sie wurde mit dem Bescheide abgelehnt, daß die Firma H. u. D. den Vorzug erhalten sollte. Dieses Verfahren entspricht nicht dem bei öffentlichen Verdingungen üblichen Verfahren. Daß diese Ausschaltung der Biref auch zum Schaden der Stadt ausschlagen würde, erhellt aus folgenden Tatsachen: Schon im Jahre 1924 bewarb sich die Biref um das Anschlagwesen in Wilmersdorf. Sie bot damals 90 100 M., H. u. D. boten 91 000 M. und erhielten den Zuschlag. Zur gleichen Zeit war die Biref vertraglich verpflichtet, für die Biref von ihr bewirtschafteten Anschlagwerke in Berlin (1 bis VI), Charlottenburg, Schönberg, Wilmersdorf (Stadt) und Neubau eine Jahrespauschale von rund 750 000 Goldmark an die Stadtkasse zu entrichten. Sie hat aber, ohne dazu seitens der Stadt gezwungen zu werden, lediglich auf Grund der Bestimmungen ihres Gesellschaftsvertrages, für das Verwaltungsjahr 1924 statt 750 000 Goldmark 1 250 000 Goldmark an die Stadt abgeführt, also 68 Proz. mehr als sie vertraglich verpflichtet war, und daneben noch Reserven und Vermögensobjekte geschaffen in Höhe von rund 500 000 Goldmark. Hätte Wilmersdorf damals (1924) der Biref den Zuschlag erteilt, so hätte es automatisch statt 90 100 auch 151 368 Goldmark Pacht aus dem Anschlagwesen erhalten. Der gleiche Vorzug dürfte sich im Jahre 1925 wiederholen, da die Stadt bei der Bewirtschaftung durch die Biref neben der vertraglich vereinbarten Pacht laut Gesellschaftsvertrag den gesamten erzielten Reingewinn der Gesellschaft erhält. Bei dieser Sachlage war es nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Oberbürgermeisters und des Magistrats, den die Interessen der Stadt und des Bezirks Wilmersdorf zu beanstanden. Er war dazu um so mehr verpflichtet, als die Berliner Stadtvorordnetenversammlung bereits am 8. März 1921 den Beschluß gefaßt hatte, daß das Anschlagwesen nicht neu zur Verpachtung gelangen, sondern, sobald die darüber bestehenden Verträge ablaufen, in den Eigenbetrieb übernommen werden soll.“

### Zubilden.

Ein Wäldiger: Heute, Freitag, den 20. März, begeht der Genosse Wilhona Bensch, 44 Jahre alt, am 27. März 73. Geburtstag. In den Parteiveranstaltungen der Wäldiger nimmt er noch regen Anteil.



## Abrechnung mit den Kommunisten.

Die dritte Stenernotverordnung für den 30. Juni aufgehoben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Notetats.

Abg. Dittmann (Soz.):

gibt folgende Erklärung ab:  
Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht in der Lage, dem vorläufigen Haushaltsentwurf von 1925 Ihre Zustimmung zu geben. Der Notetat nimmt die Höhe eines Haushaltsentwurfs voraus, der in Einnahmen und Ausgaben den berechtigten Wünschen des werkfälligen Volkes widerspricht. Unter Beibehaltung einer sofortigen Erleichterung für die Lohn- und Gehaltsempfänger durch weitere Befreiung der geringsten Einkommen von der Lohnsteuer noch in diesem Entwurf zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Statt dessen trifft die Regierung Vorbereitungen, um durch Ermäßigung aller Kapital- und Körperschaftsteuern die Veranschlagung aller Einnahmen Erhöhung der Verbrauchssteuern und Einführung von Lebensmittelschäden die Lastenverteilung noch ungerechter zu gestalten.

Landwiderlegt sind unsere Beschwerden über die geflohenen Herangebe von 715 Millionen Mark an die Ruhrindustriellen, die in dem Etat enthalten sind, während die Ansprüche der Spar- und Gläubiger auf Aufwertung, die Forderungen der Auslandsdeutschen und der Ruheposten, der Rentner, der Arbeiter und Gehaltsempfänger zum größten Teile wieder unerfüllt geblieben sind.

Die Gesamtpolitik des Kabinetts Luther richtet sich je länger je mehr gegen die Interessen der werkfälligen Bevölkerung, ist auf Minderung ihrer Rechte und ihres Einflusses gerichtet und kommt ihren Ansprüchen auf Kürzung der Arbeitszeit und Befreiung der Lebenslage in keiner Weise entgegen.

Aus allen diesen Gründen lehnt die sozialdemokratische Fraktion den Notetat ab.

Abg. v. Graefe (DnL) stimmt nur mit großen Bedenken dem Notetat zu.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erkennt die Notwendigkeit des Notetats an und stimmt ihm zu.

Der Notetat wird damit in dritter Lesung endgültig gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Das kommunistische Mißtrauensvotum wird in einseitiger Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Entschließung über die Wahrung der Interessen des Reiches bei der Aufstellung der Deutschen Werke wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Dritten Steuernotverordnung.

In bezug auf die Aufwertung, die am 31. März d. J. ablaufen sollten, bis zum 30. Juni d. J.

Abg. Dr. Scheller (Zr.) berichtet über die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses. Die Fristverlängerung sei notwendig geworden, weil das neue Aufwertungsgesetz nicht vor dem 1. April erlassen werden könne. Der Ausschuss hat der Vorlage nach folgende Bestimmung eingelegt:

Der Wiederherstellung eines geldlichen Rechts zum Zwecke der Aufwertung steht der öffentliche Glaube des Grundbuchs insoweit nicht entgegen, als ein nach der Lösung eingetragenes Recht nach dem 1. April 1925 begründet worden ist."

**Reichsjustizminister Dr. Franken:**  
Ratens der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Aufwertungsgesetzes inzwischen entscheidende Beschlüsse gefasst. Der Gesetzentwurf wird noch vor der Reichspräsidentenwahl im Laufe der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden. Die Reichsregierung wird von sich aus in aller nächster Zeit eine eingehende Darlegung der wichtigen und grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs der Öffentlichkeit unterbreiten."

**Staatssekretär Joel:**  
Wir haben schon im Ausschuss darauf hingewiesen, daß die Bestimmung des Art. 3 des Kreditgesetzes dahingehend würde und sich tatsächlich als Kreditstille zum Ausdruck wüßte. Inzwischen haben die wirtschaftlichen Ressorts des Reiches dem Justizministerium gegenüber ihre Bedenken noch vertieft und das Reichsbankdirektorium hat eingehend zu der Lage Stellung genommen. Wir müssen jetzt die Einfügung dieses Artikels die aller schwersten Bedenken erheben, weil diese Maßnahme für das in- und ausländische Kreditgeschäft geradezu ruinos wirkt. Die Ausnahme neuer Kreditlinien würde durch die Zerstückelung des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs, aus den der gesamte Kredit sich bildet, unterbunden werden, weil sich keine Kredite finden werden, welche die Gefahr laufen würden, aus ihrer nach der jetzigen Beschaffenheit des Grundbuchsrechts gesichert erscheinenden Position herausgedrängt zu werden."

Gleichwohl kann die Reichsregierung den Artikel 3 unter keinen Umständen annehmen. Wenn der Gesetzentwurf verfolgt werden soll, so wird er jedenfalls aus diesem Gesetz herausgelassen werden müssen, er könnte nur durch ein neues Gesetz geregelt werden. Ich bitte deshalb, den Artikel 3 zu erneuter Prüfung an den Ausschuss zurückzumerweisen.

Von der demokratischen Fraktion ist folgende Entschließung beantragt worden:

Der Reichstag bedauert, daß die Reichsregierung ihrem Versprechen, den Gesetzentwurf über die Aufwertung bis Anfang März vorzulegen, bis heute noch nicht nachgekommen ist und dadurch der Zustand schwerer Unsicherheit und Verunsicherung für weite Kreise des Volkes verursacht werden kann.

Abg. Reil (Soz.):

Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Zusatzantrag gestellt, wonach die Fristen in Art. 1 und 2 des Kreditgesetzes bis zum 31. Mai verlängert werden sollen. Dasselbe gilt für das Inkrafttreten des Gesetzes und für alle insoweit dieser Veränderung erforderlichen Vorschriften. Wir verlangen seine Einfügung als gesetzliche Bestimmungen in das Kreditverlängerungsgesetz. Der Justizminister hat in seiner Erklärung heute das wesentlich wiederholte, was gestern im Ausschuss mitgeteilt worden ist. Die Regierung will also in der nächsten Woche den Inhalt der Beschlüsse des Kabinetts der Öffentlichkeit bekanntgeben. Wir sehen dieser Kundgebung mit Spannung entgegen. Was ihre Erklärung anbelangt, daß der Gesetzentwurf schon in der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden wird, so mag sie schon vorzeichen, daß mir dem

kein großes Vertrauen entgegenbringen. Das hat einmal, vor sechs Wochen, bei der Regierung und dem Reich einmal drei Wochen vorliegen; und bis heute keine Vorlage vorgekommen. Uns will es scheinen, als

ob mit Rücksicht auf die Wahl noch geeignete Fristen vorzunehmen werden sollen.

zurückhaltung der Regierung und ihre Besorgnisse vor der Zurückführung ihrer Absichten. Aber ist es zulässig, daß sie aus Angst vor den Gläubigern und Sparern breite Bevölkerungsschichten noch länger in Unruhe und Spannung halten will? In der Absicht der Regierung liegt es tief begründet, daß Abg. Hergt gestern noch sagte:

manche Punkte der Regierungsvorlage würden den Wünschen der Deutschnationalen nicht entsprechen

und es müßte durch Verbesserungen nachgeholfen werden. Damit werden Sie keinen denkenden Menschen täuschen können. Wenn es den Deutschnationalen mit ihrem Wahlversprechen ernst gewesen wäre, so hätten sie nicht bis jetzt warten brauchen, sondern für die Grundzüge des Beschlusses der Bevölkerung eintreten können. Aber gerade dieser Gesetzentwurf, an den die Gläubiger und Sparler so viele Hoffnungen geknüpft haben, hat längere Monate gebraucht, ehe er in der eigenen Fraktion des Herrn Best die Unter-

### Die politischen Reichsfeinde

von der Rechten haben einen Exreaktionär als Kandidaten für den Posten des Reichspräsidenten aufgestellt.

Aus einem riesigen Korruptionsfonds werden die Propagandakosten für seine Wahl besteuert.

Nur der schärfste Widerstand hiergegen sichert die Wahl des Republikaners Otto Braun

Freiwillige Beiträge zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes in Berlin senden alle Republikaner auf Postfachkonto 48743 an Alex Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ein.

Schriften zur Unterstützung gefunden hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Vorige Woche endlich ist es Herrn Best gelungen, ganze 16 seiner Fraktionsgenossen zum Unterschreiben zu gewinnen. Unter ihnen befindet sich aber

nicht ein einziges führendes Mitglied der deutschnationalen Fraktion.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben beantragt, den Gesetzentwurf sofort an den Aufwertungsausschuß zu überweisen und in der vorigen Woche seine Beratung verlangt. Leider haben wir dabei keine Unterstützung gefunden. Dagegen hat der Ausschuss gestern nach der Regierungserklärung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen,

sich bis auf weiteres zu verlagern. (Hört, hört! bei den Soz.) Alle diese Vorgänge sind für uns neue Gründe, um die sofortige Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung zu verlangen. Wir halten mit aller Bestimmtheit daran fest, daß die Fristverlängerung nur bis zum 31. Mai beschlossen wird. Wir wollen verhindern, daß das Gesetz noch über dieses Datum hinaus verschleppt wird. Wir wollen auch der Beunruhigung vorbeugen, die mit einer weiteren Verlängerung verbunden sein könnte. Die bisherige Behandlung der Aufwertungsfrage hat große Beunruhigung unter den Gläubigern und Sparern hervorgerufen und auch politische Folgen interessanter Art gehabt. Die größte Organisation der Gläubiger und Sparern, der Hypothekengläubiger- und Sparsparverband, der bisher den Parteien der Rechten unabhängig gegeben war, hat beschloffen, bei der Präsidentenwahl ein Gewehr bei Fuß zu stehen, also Stimmhaltung zu üben, und sich für den zweiten Wahlgang alles vorzubehalten. Aus diesem Beschluß ergibt sich, daß

das Vertrauen in die Rechtsparteien erschffert ist. Welche Erregung wird erst eintreten, wenn die Gläubiger erfahren, daß die Regierung

als Maximum der Aufwertung eine Erhöhung von 15 auf 25 Prozent

vornehmen will. (Hört, hört! bei den Soz.) Das bedeutet, daß in wesentlichen alles aus der Dritten Notverordnung beim alten gelassen werden soll. Heute, wo Industrie und Handel wieder ruhiger geworden, wo die Goldbilanzen starke Stille Reserven aufweisen, wo die Alltagskreditlinien hohe Dividenden zahlen, wo der Großgrundbesitz gute Gesellschaften macht, werden die Gläubiger entsetzt sein, daß der Kapitalmarkt von 15 auf 25 Prozent erhöht werden soll. Die Hochglubiger werden die Gläubiger und Sparern auf die Wahlversprechungen der rechtsgerichteten Parteien zurückgreifen, von denen mir

ganze Berge voller Entschffungen angelandt werden. Ich lege ein deutschnationales Wahlflugblatt auf den Tisch des Hauses nieder. Auf der Vorderseite sind eine Reihe von Schuldverschreibungen abgedruckt, mit der Unterschrift

„Wählt deutschnational, wir sorgen für die Aufwertung.“

(Strmisches Gelächter im Hause.)

Aus dem Text der Rückseite einige Sze. Da heißt es: „Wohl alle Parteien reden von der Aufwertung, aber nur eine Partei meint es ernst damit: die deutschnationale Volkspartei. (Stürmische Heiterkeit.)“ Noch weiter: „Der Vater der Dritten Steuernotverordnung ist der Finanzminister Dr. Luther.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Die Sparteitagen sind zu mehr als 85 Prozent konfiziert worden, der Rest wurde den Sozialdemokraten geschenkt. Die Deutschnationalen erheben die Forderung nach dem Antrag von Hergt und Steiniger auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung. Zum Schluß wird gesagt: Die Deutschnationalen seien entschloffen, alle Kräfte für ihren Antrag einzusetzen. Deshalb hätten sie beschloffen, auf eine sichere Stelle der Reichsliste den Vorkämpfer der Aufwertung, Oberlandesgerichtsrat Reil, zu setzen und auch den Abgeordneten Steiniger wieder in den Reichstag zu bringen. Aus allen diesen Gründen wählt deutschnational. (Große Heiterkeit.) Heute steht es bei den Deutschnationalen aus einem anderen Poche. Am 28. Februar hat in der „Kreuzzeitung“ der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, einen Artikel veroffentlicht, in dem er erklärt, der Abgeordnete Best sei nicht in die deutschnationale Fraktion gewählt worden, um dort seine Forderungen durchzusetzen, sondern

um sich in der Fraktion mit den Hausbesitzer-, den Landwirten und der Industrie auseinanderzusetzen. Von Tische las man

andere.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Da wurde gesagt, Herr Best werde gewählt, um seine Forderungen durchzusetzen. Wir wissen weiter von den Auseinandersetzungen zwischen Herrn Best und Steiniger auf der einen Seite und

den Vertretern des Kapitals in der deutschnationalen Fraktion.

Sie haben zu dem Ergebnis geführt, daß diese beiden dem gewaltigen Ubergewicht des Grobrgerlichen erliegen. Die Spitzenkorperschaften der Wirtschaft, die Geldgeber der Deutschnationalen, haben eben in deren Fraktion ein viel gewichtigeres Wort als die Vertreter der Gläubiger und Sparern. Diese kommen jetzt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß an ihnen

ein grandioser Wahlbetrug

verubt worden ist. (Strmisches Sehr wahr! bei den Soz.) In diesen Wahlbetrug anzudecken und um Klarheit zu schaffen, darum haben wir unseren Antrag gestellt und erwarten dessen Annahme. (Beiflliger Beifall bei den Soz.)

Abg. Hllein (Komm.): Wenn Herr Abg. Reil sich hier gegen die Deutschnationalen wendet, muß ich ihm sagen, daß seine Partei ja doch nur Lckenbher der Rechten ist. Wir sind mit dem Deutschnationalen nie gegangen, wenn es um darum handelte, das Proletariat auszubeden. (Jurufe bei den Soz.: Pechen!) Die Kommunisten sehen es ab, die demagogische Politik mitzumachen, auf Kosten der Arbeiter eine Aufschwung herbeizuführen. Die Sozialdemokratie ist der geborene Führer der Bourgeoisie. (Heiterkeit bei den Soz.: Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Hergt (DnL): Ich weiß nicht, weshalb die Regierung nicht meiner dringenden Bitte entsprechend, heute hier die notwendigen Erklärungen abgegeben hat. Die Verzögerung hat vielleicht das eine Gute, daß die in den nächsten Tagen zu erwartende Entschbung etwas ausführlicher die Dinge behandelt wird, das das ganze Volk lebhaft beschäftigen. (Jurufe: Besondere die Sozialdemokraten!) Der Redner bestrht dann den Artikel 3 der Ausschussbeschlüsse und kritisiert die Zustande des Reichsbankdirektoriums, das schon immer zu einseitig gewisse Wirtschaftszweigen im Auge zu haben schien. Es htze doch auch einige herzliche warme Worte für den anderen Teil der Wirtschaft finden sollen. Dem Antrag auf Präsidentenwahl an den Ausschuss stimme der Redner zu, damit dort in ausführlicher Beratung ein trostbares Kompromiß erzielt werden könne. Der 31. Mai scheint in den Augen der Sozialdemokraten irgend eine agitatorische Bedeutung zu haben. Wir wollten mit unserer Aufhebungsbill bis zum 30. Juni nicht bloß auf die Regierung, sondern auch auf die anderen Parteien einen Druck üben, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß es ihnen mit der Sache auch wirklich ernst ist.

Staatssekretär Joel betont sodann, daß verfassungsmäßig nicht der Reichstag eine vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung außer Kraft legen kann, sondern nur der Reichspräsident selbst, nach einem entsprechenden Beschluß des Reichstages.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bemerkt die schlangentanzartigen Fähigkeit, mit der Abg. Hergt versucht habe, sich aus der Shne zu befreien, in die keine Partei geraten sei. Er erklärt sodann: Die Bedenken gegen den Artikel 3 teilen mir und werden für die Präsidentenwahl stimmen. Die Verantwortung trägt die Regierung, und mit ihr die Parteien, die in der Regierung vertreten sind und sich dadurch zum Lo!

In einen noch nie dagewesenen ungeheuerlichen und peinlichen Gegenjah sehen zu ihren zügellosen Wahlversprechungen und ihrer verantwortungslosen und unschlichen Opposition.

Diese Verantwortlichkeit festzustellen, ist der Zweck unseres Antrages.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) ist durchaus der Meinung, daß im Interesse der kleinen Sparern unserer Grodenkte eine so tiefgehende Anwendung eines Gesetzes

darf aber nicht bers Rande gehoben werden.

Die tatsächlichen Ränder zwischen rechts und links und links und rechts wirken auf uns unbeteiligte Zuschauer allmählich langweilig. Die gestellten Anträge werden mir ab: Wir sind für rasche, sachliche Arbeit.

Abg. Best (DnL) führt aus: Wer die Aufwertung wirklich will, muß auch wünschen, daß sie praktisch wirklich durchgeführt werden kann. Der Eintragung von auszumerkenden Hypotheken von zweifelhafter Grndlage muß vorgebeugt werden. Den zu Unrecht in einem geringen Bruchteil ihres Rechts beschränkten Gläubigern muß andererseits vom Gesetzgeber auch geholfen werden. Gegen die Ueberweisung an den Ausschuss könnte er nichts machen. Der Abg. Dr. Wunderlich habe im Ausschuss nie einem Antrag zugunsten der Aufwertung zugestimmt. (Hört, hört! links. — Auerhrt b. d. Volkspartei.) Ich werde meine Stimme nachdrücklich auch weiter für eine gerechte Aufwertung erheben.

Bei den Deutschnationalen bleibt es nach dieser Rede ganz still. In das beirretene Schwelgen hinein auf Reil höhnisch: „Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen!“ Wrber das Haus mit schallender Heiterkeit quittiert.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) weist die vom Abg. Best aufgestellte Behauptung zurück. Er habe sich an dem Spiel und Wrpel im Ausschuss allerdings nicht beteiligt; das sei aber kein Beweis gegen seine Aufwertungsstimmabsicht.

Damit schließt die Aussprache. — Ein sozialdemokratischer Antrag, die Fristen nur bis zum 31. Mai zu verlängern, wird abgelehnt und die Vorlage in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Artikel 3 der Ausschussbeschlüsse wird an den Ausschuss zurückverwiesen. Die demokratische Entschlopfung wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung über

die Vorgänge in Halle

und die Aufwertung auf der Wahlfreiheit.

Abg. Roeten (Komm.): Die Reichsregierung hat sich bisher um die Sicherung der Wahlfreiheit herumgedrckt. Der Borsing in Halle geschah gerade am fünften Jahrestage der Kapp-Putsch, als die Regierung ausreihen möchte. Der Reichsmord in Halle wird ein blutiges Kapitel sein. Die Reichsverfassung sichert die Wahlfreiheit zu. In Halle hat man sie aber im Blut erfhlt. Das Verbot für ausländische Redner besteht seit 1920 nicht mehr. Das Verbot in Halle war also rechtungslos, wie Severing anerkennt mußte. Es ist das System der Braun- und Severing, das die Schupo ausgebildet und Männer wie Grgner und Runge großgezogen hat. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Aber das „Berliner Tageblatt“ hat die Freiheit zu führen: „Die Kommunisten schieken auf die Polizei“. Das Blut von Halle werden die Severing, Grgner, Runge nicht mehr von sich abwshen können.

Abg. Crispian (Soz.) wendet sich zunächst gegen die Unterstellung des Abg. Roeten, daß die Debatten über die Halle-Vorgänge verschleppt worden sei. Vielmehr hätten sich die Sozialdemokraten im Reichstag dafür

eingesetzt, daß die Angelegenheit sofort zur Sprache gebracht werde, wenn die Regierung sich dazu äußern könnten, d. h. am Freitag, womit sich der Vertreter der kommunistischen Partei ausdrücklich einverstanden erklärt habe. (Sehr richtig und hört, hört!)

Zur Sache selbst: Jeder Mensch, der mit uns menschlich fühlt, dürfte nicht nur die Loten und Verlehten von Halle und Berlin beklagen, sondern auch tiefes Mitleidgefühl mit den betroffenen Angehörigen empfinden.

Minister Seevering hat am Donnerstag im Landtag erklärt, daß eine besondere Kommission nach Halle geschickt worden ist, die eine einwandfreie Untersuchung vornehmen soll. Er hat ferner deutlich erklärt, daß er das polizeiliche Redeverbot gegen die ausländischen Kommunisten nicht deckt, er hat den Polizeipräsidenten Runge entlassen und die Säuberung der Polizei von ungeeigneten Elementen versprochen.

Übrigens haben die beiden geheimnisvollen ausländischen Kommunisten, von denen ich annehme, daß sie mehr Turkestaner als Engländer und Franzosen sind, sich ungehindert in Preußen und Deutschland bewegen können und sie sind noch nach den halleischen Vorgängen in Magdeburg, Breslau und Dresden aufgetreten. (Lärm bei den Kommunisten.)

Auch nach unserer Ueberzeugung hätte in Halle ein Blutvergießen vermieden werden können, wenn die verantwortlichen Polizeibeamten nicht den Kopf verloren hätten. Wir billigen unter keinen Umständen, daß Polizeibeamte in eine Masse von Menschen hineinschießen; aber es liegt kein Grund vor, auf Grund dieser Ereignisse allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen. Selbst die „Rote Fahne“ hat am Tage nach dem Reutliner Vorfall geschrieben, daß die uniformierten Polizeibeamten sich müherichtig benommen hätten. Das beweist doch wohl, daß das System Seevering nicht ja beschaffen ist, wie es Roenen darzustellen versuchte.

In Halle scheinen sich auch

Provolokate unter die Versammlungsbesucher gemischt zu haben, denn es sind doch drei verschiedenartige Geschosse gefunden worden.

Wir müssen ja, daß die ganze kommunistische Bewegung mit Spitzeln und Provolokateuren durchseucht ist, die ja durch die allgemeine Taktik der Kommunisten geradezu geächtet werden.

Dit genug (zu den Kommunisten gewendet) geben Sie Ihre eigenen Parteigenossen, wenn sie der bürgerlichen Klassenjustiz in die Hände gefallen sind, treulos als Spitzel preis. Nicht nur Reumann und Bogehardt, ich kenne persönlich verschiedene kommunistische Führer aus Württemberg, die mir unter vier Augen ihr Herz ausgeschüttet und gesagt haben: „Hätten wir nicht die Befehle, dann beschämen wir gar kein Agitationsmittel gegen die Sozialdemokratie.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was haben nun die verantwortlichen Kommunisten in Halle getan, um das Blutvergießen ihrerseits zu verhindern? Ihr Vertrauensmann Hertel, der seitdem nicht mehr auffindbar ist, hatte vor der Versammlung ein Protokoll unterschrieben, wonach er von dem Rednerbot gegen die Turkestaner und von der Absicht der Polizei, einzuschreiten, falls dieses Verbot nicht befolgt würde, Kenntnis genommen hatte. Daraus kann man entnehmen, daß es diesen Bolschewisten gar nicht darum zu tun ist, Arbeiterleben zu sparen, sondern daß sie sich freuen, wenn Arbeiterleben auf dem Schlachtfeld bleiben und sie damit ihre zusammenbrechende Bewegung immer wieder aufrichten können. (Lärm bei den Komm.)

Ich kenne diese bolschewistische Bewegung viel gründlicher, als man sie aus Roemenbergschneide, der heute die Führung an sich gerissen hat — es kommt den kommunistischen Führern gar nicht darauf an, Zusammenstöße zu vermeiden, vielmehr schreibt die „Rote Fahne“ Tag für Tag: Jawohl, wir wollen Zusammenstöße, wir wollen aus dem Blutvergießen Agitationsstoff gewinnen für unsere Bewegung.

Ebenso wie die Rede von Roenen ist das, was täglich in der „Roten Fahne“ geschrieben wird, so plump und so maßlos roh übertrieben, daß ich gar nicht begreifen kann, wie ein Mensch, der noch nicht tot ist für ein Irrenhaus, eine solche Zeitung lesen kann. Ist nicht gar in der „Roten Fahne“ vom 15. März alles Erstaunliche behauptet worden, die sozialdemokratischen Parteiführer hätten das Blutvergießen von Halle planmäßig veranlaßt, weil sie fürchteten, daß Thälmann zu viel Stimmen bekommen würde und weil sie daher so viel wie irgend möglich kommunistische Wähler ausschließen lassen möchten. (Schallende Heiterkeit. Lucubrations bei den Kommunisten.) Auch der halleische „Klassenkampf“ bringt eine letzte Ueberraschung: „Proletariermord, um Thälmanns Wahl zu verhindern.“ (Große Heiterkeit.) Darauf nur nebenbei eine Bemerkung: Man schreibt von den „Barmat-Sozialisten“ und schließt dann einen „Barmat-Kommunisten“ vor, um diese Sache zu verdeutlichen. (Andauernde stürmische Heiterkeit.)

Gegenüber den Angriffen Roenens auf die sozialistische Republik Deutschland stellt Genosse Crispian zunächst fest, daß jedes Kind wissen müßte, daß die deutsche Republik wirtschaftlich und politisch vom Kapitalismus beherrscht wird und daß daher die ganze Entrüstung der Bolschewisten gegen die Sozialdemokratie heuchlerisch ist.

Der Redner bringt sodann Beispiele dafür, wie die Arbeiterklasse in der bolschewistischen Republik Sowjetrußland behandelt wird. Es sind gegenwärtig in Rußland fast 2 Millionen Arbeiter erwerbslos. Trotzdem werden die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter so systematisch angetrieben, daß sie von ihren Fabriken nur als Katernen sprechen. Die roten Gewerkschaften sind Organe der Behörden. Bis vor kurzem wurden russische Arbeiter, bei denen auch nur ein sozialistisches Flugblatt gefunden wurde, glatt erschossen, jetzt schießt man sie in die Gefängnisse, Eismästen und Seuchengebiete.

Die russische Erziehung wird von den Bolschewisten auf Deutschland übertragen mit dem Resultat, daß hier die politischen Rämpfe entzogen müssen, weil diese bolschewistische Arbeiterklasse Menschenleben nicht achtet und Anstand gegen politische Gegner auf Grund ihrer Erziehung nicht kennen lernen.

Wer jemals Demonstrationen des sogenannten Roten Frontkämpferbundes in Berlin gesehen hat, dem tut das Herz weh, wenn er sieht, wie Kinder, die kaum oder überhaupt noch nicht der Schule entwachsen sind, durch die Straßen als Kampfkämpfer gegen die Bourgeoisie und gegen die Sozialdemokratie geführt werden. (Zuruf: als Kugelfang.) Die Führer aber, die diesen traurigen Müttern befehlen, Kinder der Gefahr zum Zusammenstoßen auszuweichen, sitzen, wenn irgend etwas passiert ist, inkognito in irgend einem Kurort oder sonstwo und suchen dort sozialdemokratischen Schutz und Hilfe nach. (Hört! hört!)

Der Redner geht dann auf die Behandlung der Sozialisten in den russischen Gefängnissen ausführlich ein, auf die vielen Fälle von Hungerstreiks, Selbstmorden und erinnert

an die von Sinowjew angeordnete Erschießung von 80 unschuldigen Menschen, die aus dem Gefängnis herausgeholt wurden, als Bergeltung für das Attentat auf Urchik.

Unter allgemeiner Bewegung des Hauses erzählt Crispian von seinem Geschehen mit dem amerikanischen sozialistischen Ehepaar Schwarz, das zu gleicher Zeit wie Dittmann und er nach Moskau gereist war, um den Anschluß seiner Partei an die Dritte Internationale zu vollziehen. Wichtig seien die beiden Schwarz in Moskau verschwunden. Von ihm, Crispian, befragt, daß Sinowjew zunächst die erlogene Antwort, sie seien verreist, dann wurde zugegeben, sie hätten Stubenarrest, dann wurde ihnen bei ihrer eigenen Abreise versichert, sie würden freigelassen. Erst mehrere Wochen später tauchte Schwarz in Berlin, vor aller nicht wieder zu erkennen, allein auf: Seine Frau, die von ihm getrennt, in einem Gefängnis lag, in dessen Hof jede Nacht Menschen erschossen wurden, war in den Hungerstreik getreten, um zu erzwingen, daß sie vor ein Gericht gestellt würde. Erst als sie an den Folgen des Hungerstreiks im Sterben lag, wurden sie an die Grenze abgehoben und die Frau, eine Mutter von acht Kindern, ist in Rußland gestorben. (Lebhafte Pflichten bei den Sozialdemokraten, großer Lärm bei den Kommunisten.)

Crispian fährt fort: Es ist ohne Pflicht und ohne Reuebereue, das deutsche Proletariat von solchen gewissenlosen Menschen, die sich Arbeiterführer nennen und mit Klassenbewußtem Proletariat nichts gemein haben, zu reinigen, damit wir endlich unsere Aufgabe in der Arbeiterbewegung erfüllen können. (Bravo! und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind täglich bemüht, uns der Opfer der kommunistischen Führer anzunehmen, aber so rasch können wir nicht arbeiten, wie die RPD der deutschen Klassenjustiz neue Opfer liefern. Ich bedauere es auf das Tiefste, daß man gegen die kommunistische Bewegung in Deutschland in den niedrdrückungsmaßnahmen vorgeht, weil solche Maßnahmen der Bewegung immer nur über ihre innere Krise hinweghelfen und weil man ihr damit nur Gelegenheit gibt, agitatorische Schlagmorte in die Massen zu werfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die kommunistische Bewegung bringt sich vielmehr selber um.

Ihre ganze wahnwitzige Revolutionsromantik bricht zusammen.

Sie steht vor ihren Anhängern als diejenige, die Versprechungen gegeben hat, die nicht einzulösen sind. Weil aber die kommunistischen Führer ihren eigenen Betrug vor den betroffenen Massen nicht eingestehen wollen, deshalb diese persönlichen Beschimpfungen, diese Verhöhnung der Armen der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie. Aber auch das hat keine Wirkung mehr. Zum Glück ist man ja in den meisten Arbeiterversammlungen die Kommunisten heute aus. Schließlich ein paar Worte zu den kommunistischen Anträgen. Wir können sie nicht mehr ernst nehmen als die Kommunisten selbst. Die „Rote Fahne“ hat sie selbst als „Entlarvungsanträge“ bezeichnet. Nun, ich glaube, daß die Entlarvung der Bolschewisten durch meine Rede so gründlich erfolgt ist, daß diese Anträge ihren Zweck erfüllt haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Was gemacht werden kann, sagt unser Antrag und wir werden uns deshalb darauf beschränken, für unseren Antrag zu stimmen. Im übrigen kann ich Ihnen noch einmal sagen: Schon Sie die Kommunisten vor Verfolgungen und Unterdrückung! Die Sozialdemokraten sind stark genug, mit dieser Bewegung eben fertig zu werden, wie mit der bürgerlichen Reaktion. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten, andauernder Lärm bei den Kommunisten.)

Nach einer bedeutungslosen Rede des Innenministers Schiele verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, vormittag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen außerdem kleine Vorlagen.

## Neue Blamage des Rechtsblocks. Neuwahl in Preußen am 31. März.

Nachdem in der ersten Sitzung des Landtags sich die Beschlußunfähigkeit herausgestellt hatte — es waren 185 Abgeordnete anwesend —, beantragt dann in der sofort anberaumten

### neuen Sitzung

Abg. Windler (Drot.) die sofortige Besprechung des Antrags über die Beugnisse eines Geschäftsministeriums. Man müsse endlich wissen, was ein solches Ministerium alles tun darf. — Der Antrag scheitert, da Widerspruch erhoben wird.

Hierauf wird die Aussprache über die

### Vorgänge in Halle

fortgesetzt. Das Haus leert sich. Abg. Herrmann-Breslau (Dem.) erklärt, die rasche Besprechung der Vorgänge sei sehr zu begrüßen, damit einer Legendengebäude entgegengetreten werde. Wenn bei diesen Vorgängen die verantwortlichen Stellen gefehlt hätten, so müßte streng gegen sie vorgegangen werden. Seine Partei habe das Vertrauen zu Minister Seevering, daß das geschähe.

Abg. Labendorff (Soz.) erklärt, die Verantwortlichen in Halle

hätten sich den Anordnungen der Polizei nicht gefügt, deshalb sollte sie verantwortlich für die Vorgänge. (Zurufe bei den Komm.)

Abg. Stof (Ratsoz.) sieht in den Vorgängen in Halle die Auswirkungen der maßlosen gewissenlosen Hege der Kommunisten und bezeichnet den Pazifismus als naturwidrig.

Abg. Schmieder (Komm.): Das System Seevering hat hier auf allen Seiten der gelegentlichen Seitenhiebe der Nationalsozialisten Stoß begehrte Verteidiger gefunden; sie alle haben sich als Hüter der Gesetzlichkeit, der Ordnung, der Ruhe bekannt, von Rarefakt und Heidenreich bis Bäutig und Drescher. Wo bleibt die Gesetzlichkeit bei der entsetzlichen Blutstat in Halle? Das System Seevering hat auch den Trick des Bielefelder Abkommens auf dem Beweisen, das geschlossen wurde, um die Knechtung und Entrechtung des arbeitenden Volkes in Deutschland mit aller Bequemlichkeit, vorbereiten zu können, das über den mitteldeutschen Aufstand von 1921 zur Insatzen von 1923 führte, die diese Knechtung trötte und den Sieg des Kapitalismus entschied.

Der Antrag Dief wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Den Antrag des Zentrums über die Neuordnung des höheren Schulwesens hat der Unterrichtsausschuß in folgender Fassung angenommen: „Das Staatsministerium wolle die Ausführung der Neuordnung des höheren Schulwesens für das besetzte und besetzt gewesene Gebiet durch entsprechende Uebergangsmassnahmen erleichtern.“ Dazu liegt ein gemeinsamer Antrag der sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten folgenden Inhalts vor: „Das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Durchführung der Schulreform im besetzten und besetzt gewesenen Gebiet festzusetzen: a) an den bisherigen Vorschriften über die Klassenstärke, b) an der bisherigen Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte, c) an der Einrichtung des Wahlrechts im Unterricht in die Pflichtstundenzahl. Weiter sind an besonders geschädigten Schulen Förderkurse einzurichten.“

Von den Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) und Wildermann (Z.) wird dieser Antrag empfohlen.

Die Anträge werden darauf angenommen.

Das Haus nimmt sodann den Bericht des Unterrichtsausschusses über die Anträge und Großen Anträgen betr. die Auflösung der Seminare, Unterbringung der Lehrerbildner um entgegen. Nach einer kurzen Bemerkung des Kultusministers Dr. Becker werden die Auswahlanträge angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei über den

### Abbau von Wahlbeamten, Einstellung des Personalabbau

usw. — Eine Debatte findet nicht statt.

Ueber den Antrag Hirsch (Soz.), wonach erklärt werden soll, daß ein Abbau auch bei den Wahlbeamten

nur unter der Voraussetzung des § 21 der Preussischen Personalabbauverordnung zulässig ist.

wird auf Antrag Ebersbach (Drot.) namentlich abgestimmt.

Dabei stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus; es sind nur 169 Stimmen abgegeben worden.

Präsident Bartels: Das Haus ist nicht beschlußfähig. Ich hebe damit die Sitzung auf und lege die nächste Sitzung an auf Dienstag, den 31. März. (In der allgemeinen Aufregung, die sich des ganzen Hauses bemächtigt, geht die Verkündigung der Tagesordnung unter.)

Der Aulsenrat trat, wie vorgehen, nach Schluß der Diensttagung zusammen. Die Sitzung wurde vom Landtagspräsidenten Bartels eröffnet. Da sich ein Antrag niemand zum Wort meldete, ging der Aulsenrat wieder auseinander, ohne daß in sachliche Beratungen eingetreten wurde.

### Ein Auflösungsantrag.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der besagt: Der Landtag wolle beschließen, sich mit sofortiger Wirkung aufzulösen und die Neuwahl auf den 26. April festzusetzen.

# Schwarzer Tag für Rothardt.

## Weitere Zeugen über Eberts Dreptow-Rede.

Kaiser Rudolf Budde-Berlin, ein Vertrauensmann der USPD bei der Firma Schwarzkopf und später Geschäftsführer der „Freiheit“, schilderte die Vorbereitungen zum Streik. Er habe vor dem Versammlungsraum der Streikleitung im Gewerkschaftshaus Posten gestanden, als Kriminalbeamte erschienen. Er habe die Beamten jedoch trittend und auf eine falsche Fährte gelenkt, so daß die Streikleitung entkommen konnte.

Im Laufe der weiteren Vernehmung des Zeugen Budde erklärte dieser, daß auch er an der Besprechung in der Küche in Dreptow teilgenommen habe, in der das bekannte Flugblatt verfaßt wurde. Ob auch Ebert an dieser Sitzung teilgenommen hat und an welchem Tage sie stattfand, vermochte der Zeuge nicht anzugeben. Budde war auch Teilnehmer der Dreptower Streikerversammlung. Er stand unmittelbar neben Ebert. Bezüglich des Streiks habe Ebert gesagt, daß die Brüder in anderen Staaten nicht streikten.

Vorf.: Hat Herr Ebert aufgefordert, den Gestellungsbeehlen keine Folge zu leisten?

Zeuge: Nein, das konnte auch seiner ganzen Einstellung nach niemand von ihm erwarten. In den Betrieben selbstverständlich war man der Ansicht, man solle den Einziehungsbeehlen nicht nachkommen. Der Trick von Herrn Ebert war ja überhaupt, sich auf nichts festzuliegen.

Redakteur Max Tschner-Berlin, der früher Werkzeugschmied war, jetzt Redakteur der „Gemeinde“, erklärte, Ebert habe in der Dreptower Versammlung gesagt, daß die Partei für etwa Eingezogene eintreten werde. Er, der Zeuge, habe auf dem Heimwege seinem Schmiegequater gesagt, daß man mit dieser Redensart gar nichts anfangen könne.

Dann wurde noch der Tischler Wilhelm Simerl vernommen, der 1918 der USPD angehörte und Parteizeitungsführer war. Die allgemeine Stimmung war damals: Es muß Schlach gemacht werden mit dem Krieg. In Dreptow habe der verstorbene Reichspräsident gesagt, die Partei werde jede Möglichkeit ergreifen, dem Lande Frieden zu bringen ohne Annexionen und Kontributionen.

Im Laufe der weiteren Vernehmung fragte der Vorsitzende den Zeugen Simerl: Sie waren als Zeuge in den Dittmann-Prozess verwickelt. Damals haben Sie als Zeuge gesagt, daß der Vorredner, also Herr Ebert, eine Schilderung des Streiks gegeben hat. Heute sagen Sie kein Wort davon.

Zeuge: Ich wurde hier in erster Instanz auf diese Stelle meiner ehemaligen Aussagen auch bereits hingewiesen, konnte aber bei der Schamlosigkeit den Sinn nicht begreifen. Ich gebe zu, daß Ebert vielleicht auch flüchtig vom Streik gesprochen hat.

Vorf.: Sie haben damals auch gesagt, daß von den Forderungen des Tages gesprochen wurde. Dazu waren die Redner ja auch da.

Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht mehr, aber möglicherweise hat Herr Ebert über Ursachen und Wirkungen des Streiks doch gesprochen. Von Gestellungsbeehlen habe ich nichts gewußt.

Der Generalsekretärsanwaltschaft beantragte die Ladung eines Zeugen Brücker, der früher in den Apo-Berlin in Johannisthal beschäftigt gewesen ist, und der dem Orkel befähigen soll, daß er während des Streiks gearbeitet und deshalb nicht an der Dreptower Versammlung teilgenommen habe.

In der Nachmittags-sitzung wurde zunächst der Zeuge Gustav Scharf, ehemaliger Dreher, jetzt Angehörter einer Genossenschaft in Bernau, vernommen. Ebert, so erklärte der Zeuge, sprach im Sinne der sieben Punkte. Er konnte ja auch nicht anders, nachdem er in die Streikleitung gegangen war. Selbstverständlich mußte man

damals im Rahmen des Möglichen vorsichtig sprechen. Ebert verteidigt die Ansicht, daß die Streikforderungen gerecht waren.

Vorf.: Hat Ebert nicht vom Streikabbruch gesprochen?

Zeuge: Das kam gar nicht in Frage.

Vorf.: Sie meinen also, daß Herr Ebert von dem Streik nicht abgemahnt habe.

Zeuge: Nein, er stellte sich auf unseren Boden.

Vorf.: Haben Sie Ruhe gehört, wie „Verräter“ oder so?

Zeuge: Das habe ich nicht gehört.

Vorf.: Hat zum Schluß der Reichspräsident nicht gesagt, daß Sie sich ruhig verhalten sollten?

Zeuge: In die einzelnen Worte erinnere ich mich nicht mehr. Dann kam Dittmann, der in etwas schärferem Tone sprach, aber bald verhaftet wurde.

Vorf.: Nach der Versammlung bildete sich ein Demonstrationszug.

Zeuge: Ja, die Arbeiter waren sich damals ihrer Kraft bewußt. Das spricht auch dagegen, daß wir aufgefordert worden sind, still nach Hause zu gehen. Es wurde geschlossen und die Arbeiter blieben noch zusammen.

Vorf.: Ist durch den Eintritt der SPD die Zahl der Streikenden vergrößert worden?

Zeuge: Nach meiner Ansicht ja, denn am Donnerstag war die Streikzahl am höchsten.

R. A. Dr. Cuelgebrunn: Haben Sie damals mit Mehrheitssozialisten gesprochen, ob sie für den Streik wären, nachdem die Führer dafür stimmten?

Zeuge: Die mehrheitssozialistischen Arbeiter waren damals für den Streik.

In die Aussprache knüpfte sich noch eine längere Debatte, da im Gegenjah zu den anderen Zeugen Scharf behauptete, daß Ebert nicht von der Treppe der Biele gesprochen habe, sondern unter der Menge gestanden hätte.

Vorf.: Sie waren früher Unabhängiger, gehören Sie heute noch zur SPD?

Zeuge (nach einigem Zögern): Nein.

Daran knüpfte sich die Vernehmung des Redakteurs Franz Lehnhoff. Der Zeuge schilderte ausführlich seine umfangreiche Tätigkeit für das „Berliner Tageblatt“, dem er von 1913 bis 1917 als Redakteur, von da ab als Mitarbeiter angehörte. Lehnhoff befand weiter, daß er den Streik laufend beobachtet und journalistisch bearbeitet habe. Ebert sei ihm aus dem Parlament, sowie aus den Versammlungen bekannt gewesen, ferner habe er ihn aus dem Parteitag in Biele gelassen gehört. Auch im Parlament habe er ihn häufig zu hören Gelegenheiten gehabt. In den Streiktagen habe er mehrere kleinere Versammlungen mitgemacht und die Forderungen genau kennengelernt. In allen Versammlungen kam eine äußerliche Stimmung zum Ausdruck. Der Friede von Brest-Litowsk spielte die Hauptrolle, und man wollte auch die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern. Am Tage der Dreptower Versammlung war der verächtliche Belagerungszaun verhängt worden, wobei bekanntgegeben worden war, daß es hart auf hart geben würde. Die Arbeiter waren entrüstet und ändernden Volktrabs Rufen, der befamlich die Verhandlungen abgelehnt hatte, in nicht schmeichelhafter Weise ab. Die Arbeiter waren verbissen und offensichtlich zu allem entschlossen. Sie hatten den Eindruck, daß das Militär und die Polizeibeamten mit ihnen fraternisieren würden. Die Stimmung der Soldaten zu erkunden, war nicht möglich, da man leicht in falschen Verdacht geraten konnte. In dem

vorhergehenden Tagen bearbeiteten Sparta-Leute die Arbeiter auf den Straßen. Die Leute zielten sich über die ruffischen Verhältnisse besonders gut orientiert. In Treptow stand ich ungefähr 30 Meter von Ebert entfernt. Er machte einen niedergeschlagenen Eindruck. Seine Rede war stets getragen von Selbstgefälligkeit und dem Gefühl, daß er glaubte, daß er sprach. In seiner Ansprache ging Ebert davon aus, daß die Soldaten an der Front in noch größerer Not seien, als alle die Leute dahinter, und daß die Heimat alles tun müsse, ihnen die besten Waffen zu liefern. Er sagte wortlos: 'Eure Arbeitskollegen in Frankreich und England verlieren keine Stunde, um ihren Brüdern an der Front zu helfen.'

Vorj.: Haben Sie vielleicht diese Worte anderswo gelesen oder gehört?

Zeuge: Das habe ich für ausgeschlossen.

Vorj.: Auf der Reichskonferenz der SPD. in Dresden 1917 hat nämlich Herr Ebert etwas ganz Ähnliches gesagt.

Zeuge: Diese Worte sprach Ebert mit erhobener Stimme, meist schon starker Widerspruch bemerkbar machte. Politische Auseinandersetzungen revolutionärer Art hat Ebert nach dieser Richtung hin nicht getan. Ich hörte z. B. von Russland kein Wort, obwohl doch die Streitenden die Zuziehung der Arbeiter aller Länder — zweifellos eine russische Forderung — zu den Friedensverhandlungen verlangten.

Vorj.: Aber er sprach doch von Frieden ohne Annexion und Kontribution.

Zeuge: In der Form auch nicht. Ebert mahnte dann zur Ruhe und prägte das Wort: 'Haltet ruhig aus, eure Forderungen sind gerecht, eure Arbeitsbrüder da und dort stehen zu euch.' Ich hatte den Eindruck, als wolle Ebert sich einen guten Abgang sichern.

Vorj.: Sie meinen also, es war dies ein Wort, wie es in Streitverhandlungen gang und gebe ist?

Zeuge: Gewiß, Ebert tat ja alles, um den Streit zu unterminieren. Die Arbeiter hatten auch dieses Gefühl. Keine Rede konnte das Gefühl haben, daß die Rede Eberts etwa die Aufforderung war, weiterzustreiken. Im Gegenteil, aus seinen Worten klang die Aufforderung: Nur schnell hinein in die Betriebe.

Zeinhoff schloßerte dann, wie dem verstorbenen Reichspräsidenten ein Zeitel zugesetzt worden sei, auf dem seiner Ansicht nach die Warnung stand, daß Polizeibeamte kämen. Die Aussage: 'Stellungsbefehle brauchen nicht befolgt zu werden' hat er nicht getan. Hätte Ebert damals in die Janäre gestiegen, so wäre der Funke ins Pulverfaß geflogen und ich weiß nicht, was damals in Berlin passiert wäre.

Im Laufe der Nachmittagsverhandlung befand sich dann Zeuge Zeinhoff weiter: 'Die Leute in Treptow waren zu allem entschlossen und warteten nur auf ein Signal. Hätte Ebert den Kampf gegeben, so wäre die Bewegung anstatt abzujauhen viel weiter gekommen.' Ich habe die Streikbewegung so aufgefaßt, daß die Arbeiter, auch die ruhigen Elemente, den Krieg beenden wollten.

Vorj.: Haben Sie mit Führern der Sozialdemokratie damals über die Dinge gesprochen?

# Skoblewski weiter belastet.

## Er war schon im Herbst in Deutschland.

Das Gericht fährt in der weiteren Zeugenvernehmung fort. Der folgende Zeuge, Kriminalassistent Volter aus Nürnberg, gibt an, er hätte von einem gewissen 'Albrecht' erfahren, daß es kommunistische Jugendorganisationen in der Tscheta gäbe. Er habe auch eine Mitgliedsliste mit der Aufschrift 'Tscheta-Gruppe, Nürnberg-Ort, Kommunistische Jugend' gesehen. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem Gruppenleiter Schellhorn habe man einen genauen Organisationsplan der kommunistischen Jugend als Tscheta vorgefunden.

Nach einer kurzen Pause leitete der Vorsitzende mit, daß das Gericht sich schlüssig geworden sei, die Zeugin Brechemacher zu verurteilen, die Zeugen Hecker und Hoffweiler dagegen nicht zu verurteilen.

Hierauf erfolgte die Vernehmung des Kriminaloberwachmeisters Schlotter aus Stuttgart, auf den gleichfalls ein Anschlag geplant war. Er bezeugte, daß er gleich nach der ersten Festnahme des Angeklagten König im Dezember 1923 gewarnt worden sei. Der Zeuge schilderte dann die Vorgänge, die zu der Verhaftung Sjons führten, als dieser Schlotter zusammen mit König beobachtet wurde.

Als der Zeuge Karl Sewald vernommen werden soll, erhebt R. A. Dr. Wolf Einwendung dagegen, daß der Präsident immer wieder Beweis mittel verweigere, die der Verteidigung noch nicht zugänglich gemacht worden seien. Der Vorsitzende bricht hierauf die Vernehmung dieses Zeugen ab, um der Verteidigung erst Gelegenheit zu geben, in die betreffenden Akten einzusehen.

Der nächste Zeuge, der Kriminalbeamte Kavel, dem seinerzeit die Beobachtung des Angeklagten Huje übertragen war, schilderte dann die Vernehmung der Angeklagten Huje und Skoblewski. Dagegen hätte zuerst angegeben, seine Papiere lagen auf der Russischen Botschaft und die Reisetische, die Skoblewski dem Huje übergeben hatte, sei leer geblieben.

Hierauf wurde der Zeuge Länger aus Karlsruhe, der Schwiegerjahn der letzten Quartierwirtin Skoblewski, Frau Hoffmann, vernommen. Bei der Vernehmung der letzteren war bekanntlich festgestellt worden, daß Skoblewski auch bei ihrem Schwiegerjohn eine Zeitslang gewohnt hatte.

Vorj.: Herr Länger, kennen Sie den Angeklagten Skoblewski? (Skoblewski erhebt sich.)

Zeuge: Ja.

Vorj.: Woher kennen Sie ihn?

Zeuge: Von meinen Schwiegereltern, dem Ehepaar Hoffmann, her. Er hat dort unter dem Namen 'Hermann' gewohnt.

Vorj.: Wann ist er dort eingezogen?

Zeuge: Im Herbst 1923.

Weiter gab der Zeuge Länger an, daß Skoblewski, den er bis dahin nur von Besuchern in der Wohnung seiner Schwiegereltern Hoffmann kennengelernt habe, später auch bei ihm gewohnt habe, allerdings nur etwa 4 bis 5 Tage lang. Er, der Zeuge, habe nämlich seinen Mieter zu m Ausziehen aufgefordert, weil das von ihm bewohnte Zimmer einmal nach einem Besuch der Schipowa bei Skoblewski alias Hermann sich in einem unglaublich unordentlichen Zustande befunden habe.

Zeuge: Weder damals noch später. Ich sah dann noch die Verhaftung Dittmanns, der dagegen protestierte. Bemerkenswertweise machte nicht ein Mensch den Versuch, Dittmann zu befreien. Ich hatte den Eindruck, als seien die Leute durch Eberts Rede sehr deprimiert gewesen.

Vorj.: Stehen Sie zu der Familie Ebert in Beziehungen?

Zeuge: Ich habe den Sohn des Reichspräsidenten auf der Pressekonferenz des Reichstages kennen gelernt und mit ihm nur kollegial verkehrt. Wir sind gute Kollegen, aber ein Freundschafverhältnis besteht zwischen uns nicht.

R. A. Dr. Bindewald: Sollte das Wort Eberts 'Haltet ruhig aus' sich auf den Streit beziehen?

Zeuge: Es könnte auch durchaus allgemein gedeutet werden.

R. A. Dr. Marzin: Haben Sie nach Ihrer ersten Aussage wirtschaftliche Nachteile erlitten?

Zeuge: Ich habe im 'Berliner Tageblatt' eine Auseinandersetzung gehabt, weil Herr Chefredakteur Wolf die Bemerkung brachte, daß ich nach kurzer Zeit aus der Redaktion ausgeschieden sei. Das war eine Infamie. Erst später wurde diese Notiz abgedruckt.

R. A. Dr. Luetgebrunn: Sind Sie öffentlich angegriffen worden?

Zeuge: Es war mir nicht angenehm, in einer Reihe mit Syrig und Godert genannt zu werden.

R. A. Dr. Luetgebrunn: Ist man nicht nach Ihrer Aussage von Söhnen abgerückt. Ich stelle die Frage wegen der Widersprüche der heutigen und früheren Aussage.

Zeuge (erregt): Ich bitte bemerken zu dürfen, daß ich durch kein Mittel mich zu einer Änderung meiner Aussage hätte bewegen lassen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, er habe längere Zeit vor dem Prozeß einmal mit R. A. Dr. Landsberg gesprochen und sich bereit erklärt, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben, daß Ebert kein Wort davon gesprochen habe, die Arbeiter sollten den Stellungsbefehlen keine Folge leisten. Ich habe auch, so erklärte der Zeuge, weiter über meine frühere Aussage mit Dr. Landsberg vor der jetzigen Verhandlung im Februar d. J. gesprochen.

Die Staatsanwaltschaft stellte den Antrag, die Adv. Silbermann, Grafmann, Schlöke und Siebel zu laden, die über die Sitzung der Gewerkschaftskommission am 31. Januar auszusagen sollen, daß die Konferenz mit allen gegen drei Stimmen sich gegen den Streit ausgesprochen habe. Zur Aussage über die Zusammenkunft der Parteifunktionäre am 31. Januar in Berlin sollen die Zeugen Weis, Staatsminister a. D. Heil, der Reichstagsabgeordnete Jeldmann, Regierungspräsident König in Wernberg, Landtagsabgeordneter Eberle und Polizeipräsident Joetgabel in Köln geladen werden.

Das Gericht beschloß ferner, zum kommenden Dienstag Pfarrrer Koch zu laden, der darüber auszusagen soll, in welcher Weise er mit Syrig zusammengekommen ist.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend früh 9 1/2 Uhr verlagert.

Eines schönen Tages hätten ihn dann seine Schwiegereltern zu seiner Ueberraschung in einem Koffer die Sachen des 'Hermann' gebracht.

Der von der Polizei beschlagnahmte Koffer Skoblewskis wurde dann auf den Gerichtstisch gelegt und sein Inhalt ausgebreitet. Er enthielt Wäscheputze, Wollschagen, einen Kamm und u. a. auch einen Pnjama. Diesen Schlangenschlang erkannte der Angeklagte Skoblewski auf Befragen auch ausdrücklich als sein Eigentum an. Diese Feststellung ist deshalb nicht ohne Bedeutung, weil Reumann bei der Schilderung der wirtlichen Tätigkeit 'Hermanns' als Skoblewski ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß er Reumann, als er in einer wichtigen Angelegenheit 'Hermann' aufsuchen mußte, diesen — den angeblichen harmlosen Kochkammer Skoblewski — in seinem Zimmer in der Russischen Botschaft zu Berlin mit einem Pnjama bettelte auf dem Beste sitzend angestrichelt habe.

Die Nachmittags-sitzung begann mit der Vernehmung der Ehefrau Länger. Die Zeugin gab zunächst an, daß sie den Angeklagten Skoblewski nur unter dem Namen 'Hermann' kenne. Er hat im Februar 1924 bei ihr gewohnt. Sie hat ihn aber bereits im Herbst 1923 bei ihren Eltern, dem Ehepaar Hoffmann kennengelernt, wo Skoblewski damals ein Zimmer gemietet hatte. Sodann bezeugte die Zeugin die Aussagen, die ihr Mann am Vormittag getan hat. Skoblewski habe bei ihr etwa vier Tage gewohnt und auch den Besuch der Schipowa empfangen. Ihr Mann habe sich dann über die Unordentlichkeit im Zimmer beschwert und Skoblewski gelinkt. Eines Tages hat der Vater der Frau Länger die Sachen des 'Hermann' in deren Wohnung gebracht.

Als nächste Zeugin wurde die 65jährige Marie Krosstern vernommen. Sie antwortete auf die Frage, ob sie Skoblewski kenne, mit einem ganz bestimmten 'Ja'. Die Zeugin wohnt in demselben Hause, wie das Ehepaar Hoffmann. Sie hat Skoblewski in einer grauwollen Jacke auf der Treppe gesehen. Der Vorsitzende verlangt hierauf, daß aus den Sachen des Skoblewski diese Jacke vorgezeigt wird, welche die Zeugin mit Bestimmtheit als die fragliche Jacke erkannt. Nach ihrer Meinung fand die Begegnung Anfang Dezember 1923 statt. Die Zeuginnen Länger und Krosstern werden sodann nachträglich verurteilt.

Die Zeugin Frä. Hersberg, eine Bekannte der Frau Hoffmann, hat am Geburtstage derselben im April 1923 oder 1924 in der Wohnung einen gestreiften Pnjama liegen sehen. Auf ihre Frage, wenn dieses Kleidungsstück gehöre, wurde ihr geantwortet, es sei Eigentum des Herrn 'Hermann', der bei Hoffmann wohne, oder gemohnt habe. Sonst weiß die Zeugin keine weiteren Angaben zu machen.

Im Laufe der Nachmittagsverhandlung machte der Kriminalbeizredsassistent Groh nähere Angaben über die Ermittlungen in bezug auf Skoblewski und Huje. Rechtsanwalt Dr. Wolf stellte dann fest, daß der Zeuge Sänger, der aus der Haft vorgeführt wird, durch den Staatsanwalt Breitler aus Mannheim im Frühjahr für nicht zeugnisfähig erklärt worden sei.

Vorj.: Sänger, ist das richtig?

Zeuge: Ja. — Es wird dann festgestellt, daß der Zeuge wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, aber Berufung eingelegt hat. Der Zeuge gibt an, daß er in Mannheim in einer Versammlung, der auch 'Hans' (der Angeklagte Reumann) beigewohnt hat, den 'Tscheta-Walter' kennengelernt habe, der der Meinung Ausdruck gegeben habe, man müsse, um eine Tscheta-Gruppe zu finanzieren,

sich durch Raubzüge Geld verschaffen.

U. a. sollte er, der Zeuge, einen Straßenbahnchaffner mit vorgehaltenem Revolver zwingen, ihm die Geldtasche abzuliefern. Sänger gibt dann an, er sei nicht darauf eingegangen und habe überhaupt den Eindruck gehabt, daß der 'Tscheta-Walter' nur seine eigenen Zweck verfolgte. Rechtsanwalt Reumann stellte hierauf fest, daß dieser 'Tscheta-Walter', den zu ermitteln bisher nicht gelungen und der auch unter dem Namen Rügen er bekannt sei, in Wirklichkeit Kuhner heiße. Zu dem gleichen Fragekomplex werden dann die aus der Haft vorgeführten Zeugen Hans, Sewald und Berg vernommen, die im wesentlichen die gleichen Bekundungen machen. Der sechste Zeuge gibt unter anderem an, Max Hausmann, ein bekannter jüdischer Kommunist, habe einmal gesagt, es müßten Einbrüche verübt werden, um die Partei zu finanzieren.

Rechtsanwalt Dr. Wolf beantragte eine Stelle aus den Akten, aus der hervorgehe, daß der Zeuge im Gefängnis mit Parteigenossen zusammengekommen ist, was der Zeuge Berg vorher bestritten hatte, was er mehrere Stunden in der Untersuchungshaft zufällig mit Berg zusammen gewesen sei. Durch eine Reihe weiterer Fragen, unter Hinzuziehung der Akten, stellte R. A. Dr. Wolf fest, daß der Zeuge Berg dem Untersuchungsrichter Aussagen seiner Mitgefangenen weitergegeben hat, was er ebenfalls vorher bestritten hatte. Es kam dann zu kleineren Zusammenkünften zwischen dem Vorsitzenden und mehreren Rechtsanwäkten, die sämtlich Wert darauf legten, den Widerspruch in den Zeugenaussagen des Berg festzustellen. Der Vorsitzende glaubte keinen Widerspruch zu sehen, worauf R. A. Dr. Wolf mit erhobener Stimme sagte: 'Wenn dies kein Widerspruch ist, dann gibt es keinen Widerspruch.' R. A. Dr. Herzfeld machte den Zwischenruf: 'Angehört!' und veranlaßte dadurch den Vorsitzenden, ihm einen Verweis zu erteilen, unter Androhung schärferer Maßnahmen. R. A. Dr. Wolf fragte darauf den Zeugen: Sie waren als Hilfsarbeiter beschäftigt, gelsch das auf Empfehlung der Polizei?'

Zeuge: Des ist lächerlich. Er erhielt für diese Antwort vom Vorsitzenden einen schärfer Verweis. R. A. Dr. Wolf betonte, daß man sich in späteren Sitzungen noch eingehend mit diesem Zeugen beschäftigen müsse.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es wiederum zu Auseinandersetzungen wegen der Fragestellung der verschiedenen Verteidiger, die sämtlich die Glaubwürdigkeit des Zeugen Berg in Zweifel stellen. Auch der Angeklagte Margies bemühte sich, durch spitzfindige Fragen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Berg zu erschüttern. Berg hatte behauptet, daß Hans mit Voegel und Margies in seine Wohnung gegangen seien. Voegel und Margies bestritten, jemals mit Hans gesprochen zu haben. Im weiteren Verlauf der Fragestellung des Vorsitzenden weigerie sich Hans, Aussage über Berg zu machen und begründete dies damit, daß er sich damit selbst selbst belasten würde. R. A. Dr. Wolf stellte zum Schluß fest, daß er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verurteilung des Zeugen Berg wehren werde. Das Gericht beschloß auch, von einer Verurteilung dieses Zeugen abzusehen.

Die Sitzung wurde hierauf auf Montag früh 9 1/2 Uhr verlagert. Der heutige Sonnabend bleibt fiktionsfrei wegen dienstlicher Verhinderung eines Beiführers des Staatsgerichtshofes.

## Aus der Partei.

### Siegesaussichten der belgischen Arbeiterpartei.

Der Generalkonvent der Arbeiterpartei hielt Hererschau über die Wahlkampflage. Die Delegierten aller Wahlkreise berichteten ausnahmslos über erfolgreichste Kampagne und günstigste Aussichten. Bei den Katholiken macht die anfängliche überhöchste Hoffnung einer wachsenden Bauruhigung Platz. Unter äußerem Schein der Einigkeit herrscht bei ihnen in zahlreichen Kreisen Zweifels. Ihre Hoffnung, mit Hilfe der Kommunisten, die nunmehr in 11 Wahlkreisen ihre Kandidaten aufgestellt haben, hier und dort ein Mandat zu gewinnen, verflüchtigt sich immer mehr, da die Arbeiter von den kommunistischen Spätern nirgends etwas wissen wollen. Andererseits werden die Katholiken wahrscheinlich an die extrem kommunistische Frontpartei verschiedene Stiche abgeben müssen. Von einem Wahlkampf der Liberalen ist kaum etwas zu merken. Sie rechnen selbst mit erheblichen Verlusten. Alle Sorgen sprechen für einen beträchtlichen Arbeitererfolg am 5. April.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Durch den überraschenden Aufschwung von der Verbilligung des Rohsteins während seines vorübergehenden Niederganges hat sich der Markt für geschäftliche Mitteilungen in der letzten Zeit sehr belebt. Die neuen, bedeutend erweiterten Geschäftsbüros befinden sich jetzt im ehemaligen Gebäude 122, eine Treppe, walden Tolstojer Platz und Gichterbaustr. Siehe heutiges Inserat.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".  
Gesellschaftsbeleg: Berlin G. 14, Schlossstraße 2738, Hof 2 L.  
Reichsbanner Schützengilde: Sonntag, den 21. März, nachmittags 8 1/2 Uhr, treffen sich alle aktiven Kameraden in Reichsbanner-Reihe zum Empfangen an der Beratungsunterstützung des Reichsbanners. Treffensort um 8 Uhr im Restaurant Brunnendammweg. Den Turn- und Sportsport wird an diesem Tage aus. — Kameradschaft Leipzig: Sonntag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, Jamboree, 8 Uhr Ermächtigungskunde in der Turnhalle Alt-Randow. — Kameradschaft Pforzheim: Treffensort: Sonntag, den 21. März, nachmittags 10 Uhr am Bahnhof Pforzheim. Treffensort: Sonntag, den 21. März, nachmittags 10 Uhr. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".  
Gesellschaftsbeleg: Berlin G. 14, Schlossstraße 2738, Hof 2 L.  
Reichsbanner Schützengilde: Sonntag, den 21. März, nachmittags 8 1/2 Uhr, treffen sich alle aktiven Kameraden in Reichsbanner-Reihe zum Empfangen an der Beratungsunterstützung des Reichsbanners. Treffensort um 8 Uhr im Restaurant Brunnendammweg. Den Turn- und Sportsport wird an diesem Tage aus. — Kameradschaft Leipzig: Sonntag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, Jamboree, 8 Uhr Ermächtigungskunde in der Turnhalle Alt-Randow. — Kameradschaft Pforzheim: Treffensort: Sonntag, den 21. März, nachmittags 10 Uhr am Bahnhof Pforzheim. Treffensort: Sonntag, den 21. März, nachmittags 10 Uhr. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße. — Kameradschaft Wittenberg: Sonntag, den 21. März, nachmittags 11 1/2 Uhr, Treffen der Kameraden am Bahnhof Wittenberg-Grübelstraße.

## 180 Damen können 1000 Mark verdienen.

Sie kennen das sieghafte Haarmischmittel Lavaron.  
Das Wort Lavaron wird ausgesprochen Lavaron und nicht Lavahren!  
Da hiergegen oft gekündigt wird, will ich das richtig ausgesprochene Wort durch Veröffentlichung von Zeitungsartikeln bekannt machen. Ich suche also solche etwa in der Art:  
Wie wider wird Dein Haar ausgehen.  
Wenn Du es wäscht mit Lavaron.  
Weniger schade ich Verste, die mit Gewalt gereimt sind, wie z. B.:  
Ach, sind jenseit meine Haare schön,  
Selt ich sie wäscht mit Lavaron.  
Ich nehme von jeder Dame nur einen einzigen Vers an. Schlußtermin der Einfendungen ist der 15. Mai.  
Ich kaufe von den Damen diejenigen an, welche mir am besten gefallen und am besten ausdrücken, wie Lavaron wirkt. Ich zahle für 10 Verse je 25 Mark = 250 Mark, für die nächsten 20 je 10 Mark = 200 Mark, dann für 50 je 5 Mark = 250 Mark und für 100 je 3 Mark = 300 Mark, zusammen also 1000 Mark. Die Entscheidung über den Ankauf und die Vererbung der Beträge erfolgt am 1. Juni 1925. Die nicht angekauften Verse sende ich zurück, füge aber als Entschädigung für gebaute Mühe diesen zwei Padungen Lavaron bei.  
Nur die Verbraucherinnen sollen sich beteiligen, diese müssen meine genaue Anschrift von den Padungen her, die sie an ihrem Ort in den Drogenreien und auch Apotheken kaufen. Also an diese meine Anschrift sind die Verse zu richten und zwar auf Postkarten, auf denen außer dem einzigen Vers nichts weiter als die Anschrift der Einfendenden steht. Wer also nicht einmal weiß, wo ich wohne, braucht auch kein Lavaron und braucht sich nicht erst mit Dichten und Nachdenken zu bemühen.  
Saver.

**PETERS-UNION**  
Fahrrad-Reifen  
Höchste Qualität daher preiswert.

# Lillienmilch Sommerbrunnen

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Schuhwaren	Damenwäsche	Strumpfwaren	Wirkwaren	Herrenartikel
Pumps R.-Chevreau, spitze Form . . . . . 5.90	Untertaile mit Säckerei . . . 0.68	Damenstrümpfe feinfädig, Ferse u Spitze verstärkt . 0.48	Einsatzhemden für Herren, drei Größen . . . 2.95	Herren-Nachthemden mit farbigem Besatz und Tasche 4.90
Lederhausschuhe für Damen, in verschiedenen Farben . . . 3.95	Damenhemd mit Hobli- saumgarn . . . . . 1.25	Damenstrümpfe feinfädig, gute Qualit., Ferse u. Spitze verst. . 0.70	Herren-Hemden makro- farbig, 3 Größen, Doppelbrust, gute Qualit. 2.95	Herren-Oberhemden gefütterte Faltenbrust, 2 Kragen 5.90
Lackschuhe mit Spange für Damen, Gr. 36/39 9.50	Damenhemd m. Säckerei und Hobli . . . . . 1.95	Herren-Socken graumeliert, Fuß ohne Naht . . 0.38	Herren-Hosen makolarbig, 3 Größen, sehr haltbare Qualität 2.95	Herren-Kragen Makro, Ober- und Unterkrag, stach, Stehmuldeform 0.95
Spangenschuhe für Damen mit Schließeschnalle, R. Chevreau 6.90	Beinkleid Knieform mit Säckereigarnierung . . . . . 1.75	Herren-Socken farbig, graumeliert . . . . . 0.48	Schlupfhosen für Damen farbig mit angeraumtem Futter . 1.85	Selbstbinder breite Form, modernes Block-Karo . . . . . 1.25

**Lisereiformen**  
in reicher Auswahl  
**2.95 bis 4.90**

**Limonformen**  
moderne Fassons . **0.75**

**Stangenreiter**  
in verschied. Farben  
ca. 30-32 cm lg., Stiel **0.65**



**Regenschirm**  
Halbseide mit fester Kante, Topppfand 120g, neuartige Griffe . . . **8.50**

**Herren-Hüte**  
moderne Form . . . **4.25**

**Haar-Hüte**  
für Herren, neue Farben u. Formen **7.90**

Schürzen	Gardinen	Handarbeiten	Berufskleidung	Seifen
Knaben-Schürzen mit 2 Taschen, drei Größen . . . 0.85	Scheibengardinen Meter <b>0.39</b>	Küchenkante vorgezeichnet 8 Meter <b>1.25</b>	Monteur-Jacke od. Hose aus blauem Haustoich . . . . . 2.70	5 Doppelriegel Kernseife garantiert rein . . . . . 0.70
Mädchenhänger mit Bündelband u. Tasche Gr. 40 Jede weitere Größe 15 Pfg. mehr 1.10	Tüllgardinen volle Breite . . . . . 0.85	Nachtischdecke mit Einsatz und Spitze garniert, vorgezeichnet . . . . . 0.95	Malerkittel Rohnessel gute Qualität . . . . . 4.60	2 Pfund-Oberschalseife garantiert rein . . . . . 0.98
Küchenschürzen aus praktischen Stoffen . . . . . 1.25	Etamin kariert oder gestreift . . . . . 0.75	Mittendecke dazu passend . . . . . 2.25	Arzte-Mantel aus festem weißen Koper . . . . 7.90	2 Pfd. Wackernseife garantiert rein . . . . . 1.15
Wiener Schürzen hell oder dunkel gemustert . . . 1.95	Künstlergardinen engl. Mill, 3 teilig . . . . . 3.75	Tischläufer dazu passend . . . . . 2.75	Anknöpf-Anzug für Knaben blau od. gemustert, für 2-6 Jahre 8.50	3 Pakete Blitzblank à 1 Pfund . . . . . 0.25
	Halbstores Etamin . . . . . 1.95	Wolle 2 Knäuel à 5 Gramm . . . . . 0.35		

## Ullstein-Schnittmuster in allen 5 Geschäften

# JANDORF

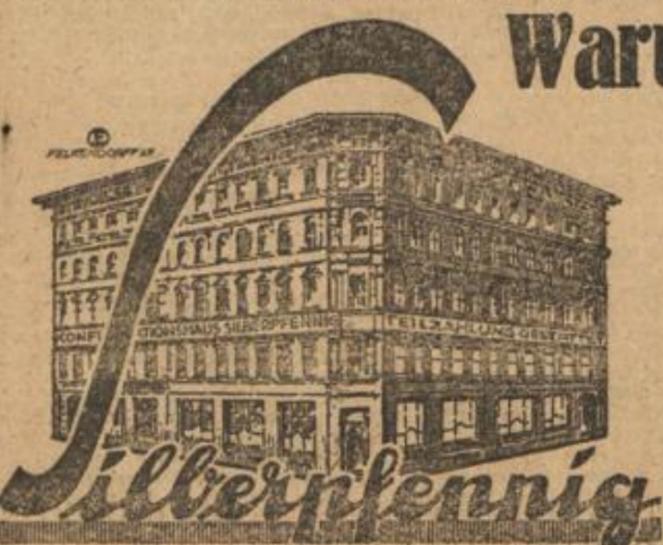
Schokolade Lobeck-Carola 100 Gramm-Tafel 0.20

Belle-Alliance-Str. ☆ Gr. Frankfurter Str. ☆ Brunnenstr. ☆ Kottbusser Damm ☆ Wilmersdorfer Str.

# Zum Frühjahrsputz

## WIM

**Das Universal-Putz- und Scheuermittel!**  
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G.



## Warum zerbrechen Sie sich den Kopf

wie Sie Ihre notwendige Kleidung beschaffen?  
In diesem Hause ist Ihnen Gelegenheit geboten,  
Ihren Bedarf an:

# Damen-Herren-Kinder-Garderobe

von einfachster bis zur vornehmsten Ausführung zu billigsten Preisen und bequemsten Zahlungsbedingungen zu decken.

## Teilzahlung gestattet

Rissen-Auswahl! Geringe Anzahlung!

Müllerstr. 182/183 direkt am Weddingplatz  
Untergrundbahnstation Reinickendorfer Str.

# Preissturz am Getreidemarkt.

In den letzten Tagen trat ein außerordentlich starkes Sinken der Getreidepreise an der Berliner Börse ein. Ihren Ausgangspunkt hatte diese Bewegung von parallel verlaufenden Ercheinungen an den amerikanischen Börsen, insbesondere in Chicago. Dieser Platz hat die unbestrittene Führung auf den Getreide-Weltmärkten an sich gerissen. Seine Haltung ist maßgebend für die Stimmung an allen anderen Märkten der Erde.

## Die internationale Spekulation.

Etwa seit Dezember vorigen Jahres war in Chicago ein ständiges Ansteigen der Getreidenotierungen zu verzeichnen. Zu Beginn des laufenden Jahres war Weizen dort bereits bis auf 176 Cents je Bushel gestiegen. In steiler Kurve ging die Notierung sprunghaft weiter in die Höhe, um zu Ende Januar einen Höchststand von 204 Cents zu erreichen. Roggen war in der gleichen Zeit von 153 auf 180 Cents gestiegen. Wie stets in solchen Fällen, suchte man die Ursache hierfür mit einer ungenügenden Weltermiete zu erklären. Das stimmt wohl nicht ganz. Denn beispielsweise war die Weizenannte in Argentinien durchaus nicht so schlecht, wie die menschenfreundlichen Hausspekulanten in Chicago sie gern gehabt hätten. Und in der Tat muhten gelegentliche Rückschläge in der Preisaufwärtsbewegung in Chicago, die sich öfter bemerkbar machten, denen aber bis auf die letzten Ereignisse nie eine längere Dauer beschieden war, zumeist auf stärkere Angebote aus Argentinien zurückgeführt werden.

Auf der anderen Seite läßt sich aber auch nicht leugnen, daß in den meisten anderen Produktionsgebieten der Erde die letzte Ernte viel, um nicht zu sagen alles zu wünschen übrig ließ. So namentlich in Nordafrika, in vielen Ländern Asiens und ganz besonders auch in Ost- und Südosteuropa. Ganz besonders galt das für Rußland, das noch immer das große Fragezeichen in der Weltwirtschaft bildet. Dort konnte man geradezu von einer völligen Mißernte reden. Das kann man schon aus dem Umstande erkennen, daß im vorangegangenen Erntejahre, also 1923/24, die Sowjetrepublik bedeutende Mengen an Roggen und auch anderem Getreide auf den europäischen Märkten verkaufen konnte, während in diesem Jahre ihre Agenten lediglich als Käufer auftraten und gewaltige Mengen von Getreide aller Art wie auch von Mehl namentlich in Amerika aufkauften. Diese russischen Anschaffungen waren es auch, die den amerikanischen Börsen eine sehr zuverlässige Stütze boten und es ihnen ermöglichten, die Getreidepreise unerhört in die Höhe zu treiben.

## Die Lage am deutschen Getreidemarkt.

Wenn vorhin gesagt worden ist, daß der Chicagoer Markt die Führung im Weltgetreidehandel besitzt, so darf dabei allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß gerade Deutschland im vergangenen Jahre und noch bis vor kurzem eine gewisse Selbständigkeit bewahren konnte. Zwei Momente waren es vornehmlich, die dem deutschen Markt zu dieser Widerstandsfähigkeit gegenüber ausländischen Einflüssen befähigten. Zunächst verfügte die Reichsgetreidestelle und verfügt noch heute über nennenswerte Bestände an Brotgetreide. Diese sind in erster Linie als eine Notstandsreserve gedacht und dementsprechend auf über ganz Deutschland verstreute Lager verteilt. Ihr Besitz befähigt aber auch die Reichsgetreidestelle und somit indirekt die Reichsregierung, jederzeit in die Preisentwicklung einzugreifen und durch stärkeres Angebot zu verhindern, daß die Getreidenotierungen eine unberechnete und unerwünschte Höhe erreichen. Ob die Reichsgetreidestelle von diesem ihrem Besitz immer den richtigen Gebrauch gemacht hat, bleibt dahingestellt. Sie hat bei der letzten Hauffebewegung sicherlich zu spät mit preisdrückenden Abgaben eingegriffen. Jedenfalls zeigte sich, daß schon die Möglichkeit eines Eingreifens stark dämpfend einwirkte.

Ferner spielte der außerordentlich schlechte Geschäftsgang der Mühlenindustrie eine große Rolle. Es ist bekannt, daß im vorigen Jahre ungewöhnlich große Mengen ausländischen Mehles nach Deutschland eingeführt wurden, und zwar nicht nur amerikanischen Mehl, sondern zur Zeit der Frankendaise auch französische Mehl über das besetzte Gebiet. Diese Vorräte, die nach und nach ganz Deutschland überschwemmten, erschwerten den deutschen Mühlen den Betrieb, daß Betriebseinsparungen an der Tagesordnung waren, und daß einzelne Mühlen nur zu einem Viertel ihrer normalen Leistungsfähigkeit beschäftigt blieben. Hierdurch wurde nicht nur eine große Arbeitslosigkeit unter den Mühlenarbeitern hervorgerufen (der zuständige Verband hat gegen die Mehleinfuhr wiederholt protestiert), sondern die Mühlen waren auch nicht in der Lage, Mähtgetreide im üblichen Umfang aufzukaufen, ein Moment, das natürlich gleichfalls den Getreidemarkt recht ungünstig beeinflusste.

## Roggen noch weit über Vorkriegszeit.

So kam es, daß bis in die allerletzte Zeit hinein die deutschen Getreidepreise sich unter Weltmarkthöhe bewegten. Immerhin folgten auch die deutschen Börsen wenigstens in großen Zügen der Weltmarktschwankung, so daß allein im Laufe des Januar in Berlin Weizen von 285 auf 316 M. und Roggen von 275 auf 311 M. je Tonne stieg. Erst als zu Beginn der vergangenen Woche der rapide Zusammenbruch der amerikanischen Preise einsetzte und die deutschen Preise nicht im gleichen Tempo und in gleichem Maße dem Sturz folgten, ging die Angleichung vor sich. So sei erwähnt, daß sich die letzten Notierungen wie folgt stellten: Chicago Weizen 164 (- 40 Cents gegenüber dem Höchststand von Ende Januar), Roggen 120 (- 60 Cents); Berlin Weizen 268 (- 48 M.), Roggen 227 (- 84 M.). Ausdrücklich muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch die jetzigen gesunkenen Getreidepreise beträchtlich über den vor dem Kriege üblichen Notierungen liegen. Stellte sich doch im Durchschnitt des letzten Friedensjahres 1913 Weizen auf 195,80 M. und Roggen auf 165 M. je Tonne! Und daß mithin dieser Grund den Agrariern feierlichst Veranlassung geben kann, nun wieder mit ihren Hochschutzmängeln an die Öffentlichkeit zu treten.

Gerade die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, wie gefährlich eine ungehemmte Hochschutzmöglichkeit für die deutschen Verbraucher wäre. Denn ohne die Notstandsreserve der Reichsgetreidestelle und bei voller Kaufkraft der Mühlen wäre der deutsche Markt zweifellos genötigt gewesen, alle von Chicago diktierten Schwankungen und Bewegungen, mögen sie auch noch so unberechtigt und exzessiv sein, prompt mitzumachen. Wären dann noch zu den amerikanischen Spitzenpreisen Hochschutzmöglichkeiten nach dem Wunsche des Landwirts gekommen, so kann man sich ein ungefähres Bild machen von den phantastisch hohen Brotpreisen, die wir dann erlebt hätten.

## Eine verkracht Landbund-A.-G.

Es ist noch in frischer Erinnerung, daß sich an dem Wettbewerb der Landwirtschaft des Ostens an der Versorgung des Westens mit Kartoffeln im Spätherbst v. J. die Reichslandbund-A.-G. Hirschberg in größtem Ausmaße beteiligt hat. Den Landwirten, großen und kleinen, in den Gebirgsstreifen des Riesens- und Hergebirges, aber auch weit darüber hinaus, wurden vom September bis Ende November die Kartoffeln förmlich aus den Händen gerissen. Hunderte von Waggons rollten nach dem Westen und Südwesten, nach Bayern, insbesondere nach München, dessen Güterbahnhofe dem Ansturm der Tausende von Waggons Kartoffeln, die wöchentlich aus Schlesien, der Mark und Pommern anfallen, sehr bald nicht mehr gewachsen waren; schon nach kurzer Zeit waren die Güterbahnhöfe Münchens vollständig verstopft mit Kartoffelwaggons, der Handel konnte die abhand veräußerte Ware nicht mehr aufnehmen und so kam es zwischen Lieferanten und Händlern infolge der Hals über Kopf erfolgten Abladungen zu langwierigen, zum Teil heute noch nicht abgewickelten Prozessen. Zu den Leidtragenden gehört auch die unter großagrarischer Leitung stehende Reichslandbund-A.-G. Hirschberg; dessen Direktor von Rudzinski war die treibende Kraft dieses Kartoffelgeschäfts, dessen Folge die Entblöhung der Gebirgsfreie von Kartoffeln gerade zur Zeit der Eindeckung des Winterbedarfs gewesen ist. Tausende von Haushaltungen im Gebirge haben nur einen geringen Teil des Winterbedarfs — nach dazu zu Preisen, die 1,50 bis 2,— M. über den Preisen von Berlin und Breslau lagen — eindecken können, derweilen in München die heimischen Kartoffeln verfaulen.

In der am Sonnabend, den 14. d. M., stattgehabten Generalversammlung der Reichslandbund-A.-G. wurde zum erstenmal den Aktionären reiner Wein eingeschenkt über die Höhe der Verluste im abgelaufenen Geschäftsjahre. Sie bezifferten sich auf 450 000 M., wovon über 200 000 M. auf das farnose Kartoffelgeschäft entfallen. Die Verluste sind in Wirklichkeit aber noch viel größer, da die Grundstücke der Gesellschaft, wie fast alleinig hervorgehoben wurde, weit über Wert eingesetzt worden sind. Von der Aufstellung einer ordnungsgemäßen Bilanz pro 1924 hat der Vorstand daher vorerst und klugerweise Abstand genommen; sie ist bis 30. Juni vertagt worden. Die Aufstellung einer Bilanz nach dem jetzigen Status hätte nämlich die sofortige Anmeldeung des Konkurses zur Folge gehabt. Der Vorstand rechnet mit einer weiteren Zusammenlegung des Aktienkapitals um mehr als die Hälfte; die Hauptgläubiger, die das bisherige Defizit gedeckt haben, sind das in dem Unternehmen eine besondere Gruppe bildende Konjunktium der Großgrundbesitzer und die Ber-

liner Zentrale des Reichslandbundes, die eine solche Sanierung vorschlugen unter der Bedingung, daß auch die anderen Gläubiger 20 Proz. ihrer Forderungen nachlassen. Für die Spekulationsverluste der Herren Großagrarien vom Borstende sollen also auch die anderen Mitglieder, die Bauern und kleineren Landwirte, mit aufkommen. So verlangte die landauf landab gepriesene Interessensolidarität von Groß- und Kleingrundbesitzer. Die ungesunde Brundlage der Gesellschaft wurde u. a. dargelegt an dem Beispiel der hohen Spesen und Verwaltungskosten, die durchschnittlich 25 bis 27 Proz. des Umsatzes betragen. Hier mühte bis zur endgültigen Rechnungslegung noch einmal gründlich nachgeprüft werden, wie diese hohen Spesen zusammengekommen sind.

Die einzelnen Kreisorganisationen der Reichslandbundgesellschaft sind bekanntlich der Zentrale des Reichslandbundes tributpflichtig, der genau so wie sein Vorgänger, der Bund der Landwirte, aus den Kali-Rabatten und den Abgaben der Verkaufsstellen den Hauptteil der Kosten seiner politischen Betätigung bestreitet. Diese wirtschaftspolitische Betätigung des Reichslandbundes, die sich von Jahr zu Jahr zu einer immer bedrückender gewordenen Konkurrenz des Kleinhandels und Handwerks auf dem Lande ausgewachsen hat, bildet heute geradezu das finanzielle Rückgrat der politischen Betätigung des Reichslandbundes, dessen Vorgänger, der Bund der Landwirte, in seiner offiziellen Korrespondenz ja schon offen seinerzeit zugestanden hat, daß die Kosten der „bei weitem wichtigsten Aufgabe des Bundes — Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung — von unseren arbeitslosen Beiträgern allein nicht zu bestreiten wären“. — Die große Masse der Mitglieder des Reichslandbundes hat ja gar keine Ahnung und wird darüber gestillt auch im unklaren gehalten, welche ungeheuren Summen, Millionenbeträge, sie durch ihre Beteiligung an den Ein- und Verkaufsgeschäften des Bundes zur Förderung der politischen Ziele der Großagrarien beisteuert.

Curt Bürger, Hain i. N.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin veranstaltete am letzten Donnerstag für die Presse einen Vortragsabend, der Referate über die wichtigsten Fragen des Börsenverkehrs und über die Stellung des Einzelhandels innerhalb der Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer brachte. Herr Richard Pohl berichtete über die bevorstehende Wiedereinführung des Zeithandels in Wertpapieren und über die bisher darüber getroffenen Vereinbarungen. Man erwartet von ihm eine Erleichterung in der Abwicklung des Börsenverkehrs und Anregungen für den Geldmarkt. Der Effektenterminhandel würde in der nächsten Zeit für Deutschland eine größere Rolle spielen als vor dem Kriege. Herr Leopold Badt gab einen Ueberblick über die Geschichte des Zeithandels in Getreide und über seine Entwicklung in den letzten Monaten. Das handelsrechtliche Lieferungsgebot für Getreide ist seit Anfang Dezember v. J. wieder eingeführt und hat sich seitdem kräftig entwickelt. In beiden Referaten wurde lebhaft gegen die Annahme, daß der Terminhandel nur der Spekulation von Nutzen sei, Stellung genommen. Der Vizepräsident der Handelskammer Dr. Geilcke erstattete sodann zu dem Thema „Goldumstellung und Börsenverkehr“ einen ausführlichen Bericht über die Praxis der Zulassungsstelle der Berliner Börse bei der Behandlung der auf Goldmarkbasis umgestellten Unternehmungen und deren Wertpapiere. Schließlich schilderte Herr Heinrich Grünzfeld die Rolle des Einzelhandels innerhalb der Berliner Handelskammer und hob dabei hervor, daß der Kammer 10 000 Einzelhandelsfirmen angeschlossen sind. Er würdigte eingehend die Tätigkeit des Einzelhandelsausschusses bei der Kammer, der aus 105 Mitgliedern besteht, von denen 29 Mitglieder der Handelskammer selbst sind.

Keine öffentlichen Kredite bei Auslandsaufträgen deutscher Werften. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Der Auftrag zum Bau von fünf Motorschiffen, den die Deutsche Werft in Hamburg von einer englischen Reederei erhalten hat, ist Gegenstand lebhafter Erörterungen in der in- und ausländischen Presse. Dabei sind mannigfache Irrtümer hervorgerufen. Eine inländische Zeitung hat sogar einen Zusammenhang zwischen diesem Auftrag und den Krediten der produktiven Erwerbslosenfürsorge hergestellt, die deutschen Reedereien zur Erhaltung ihres Schiffsbestandes und zur Beschäftigung der Werftarbeiterchaft gegeben worden sind. Davon kann keine Rede sein. Die bezeichneten Kredite fließen ausschließlich deutschen Reedereien für ihre eigenen Schiffsbauten zu und irgendeine Erleichterung für deutsche Schiffslieferungen nach dem Ausland findet dabei — im Gegenlatz zu den Förderungsmaßnahmen anderer Länder — nicht statt. Der englische Auftrag an die Deutsche Werft, der im Rahmen der sonst England gegenüber durchaus passiven deutschen Handelsbilanz besonders aufgefallen ist, beruht offenbar darauf, daß es sich um einen von der Deutschen Werft besonders vervollkommenen Schiffstyp handelt.

Deutsch-französische Interessengemeinschaft in der Porzellanindustrie. Sie verlautet, daß die bekannte Deutsche Porzellanfabrik Rosenthal selbst mit der französischen Kristallfabrik Saccorot einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen. Die Firma Saccorot soll in Frankreich die Rosenthalischen, die Firma Rosenthal in Deutschland die Saccorotischen Produkte vertrieben.

# Mit dem Frühjahrswetter



wünscht sich ein jeder neue Frühjahrs-Schuhe Unsere neuen Salamander-Schuh-Modelle bestreichen den verwöhntesten Geschmack bei bester Passform und Preiswürdigkeit.



# SALAMANDER

DAS MEISTERSTÜCK DER SCHUH-FABRIKATION



## Eine italienische Strafkolonie.

Von Drazio Chum.

Unter Italiens strahlendem Himmel, den fruchtbaren Gestaden Toskanas nahe, erhebt sich aus den tiefblauen Fluten des Mittelmeeres der einstige Verbannungsort Napoleons: die Insel Elba. Inmitten der Schönheit der Natur aber, die sie umgibt, trägt Elba auf ihren an Erzen reichen Felsen eine Stätte höchsten menschlichen Jammers: über der Meeresbucht von Portolongone, hinter verfallenden Mauern eines alten spanischen Kastells, verbirgt sich eine italienische Strafkolonie. Italien, das die Todesstrafe abgeschafft hat, unterhält hier das Bagno der zu lebenslänglicher Haft verurteilten Galeerensträflinge. Ein Grab lebender Menschen.

Vor kurzem nun berichteten italienische Zeitungen, daß einem Herrn Cominetti von dem Justizministerium in Rom eine bronzene Gedenkmünze verliehen worden sei als Anerkennung für eine der Strafkolonie in Portolongone gemachte Schenkung. Herr Cominetti hatte nämlich durch freiwillige Spenden einen Fonds zum Ankauf eines kinematographischen Apparates gesammelt, den er mit einigen Filmen belehrenden und patriotischen Inhalts für die Gefangenen von Portolongone der Verwaltung schenkte.

Herr Cominetti, der in Turin ansässig ist, berichtet über den Anlaß zu dieser Stiftung folgendes: Während des Krieges hatte ein italienisches Kriegsgericht einen Soldaten in Innsbruck namens Gobetti in contumaciam der Desertion und Fahnenflucht beschuldigt und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Dieser junge Mensch, der sich in Gefangenschaft befand, kehrte nach Beendigung des Krieges ahnungslos in das kleine heimliche Dorf zurück, wo er mit Schrecken die über ihn verhängte Verurteilung und Strafe erfuhr. Entsetzt suchte er ins Ausland zu entfliehen, aber an der Grenze wurde er verhaftet und von dort zur Verbüßung seiner Strafe nach Portolongone verbracht. Gobetti, ein vollkommen harmloser, unterfahrener Bauer, fast ein Kind, war absolut unfähig, sich gegen die ihn zu Unrecht betroffene Verurteilung zur Wehr zu setzen; obwohl er in der Lage gewesen wäre, für seine Unschuld Beweise und Zeugen zu erbringen, unternahm er nichts, um sich seiner Einkerkierung zu widersetzen und seiner Schuldlosigkeit Geltung zu verschaffen. Ein Bruder des Armen bemühte sich nun, Herrn Cominetti für die Sache zu interessieren und nach schwierigen und endlosen Verhandlungen gelang es ihm, das Verfahren wieder aufnehmen zu lassen und durch Entscheidung des höchsten Militärgerichts wurde die Verurteilung Gobettis rückgängig gemacht. Herr Cominetti wurde es durch besondere Vergünstigung ermöglicht, die Erlaubnis zum Besuche der Strafkolonie Portolongone zu erhalten, um dem unschuldigen Sträfling die Nachricht seiner Freilassung zu überbringen. Die unerwartete Kunde überwältigte den jungen Menschen derart, daß ihn ein hohes Fieber von 40 Grad befiel und er erst am folgenden Tage imstande war, in Begleitung seines Beschüßers das Bagno zu verlassen. Indes hatten die feischen Erschütterungen, die Kriegesfangenschaft in der Fremde und danach die Beliden seiner Haft in Portolongone zu schwer auf Gobettis Konstitution eingewirkt. Seine Freiheit konnte er nicht lange genießen; er starb kaum ein Jahr danach im Krankenhaus zu San Giovanni.

Die Eindrücke, die der Besuch in Portolongone bei Herrn Cominetti hervorgerufen, waren derart tiefgehend, daß er beschloß, sich für das Los der dortigen Strafgefangenen einzusetzen.

Da, wie bereits erwähnt, in Italien die Todesstrafe nicht besteht, werden die von den Gerichten zu lebenslänglicher Haft Verurteilten nach den meist auf Inseln eingerichteten Strafkolonien verbracht, je nachdem zu Einzelhaft, zu Strafarbeit oder einfacher Internierung. Auffallenderweise werden die Internierten in Portolongone ebenso wie auf der Insel Asina nicht zur Arbeit gezwungen, im Gegenteil, erst durch jahrelanges Wohlverhalten können sie die Berechtigung zur Bewahrung eines Stück Landes oder als Handwerker die Aufnahme in die Anstaltswerkstätten erlangen, und da ein strenges Schweigebrot herrscht, verbringen viele der Sträflinge somit ihr elendes Leben in qualvoller Untätigkeit. Die in den Zellen der Einzelhaft Lebenden suchen, um den Gebrauh der Sprache nicht zu verlieren, durch lautes Lesen die Sprache beweglich zu erhalten.

Das Geschenk des kinematographischen Apparates soll nun den von der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßenen in ihre trostlose, nutzlose Existenz einen Strahl von Lebensbegehren bringen und Erinnerungen an die für sie verlorene Welt und an das Treiben des Lebens zurückrufen. Allerdings mag es fraglich erscheinen, ob damit nicht für manche der Unglücklichen das Los um so schmerzlicher, um so qualvoller gestaltet wird.

## Killingers Jungmannen.



„Patentlösung: In der Nacht vor dem Wahltag werden sämtliche republikanischen Präsidentschaftskandidaten gefüllt. Dann kommt Farres tofsicher durch.“

Die Entlassung Gobettis aus dem Zuchthaus hat selbstverständlich bei allen Sträflingen die Sehnsucht nach Freiheit neu entfacht und bei einzelnen die Möglichkeit einer Revision ihrer Verurteilung und die Hoffnung auf Freiheit neu aufleben lassen.

Auch unter den in Einzelhaft stehenden Schwerverbrechern, deren Straftaten in Italien als Sensation sehr bekannt sind, soll einer, ein Mörder, noch andauernd seine Unschuld beteuern.

Bei seinem Kundgang hatte Cominetti auch ein unerwartetes Erlebnis: Vor Jahren hatte er in Turin einen eleganten jungen Schweizer S. gefannt, einen anständigen, gebildeten Mann, der sich für vermögenslos ausgab und dann auch Cominetti in sein Haus aufgenommen hatte. Er verließ dann Turin und Cominetti verlor ihn aus den Augen. Einige Monate darauf wurde der junge Mensch als feindlicher Spion verhaftet und wegen Hilfeleistung bei der Besetzung des Panzerschiffes „Benedetto Brin“ in Taranto zu lebenslänglicher Kerker verurteilt. In einer trockenen Brotkruste kauend, sah der Beklagte in der Zelle. Auf seinen Jügen hatte das durchdringbare Schicksal so tiefe Furchen gezogen, daß — wäre Cominetti nicht durch den bekannten Namen aufmerksam geworden — er in

dem gealterten Gefangenen von Portolongone niemals den einstigen Bekannten wiedererkannt hätte. Die Begegnung war erschütternd.

Von dem düsteren Hintergrund der sich hier erbarmungslos rühenden menschlichen Gesellschaft hebt sich verjöhnend die Gestalt eines dem Zuchthaus zugeteilten Franziskaners ab. Befreit von marmeladigem Mitleid und barmherziger Nächstenliebe, beschränkt er sein Vorrecht der Ansprache nicht auf die katholischen Formeln, sondern er spricht den Sträflingen auch von Dingen, die sie von dem Gedanken ihrer verzweifelten Hoffnungslosigkeit ablenken. Da er magt sogar, gelegentlich durch einen kleinen Scherz an die erstarrende Seite der Heiterkeit im Herzen der Unglücklichen zu rühren. Ungeachtet des mit schweren Strafen drohenden Verbots, weiß er zuweisen in den weichen Karmeln seiner Franziskanerkutte diesem oder jenem eine Ergänzung zur langen Gefängnislast zuzuschmuggeln — belohnt durch ein Aufleuchten im stummen dankbaren Blick des Empfängers.

Zu den schwierigsten Problemen unserer Kultur zählt unbestritten die Frage des Strafvollzugs.

## „Ich bin ein echter Kommunar.“

Von Ilsa Ehrenburg.

(Aus dem Russischen übersetzt von Herste.)

Louis Roux sah, daß die „Republik“ in Kaleschen und Equipagen darauf fuhr. Er fragte die anderen Blusenmänner, was statt der Republik geblieben sei, sie antworteten ihm: „Die Pariser Kommune“, und Louis verstand, daß die Kommune nicht weit von der StraÙe der schwarzen Witwe lebe.

Doch die Stuger und die Frauen, die Paris verlassen hatten, wollten die Schönste aller Städte nicht vergessen. Sie wollten sie nicht den Mauern, Zimmerleuten und Schmelzen überlassen. Und wieder zerstörten Kanonenkugeln die Bauten, aber diesmal schickten die Kugeln nicht die bösen Preußen, sondern die guten Stammgäste des Café England und der anderen Cafés. Und Louis begriff, daß er auf seinen Platz auf dem Fort St. Vincennes zurückkehren müsse. Nun war Frau Konow, die Inhaberin des Gemüßeladens war, wohnt nur eine gute Frau, sondern auch eine gute Katholikin. Sie wollte den Sohn eines leiner Gottesknechts, den Rörder des Erzbischofs von Paris, nicht in ihrem Haus behalten. Da nahm Louis Roux seine Pfeife zwischen die Zähne und seinen Sohn Paul auf die Schultern und ging zum Fort St. Vincennes. Er schleppte die Augen zu den Kanonen, und Paul spielte in der Nähe mit den leeren Patronen. Nachts schlief der Kleine in der Hütte des Wächters des Pumpenhauses. Der Wächter hieß Paul eine ganz neue Tonpfeife. Genau wie die, welche sein Vater rauchte, und ein Stückchen Seife. Sobald es Paul zu langweilig wurde zuzusehen, wie die Kanonen die Augen auspuckten, nahm er seine Pfeife und machte Seifenblasen. Die Seifenblasen waren von verschiedener Farbe, blau, rosa und lila. Sie glühten den Luftballons, die die Stuger und sorglosen Frauen in den Lullerengärten den gepulzten Knoben kauften. Freilich, die Seifenblasen des Mauererjohnes lebten nur einen Augenblick lang, während die bunten Luftballons der Kinder aus den Werten der Einsäßchen Felder einen ganzen Tag lebten, doch die einen wie die anderen waren herrlich und die einen wie die anderen starben sehr schnell. Wenn Paul die Seifenblasen aus seiner Tonpfeife pustete, vergah er den Mund aufzusperrten und auf ein Stück Brot zu warten. So oft er zu den Leuten, die man „Kommunarden“ nannte, herantam, prechte er mit erster Nieme die Pfeife zwischen die Zähne, genau wie sein Vater Louis Roux. Und die Männer vergaßen einen Augenblick die Kanone und sagten lustig zu Paul: „Du bist ein echter Kommunar.“

Die Blusenmänner hatten wenige Kanonen, wenige Kugeln und sie waren nur wenige. Die Leute, die Paris verlassen hatten und jetzt in Versailles, der ehemaligen königlichen Residenz, wohnten, schickten jeden Tag neue Soldaten, Eöhne jener arbeitsigen und beschränkten Bauern Frankreichs, und neue Kanonen, die sie von den bösen Preußen erhalten hatten. Immer näher kamen sie den Wällen von Paris. Viele Forts waren schon in ihrer Hand, und niemand kam mehr, um die gesonnenen Kanoniere, die zusammen mit Louis Roux das Fort von St. Vincennes verteidigten, abzulösen. Der Maurer schlepte selbst die Kugeln herbei, und selbst und feuerte auch selbst, nur zwei unverwundet gebliebene Blusenmänner halfen ihm.

In der ehemaligen Residenz der Könige Frankreichs herrschte eitel Freude. Die schnell aus Holz aufgebauten Cafés konnten nicht die Menge derer fassen, die rubinrote Liköre trinken wollten. Die Liebt in den weißlichen Soutanen sangen laute Dankgebete, ihre steifen Schwürzbärte streichend, unterhielten sich die Generale fröhlich mit den angetrunkenen preußischen Offizieren. Und die lahnen Katalen rüsteten schon das Gepäck ihrer Herren für die Rückkehr nach Paris, der schönsten aller Städte. Der prächtige Park von Versailles, erstanden auf den Knochen von 20 000 Arbeitern, die Tag und Nacht die Erde umgruben, Bäume abschlugen, Sümpfe trockeneten, um die von dem Sohne des Königs gestellte Frist nicht zu überschreiten, war zur Feier des Sieges mit Fahnen geschmückt. Am Tage bliesen die kupfernen Trompeter ihre Barden auf, die steinernen Tritonen von neun großen und vierzig kleinen Fontänen vergossen Tränen der Heubedei, und in der Nacht, da in dem blutesten Paris keine Lichter auf den Boulevards glänzten, strahlten zwischen dem Raub der Bäume hellleuchtende Inschriften auf.

Der Leutnant der Nationalarmee, François d'Emognant, überreichte seiner Braut Gabrielle de Bonnioette einen Strauß zarter Blüten als Zeichen des Abets und der Unschuld seiner Gefühle. Die Vösten standen in einer goldenen, mit Saphiren verzierten Vase. Sie war bei einem Juwelier aus der Friedenstrasse in Paris gekauft, der es verstanden hatte, seine Kostbarkeiten am ersten Tage des Aufzugs nach Versailles in Sicherheit zu bringen. Der Strauß sollte auch ein Zeichen des Sieges sein. François d'Emognant war für einen Tag von der Pariser Front gekommen. Er erzählte seiner Braut, daß die Aufständischen geschlagen seien. Morgen würden seine Soldaten das Fort St. Vincennes stürmen und in Paris einzziehen.

„Wann wird die Saison in der Oper beginnen?“ fragte Gabrielle.

Und dann begann ein Liebesgespräch, das so natürlich ist zwischen einem heidemütigen Bräutigam, der von der Front kommt

und einer liebevollen Braut, die für ihn einen atlaselbenden Loharbeit stiftet. In einem besonders zärtlichen Augenblick, als er seine Braut mit der Hand eines tapferen Kriegers an sich preßte, sagte François: „Meine Liebe, du weißt gar nicht, wie grausam diese Kommunarden sind. Durch meinen Feldstecher konnte ich sehen, daß auf dem Fort St. Vincennes ein kleiner Junge mit der Kanone schießt. Und denk dir, dieser Zwerg-Nero raucht schon eine Pfeife.“

„Ihr werdet sie doch alle töten?“ flüsterte Gabrielle und ihre Brust bebte heftig unter der Hand des Kriegers.

François d'Emognant wußte, was er sagte. Am nächsten Tage bekam sein Regiment den Befehl, das Fort zu stürmen.

Mit zwei noch unverwundet gebliebenen Blusenmännern feuerte Louis Roux auf die Soldaten. Da ließ François d'Emognant die weiße Flagge aufziehen, und Louis Roux, der einmal gehört hatte, daß die weiße Flagge Waffenstillstand bedeute, hörte auf zu schießen. Er dachte, daß die Soldaten Mitleid mit der schönsten aller Städte hätten und Frieden mit der Pariser Kommune schließen wollten. Lächelnd, ihre Pfeifen rauchend, warteten die drei Männer auf die Soldaten. Der kleine Paul, der keine Seife zu Seifenblasen mehr hatte, hielt die Pfeife im Mund und lächelte auch. Als die Soldaten dicht an das Fort herangekommen waren, befahl François d'Emognant einen seiner besten Schützen aus den Savoyer Bergen, die drei Auführer zu erschließen. Den kleinen Kommunarden wollte er lebendig fangen und ihn seiner Braut zeigen. Die Savogarden waren gute Schützen. — beim Einzug in das Fort sahen die Soldaten drei Männer mit Pfeifen nicht weit von der Kanone liegen. Die Soldaten hatten schon viele Tote gesehen und zeigten kein Erbarmen. Nur als sie den kleinen Knaben mit der Pfeife auf der Kanone erblickten, wurden sie doch verwirrt, betraugten sich und riefen Gott und den Teufel an.

„Du ekelhafte Banze, woher kommst denn du?“

„Ich bin ein echter Kommunar.“ antwortete lächelnd Paul Roux. Sie wollten ihn mit den Bajonetten erstechen, der Korporal verhinderte es nach dem Befehl des Hauptmanns François d'Emognant und ließ den kleinen Kommunarden nach einem der elf Sammellager, darin die gefangenen Kommunarden zusammengepfertcht waren, bringen.

„Wie viele von uns er wohl erschossen haben mag, dieser kleine Engel?“ brummten die Soldaten und stießen den Knaben mit den Knöben. Der kleine Paul, der nie jemand getötet, sondern nur bunte Seifenblasen aus seiner Tonpfeife geblasen hatte, verstand nicht, warum diese Leute ihn so kränkten und mißhandelten.

(Schluß folgt.)

# unser 1. Preisangebot



## Aus unserer Wohlfeilen - Abteilung:

Kleider	
Reinwoll. Kleider teilweise mit Tressengarnitur von 5 <sup>75</sup> an	
Trikot - Kleider Kunstseide von 3 <sup>90</sup> an	
Gabard. Kleider mit langem Arm von 12 <sup>50</sup> an	
Rips - Kleider moderne Macharten von 19 <sup>50</sup> an	
Zur Konfirmation	
Woll - Kleider schwarz und farbig von 8 <sup>50</sup> an	
Samt - Kleider von 19 <sup>75</sup> an	
Kasacks	
Musseline hällche Muster von 1 <sup>95</sup> an	
Kunstseide von 2 <sup>95</sup> an	
Perkal hällche Streifen von 3 <sup>25</sup> an	
Röcke	
Sportfason von 1 <sup>95</sup> an	
Reinw. Cheviot von 3 <sup>75</sup> an	
Schotten u. Streif. von 4 <sup>95</sup> an	
Gabardine schwarz u. marit. von 10 <sup>75</sup> an	
Mäntel	
Donegal von 9 <sup>75</sup> an	
Tuch von 19 <sup>75</sup> an	
Gabardine von 24 <sup>50</sup> an	
Rips von 29 <sup>75</sup> an	
Burburly Impognierte von 28 <sup>50</sup> an	
Regenmäntel von 14 <sup>50</sup> an	
Lederol von 19 <sup>50</sup> an	
Kostlime	
Donegal von 12 <sup>50</sup> an	
Cheviot von 19 <sup>75</sup> an	
Gabardine von 29 <sup>75</sup> an	
Unterröcke	
Zephir gestreift von 1 <sup>95</sup> an	
Satin mit Plüsch von 3 <sup>95</sup> an	
Kunstseide von 4 <sup>75</sup> an	
Unterkleider Kunstseide von 3 <sup>95</sup> an	

Fischer Gabardine-Mantel 29.75

Jugendlicher Mantel Tuch-Melton 19.75

Jugendliches Rips - Kleid alle Modifarben 24.75

Gabardine-Kostüm mit Tressengarnitur 39.75

# LINDEMANN & CO. A.G.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 Berlin-Turmstr. Ecke Moabit Ottostr.

## KLEINE ANZEIGEN

Leber Wert 10 Goldmark...  
 Kleiner Wert 10 Goldmark...  
 Kleiner Wert 10 Goldmark...

Teilzahlung...  
 Monats-Berater...  
 Monats-Berater...

Möbel...  
 Möbel...  
 Möbel...

Fahrräder...  
 Fahrräder...  
 Fahrräder...

Arbeitsmarkt...  
 Arbeitsmarkt...  
 Arbeitsmarkt...

Verschiedenes...  
 Verschiedenes...  
 Verschiedenes...

# Weine u. Spirituosen \* Ausnahmeangebot!

Solange Vorrat reicht, daher Angebot vollständig freibleibend! Lieferung in Groß-Berlin frei Haus!

## E. Niebuhr

Wein- und Spirituosen-Großhandlung  
 Berlin O. 34, Frankfurter Allee 331

Kein offenes Ladengeschäft. Kontor I Treppe.  
 Kantinen, Betriebsräten usw. Extra - Rabatte!  
 Fernruf: Alexander 8332. Telegr.-Adresse: Moschikör Berlin.  
 Geschäftszeit: Von 8 Uhr vormittags bis 7<sup>15</sup> Uhr abends.

Weißweine f. Bowlenzwecke geelg. pr. Fl. 0.95 M.  
 Obstschamweine pr. Fl. 1.45 M.  
 Deutsche Schamweine

Kurpfalz Riebling ... pr. Fl. 3.75 M.  
 Kurpfalz Kabinett ... " 4.75 M.  
 Kurpfalz Edelgewächse ... " 5.75 M.  
 Die Preise verstehen sich inkl. Glas, exkl. Steuer.

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Mosel-, Rhein- und Pfalzweine pro Flasche Mark                                       |             |
| 1921er Jahrgang laut Preisliste   | 3.10 - 4.50 |
| 2. Mosel- u. Rheinweine, 1922er   | 1.35 - 1.95 |
| Es handelt sich um besonders edle Weine, und zwar Wachsamer Original-Keiter-Abbländert! |             |
| 3. Piesporter Goldtröpfchen 1922er  | 1.45        |
| Angabe nur in geschlossenen Kläten à 3 Flaschen   |             |
| 4. Malaga, feiner alter   | 1.45        |
| 5. Malaga, golden, 4jährig  | 2.30        |
| 6. Portwein, extra feiner alter   | 2.45        |
| (Original-Abbildung)  |             |
| Sämtliche Preise verstehen sich exklusive Glas u. Steuer                                |             |
| Bei Abnahme großer Quantitäten Sonder-Vergünstigungen!                                  |             |
| Deutscher Weinbrand   | 3.95        |
| Sämtliche Edel-Liköre   | 3.95        |
| einschließlich Glas und städtischer Getränkesteuer                                      |             |